

BRÜ

„No bei 100%“

Die Kinderlähmung verbreitete Angst und Schrecken. Deshalb wurde in den Sechzigerjahren die Teilnahme an der Impfung zur gesellschaftlichen Norm, auch ohne Impfpflicht

« Duerch de Bulli vum System »

Le nouveau *Bildungsbericht* est bourré de données explosives. Pourquoi ne se trouve-t-il plus personne pour allumer la mèche ?

SuperWunnKëscht

Le projet STADePARC mené par le bureau d'architectes « 2001 » a remporté le concours d'idées pour le quartier qui sera développé le long de la route d'Arlon à Luxembourg. Rencontre avec ses deux associés

Vorführung

Die UEL hatte an der Tripartite nichts auszusetzen. Die drei Gewerkschaften bezeichneten sie als Nullnummer

So eine Möglichkeit

Timmer öfter fällt das Wort „Impfpflicht“. Niemand will sich vorwerfen lassen müssen, auf der falschen Seite gestanden zu haben, falls die Nachbarländer sowas erlassen

Photo : Gilles Kayser





Gilles Kayser



Gilles Kayser



Sven Becker

Antivaxx-Kundgebungen am vergangenen Wochenende



Sven Becker

So eine Möglichkeit

Peter Feist

Immer öfter fällt das Wort „Impfpflicht“. Niemand will sich vorwerfen lassen müssen, auf der falschen Seite gestanden zu haben, falls die Nachbarländer sowas erlassen. Aber viel weiter scheint die Strategie der Regierung nicht zu reichen

Impfpflicht? Das war lange ein Tabuwort für die Regierung. Bis Premier Xavier Bettel *himself* am Montag gegenüber *Le Quotidien* erklärte, sie sei „toujours une possibilité“. Im Moment werde den Leuten die Wahl gelassen, mit allen Konsequenzen, die das mit sich bringe. „La vaccination obligatoire fait qu'on pénalise par une amende les gens qui ne se font pas vacciner et la question reste ouverte.“

Das hört sich an, als sei der Übergang zur 2G-Regel für Freizeitaktivitäten und 3G am Arbeitsplatz fließend. Denn ein Strafgehalt für die, die sich nicht impfen lassen, wäre eine Konsequenz für eine individuell getroffene Entscheidung, genau wie die, nicht mehr auszugehen und sich ab Mitte Januar auf dem Weg zur Arbeit einen Schnelltest zu kaufen. Niemand würde zum Impfen gezwungen. So ähnlich hatte sich auch LSAP-Gesundheitsministerin Paulette Lenert verstehen lassen, als sie am Mittwoch vergangener Woche in einem Corona-Webinar von *Paperjam* erklärte, „on ne peut pas vacciner quelqu'un de force. Mais une obligation qui prévoit des sanctions administratives ou va dans le sens d'empêcher l'accès à certaines activités c'est compatible. Maintenant il faut trouver une balance.“

Es ist aber alles andere als sicher, ob solche Aussagen ein Ausdruck dafür sind, dass die Regierung clever „die Waffen zeigt“, wie der Generalsekretär der Handwerkerföderation, Romain Schmit, es am Mittwoch im *Radio 100,7* nannte, oder ob sie immer kopfloser agiert und nun die Impfpflicht ins Gespräch bringt, weil die Nachbarländer das schon getan oder zum Teil umgesetzt haben: In Frankreich muss Gesundheits- und Pflegepersonal gegen Corona geimpft sein, Deutschland dürfte demnächst folgen. Und dann ist da noch die neue „Omikron-Variante“, die für so viel Panik sorgt, dass Boris Johnson für England schon den *Freedom Day* zurückgenommen hat. Vermutlich will einfach niemand sich eines Tages vorwerfen lassen müssen, mit einem kategorischen Nein zur Impfpflicht gegen Covid-19 auf der falschen Seite gestanden zu haben.

Aber was würde man mit der Impfpflicht erreichen wollen? – Die Frage stellt der Virologe Claude Muller in den Raum, und sie ist ganz plausibel. „Man müsste sich darüber klarwerden, ob man damit bestimmte Bevölkerungsgruppen schützen will

Eine Impfpflicht hätte den Vorteil, egalitär zu sein und für alle zu gelten, statt Impfunwillige mit dem Freizeit-2G in einen Teil-Lockdown zu sperren

oder die gesamte Bevölkerung. Oder ob sie vor allem dazu dienen soll, die Krankenhäuser vor einer Überlastung zu bewahren, oder man hofft, damit das Coronavirus auszumerzen.“ Je nach Ziel würde daraus eine spezifische Impfpflicht folgen, sagt Muller dem *Land*. Und unterstreicht, an sich sei der Begriff so neu und ungewöhnlich nicht: „In elf EU-Staaten gilt eine Impfpflicht für mindestens eine Krankheit, in neun der elf sogar für acht Krankheiten oder mehr.“ In Luxemburg freilich sind alle Impfungen freiwillig. Mit der Ausnahme der obligatorischen Hepatitis-B-Impfung für Krankenhauspersonal.

Wohin Claude Mullers Überlegungen zu den Zielen führen könnten, ist ziemlich gut vorstellbar: Von den über 60-Jährigen zum Beispiel waren diese Woche elf Prozent noch nicht mit zwei Dosen geimpft. Das ist zwar ein Prozentpunkt besser als vergangene Woche, entspricht aber noch immer rund 13 800 Personen, die bei einer Covid-Infektion besonders schwere Krankheitsverläufe riskieren und vielleicht ihr Leben. Eine Impfpflicht ab 60 könnte auch helfen, die Intensivstationen und ihr Personal vor Überlastung zu schützen. Dagegen würde ein Schutz der gesamten Bevölkerung wohl zumindest über eine Impfpflicht für alle Erwachsenen führen, und wollte man das Virus ausmerzen, müsste sie wahrscheinlich auch für Kinder im Grundschulalter gelten. Die Erwachsenen waren diese Woche zu 78,5 Prozent mit zwei Dosen geimpft, die gesamte Bevölkerung, Säuglinge inklusive, zu 68,1 Prozent.

Doch derartige strategische Überlegungen und wie sie generalstabsmäßig umgesetzt werden sollen, hat die Regierung noch nie an die Öffentlichkeit getragen. Stattdessen erweckt sie den Eindruck, immer alles zu wollen. Das wurde ihr am Montag auf *RTL* sogar von der Präsidentin der nationalen Ethikkommission vorgeworfen: Julie-Suzanne Bausch hält die Diskussion um die Impfung fünf- bis elfjähriger Kinder für ein „Ablenkungsmanöver“, um die Frage zu umgehen, wie man die noch ungeimpften Erwachsenen erreicht.

Letzteres klappt bislang trotz Impfwache und Pop-Ups noch nicht mit durchschlagendem Erfolg. Vergangene Woche hatten 81,2 Prozent der ab 18-Jährigen ihre erste Impfdosis erhalten, diese Woche 81,4 Prozent. Auch die „Boosterung“ scheint zu stagnieren: Hatte zwischen der vorletzten und der vergangenen Woche der Anteil der Erwachsenen mit dritter Dosis von 18 Prozent auf 23,3 Prozent zugenommen, erhöhte er sich diese Woche nur auf 23,9 Prozent.

Bei den über 60-Jährigen ist das ähnlich: Der Zuwachs belief sich nur auf 0,9 Prozentpunkte; damit haben 55,4 Prozent der Älteren eine dritte Dosis. In den Wochen zuvor war der Anstieg zehn Mal so stark gewesen. Falls es dabei bleibt, und immerhin ist bald Weihnachten, wäre das alarmierend. Da bei den Älteren die ersten beiden Dosen in der Zeit besonders lange zurückliegen, hätte diese Bevölkerungsgruppe den „Booster“ besonders nötig. Stattdessen verkürzte der Regierungsrat am Mittwoch für sämtliche Impfberechtigten die Frist, die von der zweiten bis zur dritten Impfung verstreichen muss, von sechs auf fünf Monate und stellte ab 3. Januar eine Verkürzung auf vier Monate in Aussicht. Was eine gute Idee sein mag, sofern die Impfstofflieferungen ausreichend hoch sind, doch eben das ist derzeit nicht so sicher.

Wäre es anders und genug Vakzin in Aussicht, könnte die Regierung auch eine Covid-Impfpflicht für Erwachsene erwägen. Sie hätte den Vorteil, egalitär zu sein und für alle zu gelten, statt Impfunwillige mit dem Freizeit-2G in einen Teil-Lockdown zu sperren und sie ab Januar für jeden Schnelltest, der dann nur noch 24 Stunden Gültigkeit hat, täglich zur Kasse bitten zu lassen. So gesehen, ist es nicht einmal ausgemacht, ob die Kra-

walle auf der Straße bei einer Impfpflicht zunehmen, sondern Ruhe einzöge, weil die Verhältnisse klar würden. Stattdessen ist sehr gut vorstellbar, dass sich die Antivaxx-Bewegung wegen 2G/3G noch mehr im Krieg gegen „die da oben“ wähen wird.

Doch noch immer hat die Regierung es nicht einmal vermocht, eine Impfpflicht für das Personal von Spitälern und Altenheimen einzuführen sowie für die Mitarbeiter/innen dort tätiger Subunternehmen. Wie dringend nötig das wäre, demonstriert, dass der erste Omikron-Fall hierzulande Anfang der Woche ausgerechnet an einer Reinigungskraft festgestellt wurde, deren Firma „in den letzten Tagen in einem Altersheim im Süden des Landes gearbeitet hat“, wie der Direktor des Gesundheitsamts, Jean-Claude Schmit, am Montag auf einer Pressekonzferenz mit der Ministerin erklärte. Er fügte hinzu, die junge Frau habe „relativ viele Symptome“.

Und nach wie vor besteht nicht einmal eine Auskunftspflicht, wer vom Personal und von Drittfirmen in Kliniken und Heimen geimpft ist. Kenner der Verhältnisse sagen, das werde in der Praxis so aufgefasst, dass nicht mal die Nachfrage erlaubt sei – der die Mitarbeiter/innen natürlich entgegen könnten, „das sag ich nicht“, aber sie würden auch kaum gefragt.

So dass sogar eine sektorielle Impfpflicht dazu beitragen würde, Vulnerable zu schützen. Womöglich ist ihre Einführung nur eine Frage der Zeit, und hängt vom Vorbild Ausland ab. In der Zwischenzeit vermeidet die Regierung jeden Anschein, sich bei großen Bevölkerungsteilen unbeliebt machen zu wollen, und setzt lieber darauf, dass die Impfunwilligen sich mit der Faust in der Tasche irgendwann doch ihre Injektion holen. Wobei hinzuzufügen wäre, dass das Gesundheitsministerium sich selber die Möglichkeit nimmt, die Bedeutung der Impfung zusätzlich hervorzuheben: Die Inzidenz der Covid-Neuinfektionen gibt es in seinem Wochenbericht zwar für Geimpfte und Ungeimpfte getrennt an, aber jeweils auf die 100 000 Einwohner der Gesamtbevölkerung bezogen. Bezöge sie das auf jeweils 100 000 Geimpfte und Ungeimpfte, wäre das nicht nur korrekter, sondern die Inzidenz wäre bei den Ungeimpften wesentlich höher als jene, die seit Wochen im Bericht steht. Nicht auszuschließen, dass das die Impfbereitschaft steigern könnte. ●

„No bei 100%“

Peter Feist

Die Kinderlähmung verbreitete Angst und Schrecken. Deshalb wurde in den Sechzigerjahren die Teilnahme an der Impfung zur gesellschaftlichen Norm, auch ohne Impfpflicht

An der Kinderlähmung (Poliomyelitis) erkrankten vor allem junge Kinder zwischen drei und acht Jahren. Das Polio-Virus befällt meist die Nervenzellen an Skelettmuskeln, was zu schweren bleibenden Lähmungen führen kann, manchmal aber auch die Atemmuskulatur, und dann wird Polio lebensgefährlich. Weil die Krankheit erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts präziser beschrieben wurde, erkannte man erst um 1880, dass es auf der ganzen Welt immer wieder Ausbrüche gegeben hatte. In Europa und den USA grassierten sie ab etwa 1910 alle fünf Jahre.

Der erste Impfstoff wurde 1953 verfügbar, 1960 ein weiterer. 2002 erklärte die Weltgesundheitsorganisation Europa als komplett frei von Polio, wenngleich es immer wieder einzelne Fälle gibt.

Die Kinderlähmung verbreitete auch in Luxemburg Angst und Schrecken. „Wegen der geheimnisvollen, zum Teil noch nicht geklärten Eigenarten der Krankheit, wegen ihres oft blitzartigen Auftretens, wegen ihrer (glücklicherweise jedoch relativ seltenen) Bösartigkeit“, schrieb der damalige Chef des Gesundheitsamts, Léon Molitor, am 18. September 1952 im *Luxemburger Wort*. Bis zu diesem Datum waren in jenem Jahr 31 Polio-Fälle gemeldet worden, alle „sporadisch“. Aber 1952 sollte zu einem Polio-Rekordjahr werden: 63 Fälle wurden bis Jahresende gezählt, jedoch kein tödlicher. Zwischen 1945 und 1951 gab es insgesamt 55 Fälle und zwei Menschen starben.

Für diejenigen, die die Kinderlähmung überlebten, war das Risiko, für den Rest des Lebens davon gezeichnet zu sein, sehr hoch – und ein weiterer Grund, für die Angst vor der Krankheit: Bei ungefähr der Hälfte aller Fälle blieben mehr oder weniger starke Lähmungen als Dauerzustand zurück (*Luxemburger Wort*, 8.8.1952). Kein Wunder, dass die Unruhe wuchs, wenn in den Nachbarländern eine Epidemie ausbrach. Wie am 4. August 1951 im Saarland etwa: Die dortige Regierung verhängte einen weitreichenden Lockdown: „Alle Badeanstalten, Schwimmbäder, Kindergärten, Jugendherbergen und Zeltlager werden geschlossen, sämtliche Sportveranstaltungen, Messen und Märkte werden untersagt, außerdem wird ein absolutes Besuchsverbot für Waisen- und Krankenhäuser erlassen. Jugendliche dürfen von sofort an auch keine Kinos mehr besuchen“ (*Luxemburger Wort*, 4.8.1951). Bis dahin waren 69 Polio-Fälle registriert worden, fast ausschließlich an unter 20-Jährigen. Bis zum 29. August stieg die Zahl auf 246. Luxemburg hatte ab 8. August den Personenverkehr mit dem Saarland untersagt und das Baden, Schwimmen und Wäschewaschen in der Mosel verboten. Frankreich zog einen Tag später nach. Zwischen Rheinland-Pfalz und dem Saarland wurden Jugendreisen unterbunden. Die Schweiz spendete dem Saarland vier Eiserne Lungen zur Behandlung von Polio-Patienten mit gelähmten Atemmuskeln.

Gerüchte gab es auch: Im Saarland selbst eines von einer geheimnisvollen neuen „Tropenkrankheit“ zum Beispiel, während in Luxemburg vermutet wurde, die Seuche könne auch

das Großherzogtum erfasst haben. Gesundheitsamtschef Molitor ließ sich am 1. September 1951 von *Radio Luxemburg* interviewen und betonte: „Augenblicklich haben wir keinen einzigen Fall von Kinderlähmung im Lande, trotz allem gegenteiligen sinnlosen Gerede und Geschwätz.“ Einen Monat später wurde die Epidemie im Saarland für beendet erklärt.

Obwohl 1952/53 in den USA der erste Polio-Impfstoff mit einem abgetöteten Virus entwickelt worden war, dauerte es noch lange, bis er verabreicht wurde. Am 6. Mai 1955 gab der damalige Gesundheitsminister Émile Colling die amtliche Mitteilung heraus, „dass präventive Impfungen gegen die spinale Kinderlähmung in diesem Jahr kaum in Frage kommen dürften“. Damals war der Impfstoff in den Vereinigten Staaten seit einem Jahr in Gebrauch, doch es gab Zwischenfälle. Das *Luxemburger Wort* schrieb am 1. Juni 1955, „es vergeht fast kein Tag, an dem nicht die ‚Impfungs-Affäre‘ auf den Titelseiten der amerikanischen Zeitungen zur Sprache kommt.“ Die Impfstoffhersteller, die zur schnellen Produktion gedrängt worden seien, die US-Regierung, die bei deren Überwachung versagt habe, und eine Stiftung, die die Impfstoffentwicklung finanzierte, schoben sich gegenseitig die Schuld dafür zu, dass das abgetötete Virus in dem Vakzin nicht abgetötet genug gewesen sei und Kinder mit Polio infiziert habe.

So dass es vielleicht nicht überraschen konnte, dass es Impfskeptiker gab, als in Luxemburg ab dem Frühjahr 1957 ein verbesserter Impfstoff breit an Kinder zwischen zwei und 15 Jahren verabreicht wurde. Allerdings hatte es im Jahr zuvor mit 82 Fällen den insgesamt größten Polio-Ausbruch hierzulande gegeben, was die Bereitschaft zur Impfung wiederum hob. „Die öffentliche Impfkation gegen die Kinderlähmung hat bei unserer Bevölkerung erfreulicherweise großes Interesse geweckt“, stellte das *Wort* am 26.3.1958 fest. Dennoch hielt der Autor des Artikels es für nötig, die Impfung seiner eigenen Tochter als gutes Beispiel anzuführen: Das Mädchen habe „vor einigen Tagen nicht einmal ‚autsch‘ gemacht, als ihr der Monny Doktor vom Osterhasen erzählte. Und sie so ganz nebenbei kurz und schmerzlos ins mollige Ärmchen pickte“.

In den Jahren danach wurden die Impfungen immer akzeptierter. Ab Anfang der Sechzigerjahre wurden sie als „Schluckimpfung“ verabreicht. „Im Ösling wurden in verschiedenen Gegenden bis zu 100% erfasst, während im übrigen Land der Prozentsatz zwischen 50 und 80% schwankt“, teilte Gesundheitsminister Colling am 8. Februar 1964 in einem „Aufruf“ zur nächsten landesweiten Impfkation mit. Und warnte: Im Sommer 1963 seien 13 Polio-Fälle gezählt worden. „Keiner der Erkrankten war gegen Polio geimpft, ein Beweis für die Wirksamkeit der Impfung.“ Der landesweite Impftag acht Tage später wurde laut *Wort* vom 17. Februar 1964 „in bezug auf die Beteiligung der Bevölkerung zu einem durchschlagenden Erfolg“. Menschenschlangen hätten vor den Impfzentren angestanden, und in Bonneweg habe das erbgroßherzogliche Paar sich impfen lassen. Prominente spielten demnach nicht erst bei Covid-19 eine Impf-Vorbildrolle.

Wie Gesundheitsminister Colling in seinem Aufruf vom Februar 1964 betont hatte, war die Teilnahme an der Impfung freiwillig. Sie wurde aber nach und nach zur gesellschaftlichen Norm. Jeder neue Ausbruch, und war er auch klein, konnte die alten Ängste vor der Kinderlähmung wiederbeleben. Ob es nicht trotzdem angebracht wäre, eine Impfpflicht einzuführen, wollte am 21. Februar 1967 im Parlament der LSAP-Abgeordnete René Hengel von LSAP-Gesundheitsstaatssekretär Raymond Vouel wissen. Denn trotz aller Aufklärung leisteten nicht alle den Impf-Aufrufen Folge. Vouel antwortete, „eise Conseil supérieur“ beschäftige sich damit. Bisher sei von einer Impfpflicht abgesehen worden, „well erweisen ass, dass eis Elteren no bei 100% drop halen, hir Kanner am Kader vun de fräiwellegen Impfaktio'nen vaccinëeren ze loosse. Et huet dofir bis elo net noutwendeg geschenzt, en Obligatorium anzefëeren“. Allerdings hätten mehr und mehr Länder das getan, darunter auch Frankreich und Belgien. So dass die Frage sich stelle, ob Luxemburg sich dem Beispiel nicht anschließen sollte.

Das aber geschah nie. Vielleicht ließ man ähnlich wie heute den Conseil supérieur des maladies infectieuses Empfehlungen schreiben, um möglicherweise nachzuholen, was die Nachbarn erlassen hatten. Die Polio-Impfakzeptanz sank über die Jahrzehnte aber: Laut dem letzten, im April 2019 veröffentlichten Bericht des Gesundheitsministeriums über die *Couverture vaccinale* im Jahr 2018, waren 89,6 Prozent aller Kinder zwischen 25 und 30 Monaten gegen Polio „voll geimpft“, was vier Impfdosen entspricht.

Jedes zehnte Kind ist demnach nicht geimpft. Der Bericht hält fest, 80 Prozent Impf-Grad sei als Minimum, damit eine Herdenimmunität dafür sorgt, dass ein Polio-Virus sich nicht weiterverbreitet, falls es ins Land getragen wird. 86 Prozent seien besser. Ganz ausgeschlossen ist ein Polio-Import nicht, auch wenn Europa seit 2002 als Polio-frei gilt: Das Virus existiert noch, selbst in der Arktis-Region. Zurzeit geht die Kinderlähmung besonders stark in Pakistan und Afghanistan um. ●

OFFREZ QUELQUE CHOSE QUI N'A PAS DE PRIX EN CAS DE BESOIN






Offrez une affiliation LAR.

Faites plaisir à ceux qui vous sont chers.

Tel.: (+352) 48 90 06

www.lar.lu

info@lar.lu

1967 ließ die damalige Regierung über eine Polio-Impfpflicht nachdenken, weil Belgien und Frankreich sie eingeführt hatten

LEITARTIKEL

Ausnahmezustand

Luc Laboulle

Vor den Parlamentswahlen von 2018 urteilte der damalige LSAP- Fraktionspräsident Alex Bodry gegenüber *Reporter*, es gebe kein blau-rot-grünes Projekt mehr. Trotzdem fand die Dreierkoalition wenige Monate später noch einmal zusammen und arbeitete ein Programm aus, das aber eher eine angestrenzte Kompromisslösung als ein Projekt war. Einiges davon wurde umgesetzt: die Senkung der Betriebssteuern und die Erhöhung des Mindestlohns; ein neuer Urlaubs- und Feiertag; gratis Transport und Kinderbetreuung; ein Klimaplan samt Gesetz. Aus der Not heraus wurde die Monarchie reformiert, was nicht im Koalitionsvertrag vorgesehen war. Dann kam Corona. Die Ausgaben stiegen, die Einnahmen sanken und die Zeit der Geschenke war vorbei. Die Einkommenssteuerreform wurde abgeblasen, die Cannabis-Legalisierung vertagt.

Aus der Covid-Bekämpfung ein neues gemeinsames Projekt zu machen, gelang der Regierung lange Zeit nicht. Zu unsicher war die Faktenlage, zu schwierig war es, verlässliche Vorhersagen zu treffen und kohärente Maßnahmen zu beschließen. Luxemburg schränkte die Freiheiten seiner Bürger/innen zwar weniger stark ein, als viele andere europäische Länder, doch die Kritik an der Regierung wuchs trotzdem. An den vergangenen beiden Wochenenden kulminierte sie in Gewaltausbrüche und Randalen.

Und sie bescherte der Regierung zu Beginn der Adventszeit wieder ein gemeinsames Projekt. Das erste „Rassemblement national“, bei dem Demonstrant/innen das Haus des Premierministers mit Eiern bewarfen und das Auto seines Ehemannes zerkratzten, den Weihnachtsmarkt und die Gëlle Fra stürmten und Ungeimpfte sich mit von den Nazis verfolgten Juden verglichen, löste in weiten Teilen der Bevölkerung Entsetzen und Entrüstung aus. Das hatte zur Folge, dass die „schweigende Mehrheit“ wieder näher zusammenrückte.

Die Regierung konnte sich am vergangenen Wochenende als Verfechterin des demokratischen Rechtsstaats inszenieren, die das Demonstrationsrecht zwar respektiert, Gewalt aber bestraft. Nach Bettels Deklaration in der Kammer verurteilten fast alle Parteien die Grenzüberschreitungen scharf, es entstand wieder eine Art „Union nationale“, wie der Premier sie zu Beginn der Pandemie eingefordert hatte, als er den Ausnahmezustand ausrief. Nur diesmal ist der Feind nicht mehr nur das Virus, sondern es sind auch die „Schwurbler/innen“, die mit inhaltsleerem Geschwätz, unhaltbaren Vergleichen und komplett überzogenen Aktionen eigentlich genau das Gegenteil von dem bewirkt haben, was sie eigentlich wollten.

Die wenigen lautstarken Gegner/innen der Corona-Maßnahmen und der -Impfung haben den politischen Diskurs inzwischen derart vereinnahmt, dass legitime zivilgesellschaftliche Kritik an der Arbeit der Regierung immer schwieriger wird. Amnesty International und Frère des Hommes haben ihre Demos vergangene Woche abgesagt, Rise for Climate musste wegen strengerer Demonstarationsregeln umdisponieren. Auch die Gewerkschaften trauen sich nicht mehr auf die Straße, weil sie befürchten, dass ihr Protest von „Schwurbler/innen“ gekapert werden könnte. Dadurch wird der Einfluss der Zivilgesellschaft und der politischen Linken insgesamt geschwächt. Die Straße, die jahrzehntelang ihnen gehörte, wird nun von einer „Querfront“ besetzt.

Doch auch die rechte ADR findet sich inzwischen in diesem politischen Diskurs nicht mehr zurecht, der ihr eigentlich zuträglich sein sollte. Roy Reding hat sich mit seiner populistischen Hetze selbst disqualifiziert und ist als Abgeordneter nicht mehr tragbar. Sogar sein Parteifreund Fred Keup bezeichnete seine Aussagen in dieser Woche bei RTL als Fehler. Fernand Kartheiser verstrickt sich in unauflösbaren Widersprüchen: In der einen Woche fordert er mehr Polizei für den Schutz der Einwohner/innen von Bonneweg, in der nächsten will er den Besucher/innen des *Stater* Weihnachtsmarkts das Recht auf angemessenen Polizeischutz verwehren. Man kann das als verlogen bezeichnen, man kann es aber auch so deuten, dass er inzwischen komplett den Durchblick verloren hat.

PANDEMIE

Wer testet da?

Am Nachmittag des 1. Dezember im Covid-Schnelltestzentrum am Theaterplatz in der Hauptstadt: Wer seinen Obolus entrichtet hat – 15 Euro oder nur fünf bei Vorlage eines Bons von der Gemeindeverwaltung –, bekommt einen Karton in die Hand gedrückt: Ein Schnelltest „zur Eigenanwendung“ ist darin. Man beuge sich damit in den Raum nebenan, sagt die Zentrumsmitarbeiterin im grüngelben Tyvek-Schutzkittel. „Ich mache den Test selber?“ – „Jaja“, antwortet sie. Im Raum nebenan testen alle Kund/innen sich selber. Rühren mit dem Tupfer im Eingang zur Nase, beträufeln ihn mit der Test-Lösung und warten, bis das Resultat sich zeigt. Dieses tragen sie zurück in den Empfangsraum, wo die Dame im Tyvek-Kittel es inspiziert. Erkennt sie es als negativ an, druckt eine Kollegin ein vom Gesundheitsministerium beglaubigtes Covid-Check-Zertifikat mit QR-Code aus.

Dass das so geht, ist eigenartig: Seit 1. November sind „autotests sur place“ nicht mehr zulässig für den Eintritt in ein Restaurant oder zu einer Veranstaltung unter Covid-Check. Zur Begründung ihres Gesetzentwurfs schrieb die Gesundheitsministerin, „les autotests sont apparus comme le maillon faible du régime Covid Check“. Zwar seien Schnelltests nach wie vor zuverlässig, doch „encore faut-il qu’ils soient correctement exécutés“.

Die schriftliche Anfrage des *Land* vom 6. Dezember an die Pressestelle des Ministeriums, wieso ein Selbsttest in dem Zentrum am Theaterplatz offenbar als korrekt ausgeführt angesehen und zertifiziert wird, anderswo hingegen nicht, wird nicht beantwortet. Auskunftsbereit ist dagegen Michel Schütz, der Direktor der Santé Services SA. Die Tochterfirma der Schuman-Krankenhausstiftung betreibt das Testzentrum. Schütz erklärt am 8. Dezember, die korrekte Durchführung der Tests werde überwacht. Anfang Dezember aber habe es organisatorische Probleme gegeben, als das Zentrum von der Grand-Rue zur Place du Théâtre umzog. „Mittlerweile ist das gehoben, das garantiere ich.“ Die Mitarbeiter/innen von Santé Services „werden schließlich dafür bezahlt“.

Doch am Mittwochnachmittag dieser Woche nimmt die Kundschaft im Testzentrum von Santé Services die Schnelltests noch immer selber vor. Überwacht wird dabei niemand wirklich. Ab und an erscheint die Mitarbeiterin im Saal, dreht eine Runde und geht wieder. Anders als vor zwei Wochen aber darf man das Testergebnis nicht wann man will zur Auswertung in den Empfangsraum tragen: „Sie müssen warten, bis Sie aufgerufen werden!“, verweist die Dame am Empfang jene, die es eilig haben, zurück in den Saal. Aufgerufen wird nach einer Liste, damit die vorgeschriebenen 15 Minuten



vergehen. Erst dann gibt es bei negativem Ergebnis das amtliche Zertifikat mit QR-Code.

Reicht das, um einen Schnelltest als korrekt ausgeführt anzusehen? Ein vom *Land* kontaktierter Mikrobiologe erklärt, die Frist einzuhalten, sei wichtig. „Ein Resultat nach zehn Minuten ist ein anderes als nach fünfzehn.“ Noch wichtiger aber sei die Entnahme: „Wird der Tupfer beim Selbsttest nicht tief genug in die Nase eingeführt und wird das nicht in jedem Nasenloch gemacht, kann die entnommene Viruslast zu klein sein und das Ergebnis falsch negativ werden.“

Vielleicht meinte der LSAP- Abgeordnete Mars Di Bartolomeo das, als er als parlamentarischer Berichterstatter am 18. Oktober in der Abgeordnetenkammer vor dem Votum des am 1. November in Kraft getretenen Updates zum Covid-Gesetz erklärte, zulässig für ein Zertifikat seien in Zukunft „nëmmen nach Antigen-Schnelltester, déi ënner der Opsicht vu Gesondheetspersonal gemaach a vu hinen zertiféiert ginn. Grond ass, dass et bei deenen Tester, bei deenen Selbsttester, eng ganz Rei vun Abusë gouf“.

Santé-Services-Direktor Schütz erklärt auf die erneute Anfrage, „es ist normal und komform, dass die Leute Autotests selber machen, solange das unter Aufsicht eines Professionellen geschieht und der Professionelle die Resultate ausliest und sie ins IT-System eingibt“. Den Hinweis, dass von Aufsicht offenbar keine Rede sein kann und er selber vor einer Woche von Problemen sprach, die behoben worden wären, lässt Schütz unbeantwortet.

An seiner Stelle meldet sich Romain Labé, bei Santé Services der verantwortliche Pharmazeut. Er erklärt, wie die Firma die Tests durchführe, sei mit dem Gesundheitsministerium abgesprochen worden, ehe die Aktion Ende Juni begann. Damals führte die Stadt Luxemburg ihre Bons für Schnelltests ein, um der Konjunktur der lokalen Gastronomie- und Kulturbetriebe

zu helfen. Premier Xavier Bettel (DP) hatte Anfang Juni erklärt, mit dem Covid-Check „beginnt das Nachleben wieder“. Santé Services wurde von der Stadt kontaktiert, weil die Apotheken allein es „nicht packten“, hatte Michel Schütz dem *Land* erzählt.

Romain Labé fügt an, das Gesundheitsministerium habe von Santé Services vor allem verlangt, „dass eine Krankenpflegerin ständig im Saal ist“. Das sei vor zwei Wochen nicht der Fall gewesen, und das habe Direktor Schütz mit den „Problemen“ gemeint. Auf den Einwand, dass eine einzige Krankenpflegerin kaum acht oder zehn Test-Kunden gleichzeitig observieren könne, entgegnet er, zur jeweils selben Zeit nähmen vielleicht drei Personen den Test vor, die anderen warteten auf ihr Resultat. Auf den weiteren Einwand, dass am Mittwoch dieser Woche eine Mitarbeiterin genauso oft im Saal war wie vor zwei Wochen, nämlich nur gelegentlich, entgegnet er, sie dürfe höchstens für einen Toilettengang den Saal verlassen. Waren die Beobachtungen des *Land* demnach Zufall? Labé will es nicht ausschließen.

Inwieweit die Tests bei Santé Services dem entsprechen, was mit dem Ministerium abgemacht wurde, muss Gesundheitsamtschef Jean-Claude Schmit am besten wissen. Denn das Amt überwacht die Einhaltung aller gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen zur öffentlichen Gesundheit. Doch der Amtschef lässt die Anfrage des *Land* unbeantwortet.

Ein Unterschied scheint aber gegenüber den Schnelltests zu bestehen, die Apotheken anbieten: „Im Prinzip machen wir alles, von der Entnahme bis zur Zertifizierung“, sagt Alain De Bourcy, Apotheker in der Hauptstadt und Präsident des Syndicat des pharmaciens luxembourgeois. „Wir stellen eine komplette Leistung in Rechnung.“ Dass sämtliche Apotheken des Landes es

so handhaben sei „sehr wahrscheinlich“.

Demnach könnte Santé Services vom Gesundheitsministerium eine Prozedur genehmigt bekommen haben, die von der Praxis in den Apotheken abweicht. Und vielleicht ist eine *souplesse* sogar im Covid-Gesetz beabsichtigt: Beim genauen Hinschauen fällt auf, dass dort nur die Zertifizierung durch Gesundheitsprofessionelle vorgeschrieben wird. Von Ausführung und Überwachung der Tests liest man nichts im Gesetz. Eine separate Regelung gilt für die Schnelltests von Schüler/innen (Foto: Jessica Theis).

Womit sich die Frage stellt, welchen Umsatz und Gewinn Santé Services dank der Tests und der Prozedur erzielt, die offenbar den Personalaufwand klein hält. Der *Business Case* eines Zentrums mit zwei Mitarbeiter/innen und einem Sicherheitsbeamten sowie einem offenbar beachtlichen Test-Durchsatz dürfte ein anderer sein als der einer Apotheke. Romain Labé beziffert den Umsatz auf im Schnitt 50 000 Euro im Monat. „Und die Marge ist sehr, sehr klein.“ Sollte das Gesundheitsministerium verlangen, dass ein Professioneller die Tests durchführe, inklusive Entnahme, „dann werden wir das natürlich machen“. Wobei mit 2G in der Freizeit der Kundenandrang nachlassen dürfte, ehe er im Januar mit 3G am Arbeitsplatz erneut anzieht. pf

P E R S O N A L I E

Tom Barrett,

Bürgermeister der Stadt Milwaukee und von US-Präsident Joe Biden als Botschafter in Luxemburg nominiert, erhielt dafür am Mittwoch das einstimmige Okay des außenpolitischen Ausschusses des US-Senats. Nun muss der volle Senat noch zustimmen. Das kann laut US-Medien noch zwei bis neun Monate dauern, da Biden noch ziemlich viele Botschafterposten zu besetzen habe. pf

P O L I T I K

Freier Engel

In der CSV-Frëndeskreess-Affäre wird die Staatsanwaltschaft keinen Einspruch gegen das Urteil in erster Instanz einlegen. Das teilte die Justiz gestern mit. Vor einer Woche hatte das Gericht den Hauptbeschuldigten Frank Engel und die anderen sechs Angeklagten von allen Vorwürfen freigesprochen. ll

S O Z I A L E S

Einfrieren!

Seit der Pensionsreform von 2012 legt das Sozialministerium gegen Ende jedes Jahres per Verordnung fest, in welchem Umfang die Renten ab Neujahr an die Reallohnentwicklung angepasst werden. Für nächstes Jahr soll der Erhöhungsfaktor von 1,503 auf 1,520 steigen. Wie schon in den letzten Jahren findet die Handelskammer in ihrer Stellungnahme zum Verordnungsentwurf, die Erhöhung sollte unterbleiben. Denn dadurch würden die Renten 1,1 Prozent steigen. Sie einzufrieren, sei „ein starkes Signal für mehr Generationengerechtigkeit“ und schmälere die Kaufkraft der Pensionierten kaum: Das Armutsrisiko der unter 65-Jährigen habe 2020 laut Statec 18,9 Prozent betragen, dagegen 7,3 Prozent bei den ab 65-Jährigen. Und da dabei nur Geldeinkünfte betrachtet werden, stünden Rentner/innen in Wirklichkeit noch besser da, weil sie den Kredit für ihr Eigenheim längst abbezahlt hätten. Natürlich rechnet die Handelskammer nicht damit, dass die Regierung ihren Rat ernst nimmt, denn er ist jedes Jahr derselbe. Dass, wie sie ebenfalls anrät, „kurzfristig“ über eine weitere Runde Pensionsreform nachgedacht wird, ist ebenfalls sehr unwahrscheinlich. pf

Blog

« De Bulli vum System »

Bernard Thomas

Publiée la semaine dernière dans le *Bildungsbericht*, la carte résume la banqueroute du système scolaire luxembourgeois. Elle indique, commune par commune, le taux d'élèves « orientés » vers le lycée classique. Les inégalités sociales et territoriales sont obscènes. Alors que jusqu'à 75 pour cent des élèves habitant le *Speckgürtel* (Weiler-la-Tour, Reckange-sur-Messe, Niederanven ou Contern) atterrissent dans le classique, ce taux tombe en-dessous de la barre des vingt pour cent pour les jeunes de Differdange, Wiltz ou Larochette. Et encore, il s'agit là d'une moyenne communale : dans les quartiers défavorisés de ces villes ouvrières, l'accès au lycée classique n'entre plus dans l'horizon d'attente.

Dès 1978, l'étude « Matière grise perdue » (Magrip) avait montré que l'école luxembourgeoise remplissait impitoyablement sa fonction de machine à reproduction sociale et gaspillait le potentiel de générations entières. Dirigés par le professeur en psychologie Gaston Schaber, une équipe d'étudiants avait disséqué les contextes socio-économiques, les quotients intellectuels et les parcours scolaires de quelque 2 800 enfants. Les résultats firent l'effet d'un choc : À QI égal, l'enfant d'un diplômé universitaire avait six fois plus de chances de décrocher son bac qu'un enfant d'ouvriers. Une année après la publication de l'étude, la coalition sociale-libérale fit voter le tronc commun, repoussant le grand triage des enfants de trois années, les gardant unis jusqu'à l'âge de quinze ans dans une « école polyvalente ». Le *Zeitgeist* post-soixante-huitard, qui avait réuni le DP et le LSAP sur une base progressiste, rendait possible de telles expérimentations.

En avril 1979, quelques mois avant les élections, le projet de loi passa finalement la Chambre. Les débats parlementaires durèrent plusieurs journées. Le député-maire de Sanem, Roger Krier (LSAP), espérait « eng Emschichtung vun de soziale Strukturen am Lycée ». Aux yeux de cet ancien serrurier de l'Arbed, la fin du morcellement de la population scolaire allait favoriser une « mentalité démocratique et ouverte » capable de combler les fossés sociaux. Cité par quasiment tous les intervenants, le rapport Magrip avait changé les termes du débat. Personne ne nia que l'école publique était en besoin de réformes, et même le CSV restait relativement timide dans ses critiques quant au principe du tronc commun. Ce fut la trans-fuge socialiste, Astrid Lulling (qui siégeait alors dans l'éphémère fraction SdP), qui mena la charge, en fustigeant les « salonsozialistesch Soziologen » et autres « idéologues et dogmatiques » qui voudraient imposer un « équilibre de la misère », « eng sozialistesch Eintopfschoul ».

Le secrétaire d'État à l'Éducation, Guy Linster (LSAP), avait saisi dès 1977 que le « vrai enjeu » de toute réforme était l'attitude adoptée par ceux censés l'appliquer sur le terrain : « Les lycées vont-ils opter pour la coopération [...] ou se cantonner dans un abstentionnisme prudent, voire boudeur ». Au sein du corps enseignant, le LSAP pouvait compter sur une partie des instituteurs comme alliés. Or, il se voyait confronté à une levée des boucliers des professeurs du classique (et de leur syndicat, l'Apess), qui estimaient leur prestige menacé. Surtout les enseignants de langues craignaient « un nivellement vers le bas », soupçonnant ainsi le gouvernement de cultiver une « attitude anti-latin ». (Plus de trente ans après, ce seront de nouveau les profs de langue qui mèneront la mutinerie contre une autre ministre socialiste – et latiniste de formation – Mady Delvaux.)

Un certain conservatisme teinté de nostalgie est inhérent à tout système scolaire. « Cette école que nous avons passée jusqu'ici ne peut pas avoir été si mauvaise », estimait ainsi Jacques Santer (CSV) en 1979. Le gouvernement social-libéral plia face à la fronde professorale, et proposa un compromis. Dans un premier temps, le tronc commun n'allait être lancé que dans quelques « établissements pilotes ». Le retour du CSV au gouvernement allait signer la fin des expériences égalitaires et le retour à l'orthodoxie. Mais en 1979, le secrétaire socialiste à l'Éducation croyait encore en la coexistence compétitive de deux systèmes scolaires parallèles, dont il promettait de faire « le bilan » au bout de huit ans.

C'est également la stratégie poursuivie par Claude Meisch depuis 2014. Le ministre libéral de l'Éducation a tiré les leçons des échecs réformistes de sa prédécesseure. Plutôt que de s'attaquer de front au système scolaire, il a choisi la tactique de l'encer-cement, contournant les fortifications syndicales et la résurgence du nationalisme linguistique au lendemain du référendum de 2015. En établissant une demi-douzaine d'écoles publiques internationales, il a créé de nouvelles réalités sur le terrain. Au lieu d'une « escalope frites » pour tout le monde, le ministre promettait un menu diversifié. Ce « pacte scolaire » a créé deux systèmes parallèles. Peu à peu



évincée par la nouvelle « offre », vers laquelle se dirigerait la « demande », l'école traditionnelle finirait par paraître inefficente et obsolète. Tel semble être le calcul ministériel.

Presque douze pour cent des élèves du lycée classique sont désormais inscrits dans un programme international. La grande lacune du *Bildungsbericht* 2021 c'est qu'il n'a rien à dire sur cette nouvelle offre. Est-elle l'expression d'une promotion du *Standort* ou d'une politique visant à réduire les inégalités ? Accueille-t-elle surtout les enfants d'ex-pats ou également les filles et fils d'ouvriers immigrés ? Le *Bildungsbericht* ne donne pas de réponses à ces questions. On y apprend seulement que douze pour cent de la population scolaire des écoles internationales sont luxembourgo-phones et treize pour cent lusophones, alors que 75 pour cent tombent sous la catégorie « autre langue ».

Ce nouveau continent reste donc une tache blanche. (Sa cartographie devrait se préciser bientôt : les premières études longitudinales vont démarrer en 2022.) Mais les implantations géographiques choisies (ou envisagées) font naître le doute qu'elles s'adressent prioritairement aux élèves les plus fragilisés : Junglinster, Clervaux, Mondorf-les-Bains, Mersch, Belair (lire page 7) : pas exactement des *hotspots* sociaux. Restent les écoles internationales à Differdange et Esch-sur-Alzette, dont les profils sociaux-économiques des élèves, assure-t-on au ministère, refléteraient ceux des communes qui l'hébergent. (L'établissement de nouvelles écoles internationales à Dudelange et Beval serait en discussion.) Fin septembre, le président de la Féduse-CGFP, Raoul Scholtes, présentait les écoles internationales comme expression de « l'individualisme excessif qui empoisonne la société ». Pour faire croire au caractère méritocratique de l'enseignement public traditionnel, le professeur au Iechternacher Kolléisich le comparait au service militaire obligatoire : « Do wou ee gemeinsam duerch de metaphoresche Bulli vum System gaangen ass, an sech dee selwechte Stoff huet missten erkämpfen, egal wat de Kontestand vun den Elteren ».

Or, on pourrait filer cette métaphore martiale, en ajoutant que les enfants d'ouvriers et/ou lusophones sont la chair à canon du système scolaire. Le troisième *Bildungsbericht*, présenté jeudi dernier, ne fait que confirmer et préciser ce que tout le monde savait déjà. Sous un vernis technocratique, le rapport cumule les données explosives. Or, faute d'étincelles, celles-ci restent finalement des pétards mouillés. C'est qu'il ne se trouve plus personne pour allumer la mèche et poser des revendications politiques. Au sein du corps enseignant, les voix progressistes se sont tuées. Le repli corporatiste du SEW-OGBL, qui s'est aligné sur les positions de l'Apess, y est pour beaucoup. Chez les « forces vives » de la société civile, une certaine résignation défaitiste a pris le dessus. La présidente de l'Asti, Laura Zuccoli, avoue que « cela fait quelques années que l'éducation n'a pas été un de nos thèmes principaux, également par frustration ». (Un nouveau groupe de travail vient de se former à l'Asti ; il tente de définir des axes concrets.)

Les auteurs du *Bildungsbericht* constatent que 72 pour cent des élèves présentant un statut socio-économique (SSE) élevé sont orientés vers le classique, contre seulement seize pour cent des élèves à « SSE faible ». S'y ajoute les réticences dans certaines familles ouvrières qui « supposent souvent un risque plus élevé d'échec de leur enfant dans les filières supérieures que les familles de diplômé(e)s universitaires ». La sélection est d'abord sociale, mais elle est également linguistique : Seulement 16,5 pour cent des élèves ne parlant pas le luxembourgeois à la maison se retrouvent au classique, contre 41 pour cent pour les luxembourgo-phones. De manière éminem-

ment vague, les auteurs notent : « Des reformes plus globales s'imposent manifestement ». (Le *Bildungsbericht* annonce pourtant également une bonne nouvelle : La tendance à la massification du « régime préparatoire », observable sur la dernière décennie, a été enrayée. Alors qu'en 2014 encore, 18 pour cent des enfants y étaient orientés, ce taux est descendu à douze pour cent.)

« Les parcours scolaires au Luxembourg sont (pré) déterminés très tôt », note le *Bildungsbericht*. Les retards se creusent dès les trois premières années du fondamental, et ils s'avèrent souvent impossibles à rattraper par la suite. Le nœud du problème, encore et toujours, c'est l'allemand comme langue d'alphabétisation et d'enseignement, une langue dont la quasi-totalité du vocabulaire doit être transmise par les enseignants, « puisque l'allemand n'est pas aussi souvent parlé au Luxembourg que le luxembourgeois et le français ». (Sauf pour les autochtones qui regardent la télé allemande.) En 1968, alors que débutait l'étude Magrip, la population scolaire était linguistiquement homogène : 84 pour cent des élèves étaient luxembourgo-phones, les enfants de nationalité portugaise ne représentant alors que 0,4, les enfants de parents italiens huit pour cent. En 2020, la part des élèves parlant le luxembourgeois comme langue principale à la maison n'était plus que de 34 pour cent dans le fondamental. (Il y a dix ans, ce taux s'élevait encore à 46 pour cent.)

Le *Bildungsbericht* ébranle la présupposition qui sous-tendait les politiques de la petite enfance, à savoir qu'un transfert direct allait s'opérer du luxembourgeois vers l'allemand. « Cette hypothèse [...] ne se confirme pas », notent sèchement les auteurs. Ils en tirent la conclusion : « Une alternative consisterait à changer le processus d'alphabétisation en s'inspirant du modèle des écoles internationales, où les élèves peuvent opter pour une alphabétisation en allemand ou, par exemple, en français ». Ils touchent ainsi à un tabou, celui de l'unicité de l'école publique.

Or, ces recommandations, comme les autres qui sont éparpillées à travers les 244 pages du rapport, n'engagent que ceux qui les formulent. (Le rapport réunit les contributions de pas moins de 70 auteurs.) En 2015, la publication du premier *Bildungsbericht* avait fait naître l'espoir que, dorénavant, les discussions allaient s'objectiver et se baser sur les résultats scientifiques fournis par une technostucture d'experts en *testing*, *reporting* et *monitoring* pédagogiques. C'était oublier que la politique est une question de rapports de forces. Sans la mobilisation des parents des élèves discriminés, le système scolaire ne changera pas ou peu. Les partis politiques suivent leurs électeurs, c'est-à-dire la classe moyenne luxembourgeoise (dont l'enseignant est une sorte d'idéal-type). Or, celle-ci n'a aucun intérêt à réformer un système qui a été taillé sur sa mesure. Ce déphasage politique par rapport au pays réel a conduit à une situation où les élèves sont forcés de s'adapter au système scolaire, plutôt que l'inverse. ●

ZUFALLSGESPRÄCH MIT DEM MANN IN DER EISENBAHN

Die Zerstörung der Vernunft

Der Kampf zwischen Aufklärung und Obskurantismus ist hierzulande fast drei Jahrhunderte alt. Er wird derzeit mit Wasserwerfern geführt. Der Frontverlauf ist unübersichtlich: Die Anhänger des Obskurantismus sind nicht bloß Spinner und Scharlatane, Impfgegner und Coronaleugner. Die Anhänger der Aufklärung und medizinischen Wissenschaft sind nicht immer die Minister, Abgeordneten, Parteien und Gewerkschaften, die sich als solche darstellen. Auch nicht jene aufklärerische Presse, die täglich Horoskope publiziert.

Auslöser des Kampfs zwischen Aufklärung und Obskurantismus war die Religion. Das Bistum fährt jedes Jahr Kranke und Behinderte in Bussen nach Lourdes. Dort dürfen sie Heilwasser aus der Grotte der Marienerscheinung abfüllen oder kaufen. Im „Jahr der Barmherzigkeit“ 2015 predigte Dechant Tom Kerger ihnen, „wéi wichteg hiert Leiden an hiert Gebiet fir d'Liewe vun der Kierch ass.“ Das Bistum wird mit Millionen staatlich gefördert.

Mitte der Achtzigerjahre nahm eine spiritistische Sekte am Melickshof Heilrituale an Kranken vor. Eines ihrer Heilmittel war Sauerkrasft. Zu den Anhängern Engel Alberts gehörten die CSV-Stadträtin Hilda Rau-Scholtus und der spätere ADR-Abgeordnete Jean Colombara.

Homöopathische Globuli bestehen aus Haushaltszucker mit restlos verdünnten Zusätzen. Das *Règlement grand-ducal du 20 juin 1996 relativ aux médicaments homéopathiques* lässt homöopathische Präparate als Medikamente für Menschen und Tiere zu. Es verfügt, dass die Kügelchen und Tinkturen „ne peuvent pas faire l'objet d'une mesure d'interdiction de délivrance ou de retrait du marché au motif que l'effet thérapeutique fait défaut“ (Art. 52). Das Reglement wurde von LSAP-Gesundheitsminister Johny Lahure und CSV-Landwirtschaftsminister Fernand Boden verfasst.

Artikel 22 des *Code de la sécurité sociale* sieht vor, dass die Kosten homöopathischer Präparate von der Krankenversicherung erstattet werden. Er nimmt homöopathische Präparate von Artikel 23 aus. Der verlangt, dass erstattungsberechtigte Heilmittel „conformes aux données acquises par la science et à la déontologie médicale“ sein müssen.

Homöopathie gehört zum Arsenal der Anthroposophie. Der von dem Österreicher Rudolf Steiner (1861-1925) erfundene Glaube mischt Mystik, Esoterik und Rassenkunde. In einem Flugblatt *Info Naturata* wirbt die Bioladenkette „[d]’après la doctrine de l’alimentation anthroposophique“ für den Kauf von Obst und Gemüse. Steiner erfand auch die biologisch-dynamische Landwirtschaft. Anthroposophisch ist die Waldorfschule. Sie schwärmt auf ihrer Internet-Seite von Steiners „multifaceted genius“. Das *Tageblatt* berichtete am 8. April, dass die Privatschule sich keine Schutzmaßnahmen gegen Corona vorschreiben lassen wollte. Die Waldorfschule wird mit Millionen staatlich gefördert.

Die Teilnehmer der Marches blanches tauchten nicht aus dem Nichts auf

Manche Gründermütter und -väter der grünen Partei waren mit Anthroposophie, Krishna, Children of God und Hexenglaube groß geworden. „Die vorherrschende Medizin westlicher Prägung ist krank. Sie leidet am krassen Materialismus,“ hieß es in ihrem Wahlprogramm 1994. „Wir brauchen eine Aufwertung sanfter Heilmethoden“ (S. 17). Das Wahlprogramm 1999 versprach „einen „gesetzliche[n] Rahmen für die Anerkennung sogenannter ‚sanfter Therapien‘ wie z.B. Akupunktur, Homöopathie, Osteopathie, Chiropraxis“ (S. 23).

Die Teilnehmer der *Marches blanches* folgten Aufrufen aus dem Internet. Aber sie tauchten nicht aus dem Nichts auf. Sie kamen nicht einmal vom gesellschaftlichen Rand. Subventionierte Aberglauben und alternative Parteiprogramme nährten ihr Weltbild. Nun legitimieren sie es. Gepaart mit neoliberaler Entsolidarisierung und Staatsfeindlichkeit. Die Regierungsparteien kennen das. Corona zu leugnen und Impfungen abzulehnen, achtet die Regierung als seriöses Angebot auf einem liberalen Markt der Meinungen. Da kann die ADR nur lachen. Engel Albert ist ihr Schutzpatron. ● Romain Hilgert



Eine homöopathische Reiseapotheke



Die Tripartite hatte eher den Charakter einer Konferenz als den einer Verhandlungsrunde

Stefan Becker

Vorführung

Luc Laboulle

Die UEL hatte an der Tripartite vom vergangenen Montag nichts auszusetzen. Die drei Gewerkschaften bezeichneten sie als Nullnummer. Gemessen am überheblichen Auftreten der Regierung ihnen gegenüber ist das ein Euphemismus

Fortsetzung Am Montag um 14 Uhr trafen sich die Sozialpartner und die Regierung im Anfang der 1990-er Jahre gebauten Konferenzzentrum auf dem Gelände von Schloss Senningen in der Speckgürtel-Gemeinde Niederanven. Es war die zweite Zusammenkunft des Comité de coordination tripartite seit Beginn der Coronakrise und erst die dritte seit 2010. Die Gewerkschaften hatten seit den letzten, für sie eher ernüchternden Dreiergesprächen im Juli 2020 auf eine Fortsetzung gedrängt und waren mit hohen Erwartungen in die lang ersehnte Verhandlung gegangen. Der OGBL hatte Anfang Oktober seine große Kampagne Grad elo gestartet, in der er unter anderem eine Erhöhung der Kaufkraft, einen Kurswechsel in der Wohnungspolitik und mehr Steuergerechtigkeit forderte. Die CGFP wollte vor allem darüber reden, wer für die Krise bezahlen soll. Die UEL, die eine Tripartite zum jetzigen Zeitpunkt nicht für nötig erachtete, hatte sich im Vorfeld der Gespräche mit Forderungen diskret zurückgehalten.

Dementsprechend waren auch die personellen Kräfteverhältnisse am Verhandlungstisch verteilt. Während die drei Gewerkschaften mit jeweils zwei Vertreter/innen und dem Direktor der Salariskammer gekommen waren, hatte UEL-Präsident Michel Reckinger nur seinen Direktor und einen Wirtschaftsberater mitgebracht. Die Regierung war durch Premierminister Xavier Bettel (DP), seine beiden Vizepremiere Dan Kersch (LSAP) und François Bausch (Grüne) sowie die Minister Franz Fayot (LSAP), Lex Delles, Pierre Gramegna und Claude Meisch (alle DP) vertreten. OGBL-Präsidentin Nora Back war die einzige Frau in der Runde.

Traditionell wird die im Vorfeld festgelegte Dauer der Tripartite-Verhandlungen weit überschritten. In der Vergangenheit warteten die Journalist/innen manchmal stundenlang im Presseraum. Am Ende traten Regierung und Sozialpartner geschlossen vor die Mikrophone und verkündeten den in zähen Verhandlungen ausgehandelten Kompromiss. In diesem Jahr war das anders. Die Tripartite ging fast pünktlich zu Ende, Gewerkschaften und UEL verließen danach sofort das Gelände. Bettel, Kersch und Delles traten alleine vor die Presse.

Garten Der Regierung sei es lediglich darum gegangen, „de Point ze maachen, wéi d’Laag och ass“, sagte der Premierminister, der sich über den „la-ange, ganz ganz laangen“, 40 bis 50 Punkte umfassenden Forderungskatalog der Gewerkschaften be-

klagte. „Wunnéngsbau, Studenteboursen, Steieren, Spideeler, Santé, Maternité“, von allem sei etwas dabei gewesen: „quer durch den Garten“, meinte Bettel. Sich mit all diesen Themen in einer Tripartite auseinanderzusetzen, hatte die Regierung augenscheinlich weder die Lust, noch hatte sie sich darauf vorbereitet.

Die Tripartite an sich hatte eher den Charakter einer Konferenz als den einer Verhandlungsrunde. Die Sozialpartner durften aufmerksam zuhören, als die Minister zum wiederholten Mal ihre Verdienste in der Pandemie ausführlich anhand einer Power-Point-Präsentation vorstellten: die budgetäre Lage, die Wirtschaftshilfen und die Kurzarbeit, die sozialen Maßnahmen, die sie zur Stärkung der Kaufkraft unternommen hatten. Anhand eines Liniendiagramms veranschaulichte Wirtschaftsminister Franz Fayot ohne weitergehende Erklärung, wie die Kaufkraft in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen sei (Pierre Gramegna benutzte das gleiche Diagramm am Mittwoch in seiner Haushaltsrede). Damit war eigentlich alles gesagt. Rückfragen waren nicht erlaubt.

Die Sozialpartner hatten anschließend jeweils 15 Minuten Zeit, um ihre Wünsche vorzutragen. Insbesondere die Gewerkschaften wurden dabei wiederholt vom Premierminister unterbrochen, der ihnen in seiner gewohnt anmaßenden, doch gleichzeitig spitzbübischen und nonchalanten Art mit einschüchternden Zwischenrufen wie „wat mengt der, wat dat kascht“ oder „dat gëtt ze deier“ gleich zu verstehen gab, dass ihre Forderungen nicht erwünscht seien und das Kriseninstrument Tripartite nicht der richtige Ort sei, um über Steuertabellen, Wohnungsnotstand, steigende Energiepreise, Klimagerechtigkeit und Privatisierung des Gesundheitssystems zu reden. Von Dingen wie kalter Progression, der Aufnahme der CO₂-Steuer in den Indexwarenkorb, neuen Steuergesetzen im Wohnungsbau, Senkung der Akzisen oder kommerziellen Arztgesellschaften hatte Bettel keine Ahnung. Gramegna zieht sich in wenigen Wochen aus der Politik zurück, die für die anderen Themen zuständigen Ressortminister/innen Carole (Dieschbourg), Henri (Kox) Claude (Turmes) und Paulette (Lenert) waren gar nicht erst nach Senningen gekommen.

Diversifizierung Seit Einführung des Einheitsstatuts 2008 hat sich der Sozialdialog immer weiter diversifiziert. Neben Conseil économique et social (CES),

Comité de conjuncture, Comité permanent du travail et de l’emploi (CPTE), Stahltripartite und Quadripartite sind die Sozialpartner auch in den Führungsgremien der Pensions- und Gesundheitskasse und im Conseil national de la productivité vertreten. In manchen dieser Gremien konnten tatsächlich Fortschritte erzielt werden. So wurde im ersten aller Tripartite-Gremien, dem CES, kürzlich eine Übereinkunft zur gesetzlichen Regelung der Telearbeit und des Rechts auf Abschalten gefunden. Im Comité de conjuncture wurde die Kurzarbeit beschlossen und in sektoriellen Verhandlungen konnten Massenentlassungen bei Arcelor-Mittal, Guardian und Luxair verhindert werden. Anders sieht es im CPTE aus, der sich laut Gesetz mindestens drei Mal im Jahr treffen soll, vor zwei Wochen aber zum ersten Mal in diesem Jahr von Arbeitsminister Kersch einberufen wurde.

Ähnlich dem *Rentendesch* (zumindest dem Namen nach) haben DP, LSAP und Grüne in den vergangenen Jahren sogenannte „Tische“ eingeführt, wo mit den Sozialpartnern und weiteren betroffenen Akteuren aus der Zivilgesellschaft in einem erweiterten Kreis über ressortspezifische Themen diskutiert werden soll. Die Regierung sei dem Sozialdialog nicht abgeneigt, aber er solle an den Orten stattfinden, die dafür vorgesehen sind, meinte Bettel am Montag und nannte als Beispiele „Zukunftsdesch, Klimadesch, Logementsdesch etc.“. Bisher existieren jedoch lediglich der *Klimadesch*-Landwirtschaft und der von Bettel nicht einmal erwähnte *Gesundheitsdesch*, die beide 2020 zum ersten Mal einberufen wurden. Über den *Zukunftsdesch* wird seit fast 20 Jahren geredet, getroffen hat er sich nie. Und ein *Logementsdesch* taucht bislang lediglich als Forderung in einem Leserbrief des LSAP-Nachwuchspolitikers Max Leners auf und ist laut Minister Kox bislang auch nicht geplant.

Entsprechend dürrig waren dann auch die Beschlüsse, die die Regierung am Montag zurückbehielt. Das Recht auf Kurzarbeit und die finanziellen Hilfen für Betriebe aus vulnerablen Sektoren werden wegen wieder steigender Infektionszahlen und der 2G-Regelung für Freizeitaktivitäten um zwei Monate verlängert. Diese Maßnahmen haben beide Sozialpartner begrüßt. Die anderen Beschlüsse gehen vor allem auf Forderungen der UEL zurück. So können Betriebe künftig Flüchtlinge einstellen, ohne dass die Adem erst prüfen muss, ob die Stelle nicht mit einem Luxemburger oder einem EU-Einwanderer besetzt werden kann. Die Fami-

lienzusammenführung wurde für Flüchtlinge zwar nicht vereinfacht, dafür aber für HNWI aus Drittstaaten: die Partner/innen von „Talenten“ mit festem Arbeitsvertrag im Finanz- oder IT-Sektor erhalten künftig automatisch eine Blue-Card. Ferner kündigte der Premierminister Finanzhilfen an, um die Betriebe bei der digitalen und grünen Transition zu unterstützen. UEL-Direktor Jean-Paul Olinger zeigte sich am Dienstag gegenüber dem *Land* zufrieden über den Verlauf und den Ausgang der Tripartite, die er in der Kontinuität von der vom Juli 2020 sah. Die Pandemie sei noch nicht beendet, jetzt sei nicht die Zeit, um Geschenke zu verteilen, sagte Olinger.

Zahlensalat Die drei national repräsentativen Gewerkschaften bezeichneten die Tripartite hingegen in einer gemeinsamen Mitteilung als Nullnummer. Ihre Hauptforderung nach Maßnahmen zur Erhöhung der Kaufkraft wies die Regierung mit dem Argument zurück, sie habe in den vergangenen drei Jahren hohe Investitionen in den Sozialstaat getätigt. Bettel meinte, Fayot und Gramegna verfügten diesbezüglich über andere Zahlen als OGBL, LCGB und CGFP. Der Noch-Finanzminister versuchte die Wirksamkeit von Maßnahmen wie gratis öffentlicher Transport, kostenlose Schulbücher und Kinderbetreuung, Steuerkredit oder Erhöhung der Teuerungszulage und des Mindestlohns in seiner letzten Budget-Rede am Mittwoch damit zu belegen, dass der Gini-Koeffizient im vergangenen Jahr zurückgegangen sei (von 0,312 in 2019 auf 0,306 in 2020). Das Stateg hatte das in seinem Mitte Oktober veröffentlichten *Rapport travail et cohésion sociale* berechnet. In seinem Bericht wies das Statistikamt aber auch darauf hin, dass es wegen der sanitären Maßnahmen bei der Datenerhebung eingeschränkt war und sich deshalb auf andere Zahlen als in den Vorjahren stützen musste, weshalb die Ergebnisse von 2020 nicht direkt mit denen von 2019 vergleichbar seien. Deshalb könne es auch keine zuverlässigen Aussagen über die Entwicklung der Einkommensungleichheiten während der Pandemie machen. Vor diesem Hintergrund scheint es doch sehr unwahrscheinlich, dass die seit Jahren insbesondere durch die immer schneller steigenden Wohnungspreise verursachte stetige Zunahme der sozialen Ungleichheiten ausgerechnet in einer sanitären und wirtschaftlichen Krise gebrochen worden sein soll. Nicht zuletzt liegt das Armutsrisiko in Luxemburg mit 17,4 Prozent weiterhin über dem EU-Durchschnitt (17,1) und deutlich über dem

Die Sozialpartner hatten jeweils 15 Minuten Zeit, um ihre Wünsche vorzutragen. Insbesondere die Gewerkschaften wurden dabei wiederholt vom Premierminister unterbrochen, der mit einschüchternden Zwischenrufen wie „wat mengt der, wat dat kascht“ oder „dat gëtt ze deier“ gleich zu verstehen gab, dass ihre Forderungen nicht erwünscht seien

der Nachbarländer Belgien (14,1) und Frankreich (13,8).

Noch während Gramegna am Mittwoch seine Ansprache in der Kammer hielt, veröffentlichte die Salariskammer in einer Newsletter eine OECD-Studie, aus der hervorgeht, dass Luxemburg 2019 lediglich 21,6 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für Sozialausgaben bereitstellte. Damit liegt es weit hinter seinen Nachbarländern Frankreich (31 Prozent), Belgien (28,9) und Deutschland (25,9) und nur leicht über dem OECD-Durchschnitt (20). Es waren diese Zahlen, auf die sich die Gewerkschaften bei ihrer Forderung nach mehr Kaufkraft beriefen.

Es sollte also nicht verwundern, dass sie nun das Gefühl haben, die Regierung nehme sie nicht ernst und die Tripartite vom Montag sei nichts weiter als eine Inszenierung und ein Alibi-Event gewesen, um die Arbeitnehmerschaft vorzuführen. Um die Gewerkschaften endgültig zu demütigen, griff der sozialistische Noch-Vize-Premier Dan Kersch auf der Pressekonferenz am Montag auf ein Strohmann-Argument zurück, das Bettel stolz aufgriff. Der Premier habe gleich zu Beginn der Tripartite ein klares Bekenntnis zum Index-System gemacht, um denen, die daran „fréckele wëllen“, zu zeigen, dass das mit dieser Regierung nicht machbar sei, meinte Kersch. Das habe die Gewerkschaften sofort beruhigt, beschwichtigte Bettel. Dabei hatte das Patronat diesmal weder im Vorfeld der Tripartite noch während der Verhandlungen den Index in Frage gestellt, wie sowohl die UEL als auch die Gewerkschaften dem *Land* auf Nachfrage bestätigten. Tatsächlich war es ein wohl ob seines nahenden Karriereendes ungewohnt forscher Gramegna, der am Mittwoch den Index erneut ins Spiel brachte, als er in seiner Budgetansprache die Präsidentin der Europäischen Zentralbank, Christine Lagarde, zitierte, die regelmäßig darauf hinweise, dass die automatische Lohnanpassung ein „richtiges Problem“ darstelle.

Perle Dank eines florierenden und coronaresistenten Banken- und Finanzplatzes seien „unsere“ Staatsfinanzen „die besten in ganz Europa“, lobte Gramegna am Mittwoch sich selbst. Als einziges Land in der Eurozone halte die „Perle auf dem Planeten“ die Regeln des Stabilitätspakts schon in diesem Jahr wieder ein, das öffentliche Defizit sei das niedrigste im ganzen Währungsgebiet. Einen berechtigten Grund, den Index zu manipulieren, gibt es also derzeit keineswegs. Knapp zwei Jahre vor den Wahlen wäre das politische Selbstmord. Das wissen auch die DP und Gramegnas designierte Nachfolgerin Yuriko Backes.

Den OGBL und den LCGB muss die DP nicht fürchten, das wurde in dieser Woche deutlich. Zu viele ihrer Mitglieder sind nicht wahlberechtigt, die restlichen wählen eh traditionell LSAP oder CSV. Ein weiteres Problem ist, dass die Gewerkschaften zurzeit in ihren Möglichkeiten begrenzt sind. Demonstrationen und Proteste sind schwer durchzuführen, zu groß ist die Gefahr, dass sie von der sogenannten Schwurbler Szene vereinnahmt werden, von der OGBL und LCGB sich ausdrücklich distanzieren.

Die CGFP ist freilich in einer etwas besseren Lage. Ihr Streit mit DP-Minister Marc Hansen über die Interpretation des Gehälterabkommens im öffentlichen Dienst ist noch nicht beigelegt. Noch-CGFP-Präsident Romain Wolff hatte bereits im Rahmen der Conférence des Comités der Staatsbeamten-gewerkschaft vor einer Woche seine rund 28 000 Mitglieder gefragt, wen sie denn wählen würden, wenn am Sonntag Parlamentswahlen wären. Er selbst wisse es nicht, sagte Wolff, und mahnte die Politiker/innen aller Parteien, sich die „richtigen Fragen“ zu stellen. Bis Juli 2022 haben sie dazu Zeit. Dann, nur rund ein Jahr vor den nächsten Wahlen, soll die nächste Tripartite stattfinden. ●



Philippe Nathan et Sergio Carvalho au cœur du futur parc du stade

SuperWunnKëscht

Le projet *STADePARC* mené par le bureau d'architectes « 2001 » a remporté le concours d'idées pour le quartier qui sera développé le long de la route d'Arlon à Luxembourg. Rencontre avec ses deux associés

Entretien : France Clarinval

Environ dix hectares de terrains appartenant à 83 pour cent à la Ville de Luxembourg vont progressivement être libérés avec le déménagement des services d'incendie et de secours, du stade Josy Barthel et du service d'hygiène. Une chance rare de créer un nouveau quartier d'habitations proche du centre-ville pour lequel un concours d'idées a été organisé. Le bureau « 2001 » (Luxembourg), en collaboration avec HHF (Suisse), Agenceter (France), Cabane (Suisse), Sytematica (Italie) et Transsolar (Allemagne) sortent vainqueur d'une compétition où 35 dossiers avait été déposés.

d'Land : L'appel à concours d'idées a été lancé en mai 2019. Qu'est-ce qui vous a décidé à participer ?

Philippe Nathan : Il y a rarement des concours d'idées ouverts au Luxembourg. Dans le cas présent, la demande initiale était totalement libre et ouverte, sans programme, sans restriction. Cela permettait d'être très proactif et critique et d'oser tester des propositions audacieuses. On n'a pas hésité. Même si la procédure n'était pas rémunérée.

Sergio Carvalho : La composition du jury était aussi intéressante et diversifiée avec des experts internationaux, des responsables de divers services de la Ville et des représentants politiques.

Quelle a été votre première idée ? Le premier jet ?

S. C. : Le point initial, qui ne nous a pas quitté dans toutes les étapes, était de garder le stade ou en tout cas son emprise.

P. N. : La zone comprend déjà des espaces assez forts, avec les infrastructures autour. En gardant en tête qu'il fallait offrir beaucoup de logements et construire massivement, avec une proposition dense, on a essayé des dizaines d'options pour construire autour, au-dessus, dedans. Mais toujours en gardant cet espace.

S. C. : On a par exemple pensé à des bâtiments-ponts qui laissaient le stade au rez-de-chaussée, avec des logements par au-dessus. Cela offrait une certaine densité de logement, mais une belle qualité avec l'environnement vert du stade.

Le processus du concours a été long, en plusieurs étapes. Que vous ont apporté les remarques du jury ?

P. N. : Il y a eu plusieurs rendez-vous et le dialogue était très intéressant. L'échange se passe dans les deux sens : un jury apprend aussi d'un projet en fonction des explications, des différentes étapes. Avec l'avancement du projet, le jury a beaucoup insisté sur l'importance d'avoir un tissu cohérent, avec des espaces publics fluides, des liens entre les différentes zones. Ils ont demandé que le plan soit structuré par ça. C'est l'aspect sur lequel ils nous ont le plus poussé à retravailler, à aller plus loin.

« La caserne peut facilement être transformée en un centre de cultures urbaines, espace d'échanges et de dialogue »

S. C. : À chaque fois qu'il y a eu des échanges avec le jury, on a adapté le projet, tout en gardant les constantes sur lesquelles nous ne voulions pas transiger. Je pense que notre flexibilité a été appréciée. Les idées qui sont sur nos plans vont encore évoluer, mais le cadre est maintenant très fort et solide. Le travail du jury a été très sérieusement mené pour dépasser les questions de goût, et écouter les arguments structurels. Du côté des services de la Ville, il y a eu aussi un très gros travail : toutes les données étaient passées au crible, tout était vérifié quant à la faisabilité des propositions.

La volonté de la Ville est de créer un quartier de logements (Wunn-quartier) avec une mixité sociale. Comment avez-vous envisagé cela ?

P. N. : La capacité du quartier n'était pas définie. On s'est donc d'abord demandé combien de personnes pourraient y vivre. De manière assez basique, on a regardé combien d'Unités d'habitations – ces immeubles pensés par Le Corbusier que l'on voit encore à Marseille ou à Briey – entraient dans le périmètre. On a testé aussi avec l'ensemble Climat de France construit à Alger dans les années 1950 par Fernand Pouillon ou un bâtiment de Genève. C'est un exercice qui nous donne une idée, une hypothèse de travail. On a ainsi calculé que 2 000 personnes pourraient habiter ce quartier.

Vous avez imaginé des typologies d'habitats différents et des quartiers dans le quartier...

P. N. : Notre projet initial est basé sur un parc central avec une construction périphérique, avec les terrasses au-dessus, une zone de maisons mitoyennes et une zone de tours. C'était ce que nous avons appelé des « climats ». Ces quatre climats sont liés entre eux par une ossature délimitée par des espaces publics. À la suite des remarques du jury, on a gardé l'idée de zones, mais on a ajouté une trame qui les associe. Ainsi, l'ancienne rue du Stade est transformée en ce que les paysagistes ont appelé une rambla, parce qu'elle est descendante. Ce sera une rue intérieure, bordée de pins, reliée à la route d'Arlon, réservée aux piétons et cyclistes. Un tracé perpendiculaire à la rambla traverse tout le site d'est en ouest, et devient une promenade, comme le long d'un quai ou d'une digue. Orientée au sud, ouverte vers le parc, elle est idéale pour être occupée par des restaurants et bars avec des terrasses. Le rebord du plateau, vers le nord, est un espace invitant à la promenade, avec une montée depuis le Rollingerground. La zone boisée sera prolongée dans le quartier, comme une forêt habitée. Au nord-est, que nous avons appelé le Belvédère, est moins dense, avec des îlots profilés pour suivre la pente et avec des vues sur la ville et le Kirchberg, qui lui donnent son nom. Cet espace est aussi ouvert au public, piétons et vélos, en lien avec le voisinage. Ce squelette constitue un élément invariable qui est le garant de la cohésion spatiale.

S. C. : Nous avons alors considéré un maillage qui définit des espaces, des ambiances spécifiques, on peut dire, des îlots qui correspondent à cette volonté de mixité et diversité. Ce sont des entités paysagères et urbaines qui structurent le futur quartier. Il n'était pas souhaitable de créer le même type d'îlot partout. On a essayé dans nos tests, mais ça ne fonctionne pas. Après, au sein de chaque îlot, selon leur orientation et leur contexte, il y a différentes affectations et différents types d'habitat, plus ou moins denses, plus ou moins hauts. L'idée est aussi de rassembler différentes fonctions collectives au sein d'un îlot : le local pour les poubelles, celui pour les vélos, des espaces de travail. Cela donne des lieux de cohésion, où les gens ont des intérêts partagés et où ils échangent.

P. N. : On peut aller plus loin dans cette économie du partage et penser par exemple à des chambres que les habitants peuvent louer quand ils ont de la visite, ce qui permet de ne pas à avoir des besoins de chambres supplémentaires tout le temps.

Avec 2 000 habitants, cela suppose certaines infrastructures collectives. Ecoles et crèches sont-elles prévues ?

P. N. : Une école internationale est prévue à l'entrée du site et deux crèches de part et d'autre pour être au plus près des habitants, notamment pour ceux qui sans doute travailleront à la maison ou qui occuperaient des espaces dédiés au télétravail.

S. C. : La question est aussi de mutualiser les équipements pour qu'ils puissent profiter aux habitants, comme le hall de sport de l'école par exemple ou la plaine de jeux des crèches.

Le front de rue, le long de la route d'Arlon, est ce qui est le plus visible pour les voisins et passants. Comment le transformez-vous ?

S.C. : Notre volonté était de trancher par rapport au principe d'alignement frontal qui est à l'œuvre aujourd'hui dans les constructions, jusqu'à l'entrée de l'autoroute et au-delà. Il s'agit donc d'ouvrir vers la route et les rues voisines pour inviter à entrer dans le quartier. Ainsi, il y aura une place publique, avec sans doute la construction la plus haute et la plus emblématique.

P. N. : L'idée est que la route d'Arlon devienne une avenue. C'est quelque chose qu'on a du mal à faire au Luxembourg. On le voit au Kirchberg, il ne suffit pas de mettre des arbres. Alors, ici, on déplace le front bâti qui sera plus accentué de l'autre côté de la route. Automatisquement, le regard se tourne vers le nouveau quartier. De manière un peu anecdotique, on s'est inspiré des parcs de la ville avec ses villas aux fonctions établies (culte, social, santé, culture : Croix rouge, Fondation Pescatore, Villa Louvigny, Villa Vauban, Synagogue...) qui ont été construites sur les ruines de la forteresse. Cela représente une espèce de tampon qui protège en quelque sorte le centre. C'est une interface forte. On a repris cette idée : le parc débordera du stade pour englober les tribunes jusqu'à la route d'Arlon et comptera quatre « villa ». Leur fonction est à définir, mais l'idée est d'y mettre des logements assez spécifiques, par exemple intergénérationnels avec des rez-de-chaussée urbains, activés, par exemple un hall de marché.

Qu'en est-il de la place de la voiture ?

S. C. : Il n'y a qu'une seule route carrossable qui dessert le site en partant de la route d'Arlon, passant le long de la caserne et rejoignant le Boulevard Napoléon, en bordure nord du site. Derrière la caserne, un parking semi-enterré sera accessible pour tout le quartier. Il exploite la différence topographique existante sans avoir vraiment besoin de creuser. Cet accès favorise une circulation presque périphérique qui évite la pénétration des voitures dans le quartier, sauf bien sûr les véhicules de sécurité ou d'hygiène. Cela suppose des trajets à pied dans le quartier.

P. N. : Pour le parking actuel, en face, on a une approche très opportuniste : gardons le parking pour l'instant. Dans dix ans, on saura plus et mieux où en est la mobilité et de quoi elle sera faite : le tram, des voitures automatiques, électriques, les vélos... À ce moment on pourra réagir. S'il fallait démolir et reconstruire, on peut envisager une forme hybride avec des parkings et des logements où la trame des parkings est dimensionnée pour pouvoir être transformée en logements. C'est un système qui a été mis en œuvre à l'université de Paris-Saclay dans un bâtiment qui se distingue par la réversibilité du parking en logements.

Outre les remarques du jury, les citoyens ont été appelés à donner leur avis. En avez-vous tenu compte ?

P. N. : Lors de l'exposition des projets, il y avait des formulaires que les gens pouvaient remplir avec leurs remarques. On nous a transmis tout ce feedback. Il faut dire que ces suggestions allaient un peu dans tous les sens, pour demander tout et son contraire. Certains veulent plus de parkings et d'autres veulent moins de voitures. Cela montre que la concertation et le débat sur le devenir de la ville, sur la création de quartiers ou sur l'espace public

ne peut pas être juste un alibi. Une consultation citoyenne, ça s'encadre, ça s'organise. Il faut des médiateurs qui expliquent les plans, les coupes, les enjeux. Il faut développer une culture de ce que c'est que de construire une ville ensemble. C'est pour cela que nous voulons instaurer une maison du projet qui pourrait s'installer très vite dans la caserne.

La présentation de votre projet a justement eu lieu dans le grand hall de la caserne. Que représente cet endroit pour vous ?

P. N. Les anciennes écuries sont classées, mais la caserne ne l'est pas. Dès le début du projet, on a estimé qu'il fallait la garder pour en faire un espace de cultures urbaines. Il n'y a pas besoin de grand-chose pour la transformer en un lieu attractif : un bar, une machine à café, une pompe à bière, à la manière de ce qui se fait à l'Exit à Hollerich... Il faudra sans doute travailler l'acoustique, mais l'endroit pourrait être exploité facilement et rapidement, pour devenir, bien avant les travaux du site, un espace de dialogue et d'échange sur l'avenir du quartier. Ce serait un cadre convivial où on pourra montrer le projet et le discuter avec les voisins ou les futurs habitants... Il nous importe de débattre, de présenter notre trame et d'entendre les remarques pour faire évoluer certains aspects du projet. C'est là que le débat citoyen peut se développer.

Vous vous êtes adjoints les services de plusieurs bureaux d'experts sur des aspects spécifiques. C'est devenu indispensable sur ce genre de projet ?

P. N. : Nous sommes des généralistes et nous avons fait appel à des spécialistes pour travailler sur certains points. C'est incontournable, car ces aspects ont des conséquences sur l'ensemble. Ces bureaux ont pu nous aider à différentes échelles. Nous avons instauré des workshops avec tous où chacun pouvait s'exprimer sur ce qui allait être bénéfique pour le quartier, que ce soit en termes de mobilité, d'énergie, de paysage...

S. C. : Pour l'énergie par exemple, il sera de plus en plus fondamental à l'avenir de pouvoir ventiler les appartements pour les rafraîchir. Cela implique d'envisager des appartements traversants, donc des immeubles pas trop profonds. Pour la mobilité, on peut penser à des voitures partagées par îlot...

P. N. : L'apport de Philippe Cabane comme programmiste a été très intéressant, parce qu'il est aussi sociologue urbain. Avec lui, on a travaillé sur les populations futures, leurs désirs, leurs besoins, la manière d'y répondre, dans une approche plus philosophique. Notre bureau partenaire suisse, HHF, a dix ans d'expérience de plus que nous et pratique l'urbanisme en France et en Suisse. Ils voient différentes cultures et connaissent les logiques économiques par rapport aux investisseurs. C'est une des raisons pour lesquelles nous n'avons pas de très grands bâtiments. On sait que nos fonds, SNHBM ou Fonds du logement arrivent à opérer dans ces dimensions.

Quelles vont être les prochaines étapes ?

P.N. : Les différents services nationaux et communaux (Ponts et Chaussées, Luxtram, services d'hygiène, des sports, voirie...) vont passer au crible le projet. Il y a des intérêts variés et parfois contradictoires. On va retravailler avec les services de la Ville pour répondre à certains aspects. Nous voulons faire en sorte d'avoir un plan-guide solide d'ici 24 mois pour élaborer les phasages en fonction de la libération des différentes zones. Ainsi, on nous parle de huit ans avant que le service d'hygiène soit libéré, mais d'autres zones iront plus vite. Ensuite viendront différents PAP (plans d'aménagement particuliers). Il y a beaucoup d'étapes qui dépendront de la volonté politique. Dix ans avant de voir des résultats semble un minimum. ●

DEUTSCHLAND

So ist Politik

Martin Theobald, Berlin



Der neue Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bei seiner Vereidigung

Rückblende: Peer Steinbrück gilt heute immer noch als kläglich gescheiterter SPD-Kanzlerkandidat, weil er 2013 nur 25,7 Prozent der Wählerstimmen erreichte. Olaf Scholz holte Ende September des Jahres ebenfalls 25,7 Prozent Stimmen bei einer Bundestagswahl. Er gewann das Kanzleramt und ist heute Hoffnungsträger seiner Partei. So ist Politik.

Etwas mehr als eine Woche ist die neue Bundesregierung von Sozialdemokraten, Grünen und Liberalen in Berlin nun in Amt und Würden. Weitere knapp vier Jahre sollen folgen. Wenn es nach Olaf Scholz geht, sogar noch mehr. Denn bereits vor der Wahl, Vereidigung und Amtsübernahme als Bundeskanzler vergangene Woche machte er mehr als deutlich, dass er vorhat, die Ampelkoalition auch über die aktuelle Legislaturperiode hinaus zu führen. So verkündete er es am vergangenen Wochenende auf dem Parteitag der SPD. Ob es jedoch dafür oder gar für 16 Jahre Kanz-

lerschaft reichen wird, ist allerdings nicht ausgemacht. Denn der Souverän, auch als das Volk bekannt, ist da weitaus weniger zuversichtlich. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov glauben zwei von drei Befragten nicht daran, dass Olaf Scholz länger als vier Jahre im Bundeskanzleramt residieren wird. Jeder Fünfte ist sogar der Meinung, dass das Dreiparteienbündnis schon vor der kommenden Wahl auseinanderbrechen und es zu vorgezogenen Neuwahlen kommen wird.

Dabei hat Deutschland durchaus Erfahrungen mit Koalitionen von drei Parteien – wie in den letzten 16 Jahren als CDU und CSU mit jeweils wechselnden Partnern regierten. Dabei bedenke man, dass vor allem die CSU stets auf ihren Eigensinn beharrte und es seinerzeit der bayerische CSU-Vorsitzende und Ministerpräsident Franz-Josef Strauß stets und ständig schaffte, die damalige konservativ-liberale Bundesregierung unter Helmut Kohl vor

sich her zu treiben. Die Erfahrungen mit einer sogenannten Ampelkoalition sind hingegen gemischt – wobei diese bislang auch nur auf Landesebene zu Stande kamen: In Brandenburg und Bremen scheiterten diese zu Beginn der 1990-er-Jahre jeweils kurz vor Ende der Legislaturperiode. In Rheinland-Pfalz hingegen ging man in diesem Frühjahr in die zweite Runde. Doch Landespolitik ist nicht Bundespolitik. Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) mag eine noch so ausgleichende Person sein – in Berlin sitzen drei Alphamänner am Kabinetts-tisch: Olaf Scholz, Robert Habeck (Grüne) und Christian Lindner (FDP). Konflikte, die in einer Provinzregierung mal eben heimlich, still und leise beigelegt werden, werden in Berlin vor dem Publikum der Republik verhandelt und ausgetragen. In Bayern oder Nordrhein-Westfalen juckt es niemanden, was die Ampel in Mainz zustande bekommt oder nicht, doch schauen beide Landesregierungen in München wie Düsseldorf doch um so aufgeregter nach Berlin, werden dort Dinge entschieden.

Und so registriert man in der Bundeshauptstadt sehr deutlich, wer denn nun überhaupt das dritte Rad am Fahrrad ist – was entweder Stützrad oder schlichtweg überflüssig sein kann. Sind es die Freien Demokraten? Sie mussten mal eben ihre Forderung nach weniger obrigkeitstaatlichem Umgang mit der Corona-Krise kassieren, konnten aber andererseits in den Koalitionsverhandlungen raus-holen, was rauszuholen war, und die beiden Mitkoalitionäre von ihren Lieblingsthemen Tempolimit und Steuererhöhungen abbrin-gen. Oder doch die Grünen? Die das in ihrer Partei prestigeträch-tige Verkehrsministerium an die FDP abgeben musste. Oder doch die SPD? Alle drei Parteien bedienen unterschiedliche Klientel, bei denen sie politische Versprechen aus dem Wahlkampf einzulösen haben. Diese stehen meist diametral den Zugeständnissen der an-deren Koalitionäre gegenüber. So etwa beim Bürgergeld. Dies muss die SPD unbedingt umsetzen, um ein weiteres Debakel wie die Sozialrechtsreform Hartz IV von Anfang des Jahrtausends zu ver-meiden. Auf der anderen Seite werden die Liberalen als Hüter der Finanzen genau dies zu verhindern versuchen.

Konflikte sind vorprogrammiert und die Parteien werden genaues Kassenbuch darüber führen, wer wann welchen Millimeter nach-gab, um im nächsten Streitfall einen symbolischen Meter an Zu-geständnissen zu gewinnen. Um so deutlicher wird so, dass sich die drei Parteien in einer zum gemeinsamen Erfolg verdonnerten Zweckkoalition befinden, und dabei doch unterschiedliche strate-gische Ziele verfolgen. Die Grünen haben in diesem Jahr den Wahlkampf gründlich verhaufen, das aber kann spätestens in vier Jahren anders sein und dann wird Robert Habeck nach dem Kanz-leramt greifen, was Scholz verhindern will. Der FDP wäre ohnehin eine Koalition mit dem Christdemokraten unter Friedrich Merz – oder einem anderen Mann – lieber. Spätestens dann, wenn die Meinungsforscher sinkende Zustimmungswerte für einen oder so-gar zwei der drei Koalitionäre prognostizieren werden und damit

I
Konflikte sind vorprogrammiert und die Parteien werden genaues Kassenbuch darüber führen, wer wann welchen Millimeter nachgab, um im nächsten Streitfall einen symbolischen Meter an Zugeständnissen zu gewinnen

zu erkennen geben, dass die Stammwähler mit den ausgehandel-ten Kompromissen und dem eingeschlagenen Weg der Regierung unzufrieden sind, dann wird es ungemütlich in der Ampel werden und jeder angezählte Koalitionspartner seine eigene Programmatik verschärfen und so die Krise verschärfen. So ist Politik. Und so ist das Wesen einer Ménage à trois: labil.

Für Olaf Scholz kommt noch ein vierter Gegner hinzu: die inner-parteiliche Opposition der Parteilinken. Zwar hat er am vergange-nen Wochenende versucht mit der Wahl von Kevin Kühnert zum Generalsekretär diese einzubinden, doch die Freundschaft zwi-schen Scholz und Kühnert ist keine innige. Der Generalsekretär wird den Kanzler gerne daran erinnern, dass seine Stellung in der Partei einzig und allein auf seinem Wahlerfolg beruht, nicht auf Zu-neigung seitens der Genossinnen und Genossen.

Die übrigen Parteien versuchen sich derweil mit der Situation zu arrangieren. Die Christdemokraten haben sich auf einen Selbstfin-dungstrip begeben, der durch die neuerliche Wahl eines Parteivor-sitzenden abgeschlossen werden soll. Die Chancen für Friedrich Merz es denn im dritten Anlauf endlich zu schaffen, stehen nicht schlecht. Er wird den konservativen-wirtschaftsliberalen Marken-kern der Christdemokraten wieder aufpolieren. Ersteres um AfD-Mitglieder für sich zu gewinnen, letzteres um mit aller Macht um die FDP zu buhlen – und so eine Sollbruchstelle in der Ampelko-alition zu schaffen. Die Linke hat sich in einer Grundsatzdiskussion mit ihrer ehemaligen Vorsitzenden Sahra Wagenknecht verloren. Die AfD wird eine weitere Radikalisierung anstreben, da nur diese Grenzüberschreitung ihr Zustimmung bringt. Zuträglich ist dabei die gesellschaftliche Polarisierung durch die Covid-Proteste. Hier versucht die rechtsextremistische Partei mit aller Gewalt politisches Kapital aus den vielfältigen Protestbewegungen zu ziehen. Auch so ist Politik. Und nicht anders. ●

EUROPE DE L'EST

Le retour du nucléaire

Mirel Bran, Bucarest

L'énergie verte se cache-t-elle dans les tréfonds de l'atome ? Le nucléaire frappe à nouveau dans l'actualité énergétique et espère figurer bientôt sur la liste des énergies vertes. Plusieurs pays de l'Europe de l'Est, notamment la Roumanie, la Pologne, la Hongrie et la Slovaquie, font pression sur la Commission européenne pour qu'elle accorde à l'énergie nucléaire le label « vert ». Ce label fait partie de la taxonomie financière durable de l'Union européenne (UE) qui s'applique aux investissements respectueux du climat.

L'emballlement des pays de l'Europe de l'Est pour le nucléaire n'est pas singulier, mais fait partie d'une stratégie soutenue par les États-Unis et par plusieurs pays de l'Europe de l'Ouest. « L'énergie nucléaire est une solution en ce qui concerne le réchauffement climatique, a déclaré Rafael Mariano Grossi, le directeur de l'Agence internationale de l'énergie atomique

(AIEA), lors de la COP26, conférence sur les changements climatiques, qui s'est tenue en novembre à Glasgow, en Écosse. Ce n'est pas la panacée, mais elle fournit déjà plus de 25 pour cent de l'énergie propre. »

Cette nouvelle vision sur le nucléaire « vert » est en train de faire son chemin aussi bien aux États-Unis qu'en Europe. À la mi-novembre, douze syndicats des domaines énergétiques stratégiques ont privilégié le nucléaire dans une lettre ouverte publiée à l'occasion de la COP26. « Le nucléaire a déjà permis d'économiser 70 milliards de tonnes d'émissions de CO₂ dans le monde et fournit une énergie propre à des centaines de millions de personnes, expliquent les syndicats. Surtout, c'est notre seule source d'électricité propre qui est disponible 24 heures sur 24 et 7 jours sur 7, quelle que soit la météo. »

Parmi les pays signataires de cette tribune en faveur du nucléaire « vert », on retrouve, outre l'Europe de l'Est, les États-Unis, le Canada, le Royaume-Uni, la France et la Belgique. Cette option divise l'UE dans la mesure où l'Allemagne et l'Autriche s'y opposent farouchement. Néanmoins la hausse du prix de l'énergie et le besoin urgent de baisser les émissions de CO₂ poussent de plus en plus de pays à se tourner vers le nucléaire. Un domaine où les États-Unis ont une longueur d'avance grâce à la nouvelle technologie des petits réacteurs nucléaires SMR (Small Modular Reactor).

Washington compte sur les SMR pour changer la donne sur le nucléaire. Oubliée l'image des centrales géantes qui peuvent connaître des accidents, comme à Tchernobyl et à Fukushima. Les SMR sont tellement petits qu'ils peuvent être transportés en camion. Bref, une centrale petite, modulable et mobile qui n'a rien à voir avec les mastodontes du passé. Cerise sur le gâteau, le refroidissement des

SMR bénéficie lui aussi d'une nouvelle technologie qui permet d'installer ces petites centrales à peu près partout.

Les SMR sont pour l'instant un projet mené par la société américaine NuScale qui compte conquérir rapidement de futurs marchés. Il n'existe encore aucun réacteur NuScale en état de marche dans le monde, mais cela n'empêche pas la signature de contrats de construction. L'enjeu en vaut la chandelle car, selon Washington, les technologies bas-carbone en Europe de l'Est représentent un marché de 23 000 milliards de dollars. « Ces marchés nous permettront de créer de nouvelles industries, d'attirer des milliards de dollars d'investissements et de créer des millions de nouveaux emplois », a déclaré Jennifer Granholm, le secrétaire à l'Énergie aux États-Unis.

Washington a déjà commencé à placer ses pions dans la future course pour le nucléaire « vert », et choisi de faire de la Roumanie son fer de lance dans l'UE. Lors de la COP 26, le président roumain Klaus Iohannis et le représentant spécial des États-Unis ont signé un accord pour la construction en Roumanie d'une petite centrale nucléaire comportant six modules. Le futur joujou SMR dont chaque module produira 77 mégawatts devrait être mis en service en Europe en 2028. Avec la signature de cet accord entre la compagnie américaine NuScale et son homologue roumaine Nuclearelectrica la Roumanie espère devenir un centre de diffusion des nouvelles technologies SMR dans l'UE et un centre de formation du personnel. « Ce partenariat permettra de former une nouvelle génération d'ingénieurs qui bénéficieront de l'innovation révolutionnaire de la technologie SMR de NuScale », a déclaré le PDG de Nuclearelectrica Cosmin Ghita.

La Roumanie pourrait devenir à terme un exportateur d'énergie dans l'UE, d'autant que son

partenariat avec les États-Unis lui ont localisé des gisements de gaz dans la mer Noire. Le 3 novembre, la compagnie Romgaz, contrôlée par l'État roumain, a racheté la part du géant américain Exxon Mobil en vue d'un projet d'extraction du gaz en mer Noire, pour un montant d'un milliard de dollars. Les ambitions de la Roumanie sur

le marché énergétique européen irritent la Russie qui entend conserver sa position privilégiée pour l'exportation d'énergie en Europe. L'installation de centrales américaines SMR en terre roumaine ne fera que renforcer l'hostilité de la Russie dont les rapports avec la Roumanie s'annoncent orageux. ●



Entre jets d'eau et vin chaud

Reportage photo de Sven Becker & Gilles Kayser

**Un week-end sous le signe des antivax.
Impressions de la manifestation chaotique du samedi ainsi
que de la « marche blanche », plus paisible, du dimanche**





Merger-control

Dans un communiqué de presse calibré au millimètre près, les groupes de la construction Felix Giorgetti et CDCL ont annoncé cette semaine « rapprocher leurs activités ». Dans leur communication officielle, les deux entreprises prennent beaucoup de soin de présenter ce « rapprochement » comme « un partenariat stratégique » entre égaux. Mais que cela sent quand même le rachat progressif par le groupe Giorgetti, qui annonce d'ailleurs prendre « une participation minoritaire » chez CDCL, sans que CDCL en fasse de même chez Giorgetti. Les deux entités disent continuer à « opérer de façon indépendante », même si « des projets d'envergure pourront néanmoins être réalisés ». Face à *Paperjam*, le président du conseil d'administration de CDCL, Jean-Marc Kieffer, précise

qu'« à l'avenir, il y aura sans doute le projet d'une entreprise commune », mais qu'il serait trop tôt pour en dire plus. (Kieffer tient également à « réfuter toute rumeur concernant les difficultés financières » de son groupe.) Après son alliance avec Kuhn en 2006, Marc Giorgetti consolide donc sa position sur l'échiquier immobilier. Le Luxembourg est d'ailleurs le seul pays de l'UE à ne pas connaître de contrôles fusions-acquisitions, ni même d'obligation de notification. (En 2009, le ministre de l'Économie Jeannot Krecké et son lieutenant Etienne Schneider ne voulaient pas que le Conseil de la concurrence vienne se mêler de leur projet-phare, Enovos.) Selon nos informations, le ministère de l'Économie analyserait actuellement l'opportunité d'introduire un tel *merger-control*. [bt](#)

Grill tarifaire



À partir du 1^{er} janvier 2022, la Commission de surveillance du secteur financier (CSSF) augmente sa grille tarifaire. Pour les banques, fonds d'investissement, holdings et firmes d'audit, les prix montent. La CSSF n'étant pas financée à travers le budget de l'État, elle doit assurer les frais de son propre fonctionnement, ce qu'elle fait via les taxes et sanctions collectées auprès des entités surveillées. Or, le coût de la surveillance est passé de 93 millions d'euros en 2017 à 136 millions en 2020. Les tarifs et taxes forfaitaires devaient donc suivre. Une banque soumettant

sa demande d'agrément devra désormais compter 50 000 euros de « forfait unique » (15 000 euros jusqu'ici), tandis que la nouvelle fourchette des « forfaits annuels » des banques se situera entre 97 000 et 407 500 euros (une augmentation de 12 000, respectivement 58 000 euros). Les firmes d'audit payeront deux fois plus cher les demandes d'accès au stage, qui passant de 500 à mille euros par demande. (Étant donné le nombre de stagiaires avalé tous les ans par les Big Four, cela devrait donner une jolie somme.) Les fonds d'investissements restent, eux, largement épargnés par cette hausse des prix. Ils voient même certaines taxes légèrement baisser. Quant aux coûts des visites « on-site », ils restent fixés à 10 000 euros pour chaque contrôle sur place effectué. Assujetties depuis ce printemps au contrôle de la CSSF, les compagnies financières holdings devront s'accommoder d'un forfait unique de 15 000 euros et d'un forfait annuel de 2 000 euros. Ces réajustements de la grille ont lieu tous les trois ans et font traditionnellement l'objet de vives discussions au sein du conseil d'administration de la CSSF, qui réunit représentants des lobbys financiers (ABBL, Alfi, firmes d'audit) et hauts fonctionnaires du ministère des Finances, le tout sous la présidence de la haute fonctionnaire Maureen Wiwinius venue remplacer Isabelle Goubin. Ce sont surtout les effectifs de la CSSF qui ont explosé, passant de 683 en 2018 à 856 en 2021. Alors qu'il s'agit d'employés hautement spécialisés et rémunérés, un tel

accroissement a évidemment son prix. Mais la CSSF n'avait pas vraiment le choix. Afin de ne pas finir marginalisée par la Banque centrale européenne au lendemain de la crise financière de 2007, elle dû se donner les moyens et se hisser à la hauteur des nouvelles exigences internationales. On en est donc loin de la petite autorité qui comptait une centaine d'employés pour surveiller un marasme offshore pullulant. Cette époque de l'« autorégulation » et des « gentlemen's agreements » est définitivement révolue. (Dans les années 1980 à 2000, le régulateur externalisait ainsi le contrôle des banques aux firmes d'audit, qui, elles, n'étaient contrôlées par personne.) Mais la CSSF ne dispose pas seulement des taxes pour financer son fonctionnement, les amendes administratives aident également à boucher les trous de ses cycles budgétaires pluriannuels. Le régulateur dispose d'une large latitude pour la fréquence ou la sévérité de ces sanctions qui touchent désormais aussi les grandes banques systémiques telle que la BIL (4,6 millions d'euros en 2020). [bt](#)

L'autorité (fantoche) de l'audiovisuel se rebiffe

Dans un avis signé par son conseil d'administration lundi, l'Autorité luxembourgeoise indépendante et de l'audiovisuel (Alia) critique vivement le projet de loi modifiant la loi électorale et notamment la surveillance de la campagne électorale dans les

médias. L'on se souvient lors des élections européennes de 2019 du refus de RTL de diffuser des spots en français et des tergiversations consécutives pour clarifier l'utilisation des langues par les partis politiques locaux dans leur campagne... puis finalement du volte-face du média chargé du service public. Par son projet de loi 7877, l'exécutif ambitionne de conférer durablement à l'Alia la surveillance du pluralisme politique lors des campagnes pour les élections. Mais, selon l'Alia, le texte ne donne pas de « moyens d'action réels » et « ne permet pas de surveiller la réalisation d'une présence médiatique équilibrée des différents partis politiques et groupements de candidats se présentant aux élections ». « L'Alia peine à déceler les véritables intentions des auteurs du projet en recourant au concept de principe directeur », écrit le CA de l'Alia, composé de juristes de haut niveau. Les Thierry Hoscheit, président de chambre à la Cour d'appel, Valérie Dupong, bâtonnière, ou encore Luc Weitzel, référendaire à la CJUE depuis 32 ans, préconisent l'édiction de règles concrètes. Selon les amendements proposés par l'exécutif, l'Alia se retrouve davantage dans une position de facilitateur et de coordinateur, puisqu'il s'agit d'élaborer des principes en concertation avec les partis et les chaînes, que d'autorité. L'Alia désapprouve en outre que le périmètre d'application de la loi modifiée ne couvre que le plan de diffusion des spots électoraux et le décompte du

temps de parole sur les seuls services publics, RTL et la *Radio 100,7*. « L'Alia regrette que le gouvernement ne se soit pas fixé des objectifs plus ambitieux et n'ait pas prévu, dans le cadre de la modification législative à intervenir, de mettre en place des moyens de contrôle qui permettraient de veiller à ce que toutes les sensibilités puissent être représentées équitablement dans les services de télévision et de radios destinés au public résident au cours des périodes électorales sur l'intégralité du temps de diffusion », écrit-elle. L'autorité pointe du doigt l'abandon des autres canaux et notamment les télévisions communales qui « entretiennent de forts liens avec les collèges échevinaux en place ». Est enfin critiqué l'ignorance du gouvernement sur les moyens nécessités pour l'accomplissement de ce mandat de surveillance. La fiche financière du projet de loi n'envisage pas d'impact sur le budget de l'État. L'établissement public juge que, quel que soit le périmètre de surveillance retenu, une telle mission aura un impact financier et estime très précisément le coût de chaque hypothèse, sur base d'une durée de surveillance de six semaines. L'Alia souffre d'un manque de considération chronique depuis sa création fin 2013. Cela se voit aux moyens qui lui sont alloués. Dix personnes veillent sur 350 chaînes domiciliées au Grand-Duché. Ses pouvoirs sont extrêmement restreints (25 000 euros d'amende maximum) face à ceux à disposition d'autres régulateurs comme

le CSA (Conseil supérieur de l'audiovisuel) en France. À l'heure de la polarisation des débats politiques et de l'appropriation du monde médiatique par des personnes fortunées, les auteurs de l'avis regrettent que le gouvernement ne prenne pas la mesure des enjeux d'une surveillance effective des campagnes électorales. [d'Land](#)

Où sont passées mes pantoufles ?



L'information, officialisée il y a deux mois au Registre de commerce, est largement passée inaperçue : l'ancienne directrice du Trésor, Isabelle Goubin, a intégré le CA de la Société Générale Luxembourg fin mai. Avec 1 200 salariés, la banque française compte parmi les *heavy weights* de la place bancaire. Quelques semaines à peine après son départ du ministère des Finances, acté le 1^{er} octobre 2019, Goubin avait intégré le CA de la banque privée genevoise Pictet. Pas de période de *cooling off* donc pour celle qui avait aussi présidé la CSSF. Il sera intéressant de voir où atterrira son ancien

chef, Pierre Gramegna (DP), après son départ de la rue de la Congrégation en janvier 2022. Gramegna (photo : Hadrien Friob) est un habitué du cumul des postes de CA. Surtout de ceux qui rapportent. Nommé directeur général de la Chambre de commerce en 2003, il avait eu droit à un joli package : BGL BNP Paribas, Cargolux (dont il fut président entre 2004 et 2008), Bourse de Luxembourg, SNCI, LuxExpo... Financièrement parlant, sa nomination ministérielle a donc été une dégradation. Comme l'avait prouvé le cas Etienne Schneider, les limites fixés par le code de déontologie aux pratiques de pantouflage s'avèrent poreuses, voire inopérantes. La dernière version interdit aux anciens ministres, pour les deux ans qui suivent la fin de leur mandat, de « divulguer des informations non accessibles au public obtenues lors de leur fonction ou de donner à leurs clients, leur entreprise, leurs associés en affaires ou leur employeur des conseils fondés sur ces informations et d'en tirer ainsi un avantage ». Le Greco (Groupe d'États contre la corruption) avait attiré l'attention sur les lacunes du Code de déontologie, et le gouvernement planche actuellement sur une nouvelle version, afin de se mettre en conformité avec les recommandations du *watchdog* du Conseil de l'Europe. Ces travaux de révision devront être terminés fin mars 2022, apprend-on au ministère de l'État. [bt](#)

Les retraites à l’époque post-Covid

Georges Canto

Les dépenses de retraite dans l’OCDE atteignent 9,2 pour cent du PIB de la zone, contre 7,7 pour cent en 2017. Comment s’en sortir à moyen terme ?

Les personnes âgées ont payé un lourd tribut à la pandémie de Covid-19. Au Luxembourg en 2020, le nombre de décès des plus de 65 ans a augmenté de dix pour cent alors qu’il avait légèrement baissé l’année précédente, et que la mortalité baissait de 2,8 pour cent dans les tranches d’âge inférieures. Mais, au Grand-Duché comme dans de nombreux autres pays, les revenus des seniors, notamment leurs retraites* ont bien été protégés pendant la crise sanitaire, comme le montre le « Panorama des pensions de l’OCDE 2021 » paru le 8 décembre. Le document note également que « les droits à pension future ont été préservés grâce à la réponse exceptionnelle des pouvoirs publics face à la crise » (lire encadré).

Mais la pandémie passera et les problèmes de financement seront toujours là. Avec une population âgée de plus en plus nombreuse par rapport aux actifs et plutôt bien couverte sur le plan financier, la situation risque de devenir intenable, faisant craindre « des décisions politiques douloureuses » dans un proche avenir.

Bien que les gains de longévité aient quelque peu ralenti depuis 2010, le rythme du vieillissement démographique devrait toujours être rapide au cours des deux prochaines décennies. L’âge médian dans les pays de l’OCDE (une personne sur deux est plus âgée) a doublé depuis 1975, passant de vingt à quarante ans, et frôlera les cinquante ans dès 2070.

Jusqu’ici les seniors ont assez bien tiré leur épingle du jeu financièrement. L’OCDE montre en effet qu’au cours des dernières années, les revenus des personnes âgées ont augmenté plus vite que pour l’ensemble de la population.

Dans les pays membres, le revenu moyen disponible des plus de 65 ans correspond aujourd’hui à 88 pour cent de celui de

L’âge médian dans les pays de l’OCDE a doublé depuis 1975, passant de vingt à quarante ans, et frôlera les cinquante ans dès 2070

la population totale, contre 82 pour cent en 2000. En Italie, il est même identique alors qu’il n’atteignait que 85 pour cent du montant moyen en 2000. Il lui reste inférieur de six pour cent aux États-Unis et de 18 pour cent au Royaume-Uni mais la progression a été très forte, environ dix points de plus dans chaque pays en 20 ans. Une croissance relative moins nette a été observée au Canada, en Allemagne et en France, mais dans ce dernier pays les revenus des seniors étaient déjà très proches de la moyenne nationale en 2000. Par ailleurs, note le rapport, « une tendance récente se dégage clairement, à savoir l’augmentation de la protection des revenus des individus faiblement rémunérés tout au long de leur vie professionnelle ». Dans les pays de l’OCDE, le « filet social » pour les retraités s’élève désormais à vingt pour cent du salaire brut moyen.

Avec des seniors plus nombreux et mieux rémunérés, les dépenses de retraite dans l’OCDE atteignent 9,2 pour cent du PIB de la zone, contre 7,7 pour cent en 2017 ! Comment s’en sortir, sachant que la population des 20 à 64 ans devrait diminuer de plus d’un quart d’ici à 2060 dans la plupart des pays d’Europe du sud, du centre et de l’est, ainsi qu’au Japon et en Corée, provoquant une dégradation accélérée du ratio entre le nombre des personnes de plus de 65 ans et le nombre de celles en âge de travailler : de vingt pour cent au début des années 2000, il est passé à trente pour cent aujourd’hui et doublera d’ici 2060 !

Dans l’ensemble des pays de l’OCDE, une personne ayant cotisé à un régime obligatoire et effectué une carrière complète au salaire moyen devrait percevoir 62 pour cent de son salaire net quand elle partira en retraite. Mais ce « taux de remplacement » va de moins de quarante pour cent au dans les pays baltes, en Pologne, en Irlande mais aussi au Chili, en Corée et au Japon à 90 pour cent ou plus en Hongrie, au Portugal et en Turquie.

L’allongement de l’espérance de vie devrait, au moins en partie, être compensé par le relèvement de l’âge légal de la retraite, une mesure qui protège à la fois le niveau des pensions et leur financement. Selon le rapport, les décisions sur le relèvement de l’âge de la retraite ont été limitées au cours des deux dernières années. La Suède l’a fait pour les pensions publiques ; les Pays-Bas ont reporté l’augmentation prévue tout en réduisant l’indexation sur l’espérance de vie ; et l’Irlande a abrogé l’augmentation prévue de 66 à 68 ans. Le Danemark, l’Irlande, l’Italie et la Lituanie ont étendu les options de retraite anticipée.

Cette variable reste néanmoins cruciale et les mesures déjà adoptées laissent prévoir que l’âge normal de départ à la retraite augmentera d’environ deux ans en moyenne dans l’OCDE d’ici le milieu des années 2060, passant d’un peu moins de 64 ans à un peu moins de 66. Le recul sera plus important (trois ans) en Finlande, en Corée mais aussi aux Pays-Bas, un pays où le départ se fera à 69 ans comme au Danemark, en Estonie et en Italie. En revanche au Luxembourg les hommes pourront tou-



Des seniors plus nombreux et mieux rémunérés

jours prendre leur retraite à 62 ans, tout comme en Colombie et en Slovénie. Les femmes continueront à partir plus tôt que les hommes en Colombie, en Hongrie, en Israël, en Pologne et en Suisse.

Mais le simple recul de l’âge de la retraite n’est pas suffisant. Il faut lui adjoindre d’autres mesures propres à objectiver les changements (aux Pays-Bas, deux tiers des gains d’espérance de vie passent dans l’augmentation de l’âge de la retraite) et à assurer l’équilibre financier du système dans le temps.

Pour ce faire, de nombreux pays ont introduit dans leurs systèmes de retraite des mécanismes d’ajustement automatique (MAA) qui modifient des paramètres-clés tels que l’âge de la retraite, les prestations ou les taux de cotisation, lorsque les indicateurs démographiques, économiques ou financiers changent. Environ deux tiers des pays de l’OCDE (24 sur 38) les utilisent : sept pays lient les conditions d’accès à la retraite à l’espérance de vie tandis que 6 autres indexent les prestations sur l’évolution de l’espérance de vie, de ratios démographiques ou de la masse salariale. Encore six pays disposent de régimes de capitalisation à cotisations définies où l’espérance de vie n’a aucun effet sur le financement des pensions.

L’étude de ces mécanismes montre qu’au fil des ans, ils ont parfois été suspendus, voire supprimés, afin d’éviter les réductions des prestations de retraite et les augmentations de l’âge de la retraite. De plus certains MAA introduits en temps de crise pour rétablir la viabilité financière peuvent être remis en cause une fois l’économie relancée.

Pourtant les MAA rendent les ajustements moins erratiques, plus transparents et plus équitables entre générations que des vastes réformes successives sans grande cohérence. L’OCDE plaide pour leur généralisation parmi les pays membres pour aider à faire face à l’impact du vieillissement. ●

* Selon une étude sur le revenu disponible des ménages français comptant au moins un senior, environ 94 pour cent perçoivent des pensions mais presque autant (92 pour cent) perçoivent aussi des revenus du patrimoine, 28 pour cent des revenus d’activité et plus de 18 pour cent des prestations sociales non liées à des cotisations préalables. Les pensions représentent moins des deux tiers (64,3 pour cent) du revenu avant impôts directs de ces ménages.

Les retraites et le virus

Pendant la pandémie, dans la zone OCDE, les montants des pensions n’ont pas été affectés, permettant de soutenir la demande des seniors. Par ailleurs les pays membres ont majoritairement mis en place des mesures de compensation des revenus des actifs touchés par les restrictions. En plus de préserver leur consommation, ces dispositifs ont permis de maintenir en partie le niveau des cotisations. Malgré cela, ces

dernières ont diminué et plutôt que de pénaliser les systèmes de retraites, les États ont préféré couvrir les déficits sur leurs propres budgets, mettant entre parenthèses certaines règles de bonne gestion des finances publiques.

Les jeunes ont été durement touchés par la crise et, soumis à une « double peine » ; ils pourraient voir leurs prestations futures diminuer, surtout si la pandémie laisse des traces à

plus long terme et engendre des difficultés à construire leur carrière. Autoriser l’accès anticipé à l’épargne retraite pour compenser les difficultés économiques, comme on l’a observé dans des pays comme le Chili, peut également conduire à des problèmes à long terme : à moins qu’une épargne future plus importante ne compense ces retraits, des prestations de retraite plus faibles en seront la conséquence. gc

À vos côtés, de la création à la transmission de votre entreprise

Reposez-vous sur une équipe pluridisciplinaire capable d'apporter les bonnes réponses à chaque étape du cycle de l'entreprise. Activités bancaires courantes, financements, placements ou encore transmission, découvrez nos solutions sur www.bil.com/entreprises ou contactez votre Responsable de relation BIL.

BIL

1856

ZU GAST

Angst essen Seele auf

Die Corona-Krise hat gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Probleme, die es seit langem gibt und die nie gelöst wurden, wie in einem Brennglas deutlich gemacht und verschärft. Die Gesundheitskrise ist aber auch ein fruchtbarer Boden für alle möglichen wissenschaftsfeindlichen Verschwörungstheorien, die zuvor unter der Oberfläche schlummerten oder ein Randdasein fristeten. In einem Land, in dem Aberglaube und Religion den Naturwissenschaften während Jahrzehnten den Rang abliefen, ist das eigentlich nicht verwunderlich.

Keineswegs überraschend ist auch, dass rechte Kräfte versuchen, Kapital aus der uneinheitlichen Bewegung der Impfgegner zu schlagen. Neben Verschwörungstheoretikern, Corona-Leugnern, Gewerkschaftsfeinden und Krawallmachern, finden sich dort vor allem viele Menschen wieder, die vor dem Impfen Angst haben, weil sie weder in der Schule noch anderswo über die Fortschritte in der Medizin aufgeklärt wurden, oder weil sie aufgrund ihrer Erfahrungen in der hiesigen Ellenbogengesellschaft Freiheit mit Egoismus verwechseln und sich unter gesellschaftlicher Verantwortung und Solidarität nichts vorstellen können.

Sie lassen sich leicht von Brandstiftern vereinnahmen, und dann stört es sie auch kaum noch, in einer Reihe mit Schreihälsen zu marschieren, wie das am vergangenen Wochenende wieder der Fall war.

Die Kommunisten verurteilen entschieden die gewalttätigen Ausschreitungen in der Hauptstadt sowie gegen Wohnhäuser von Politikern. Insbesondere zu verurteilen ist die unverantwortliche Bezugnahme einiger Demonstranten auf die Nazizeit. Ein Vergleich der Einschränkungen im Rahmen der Coronapolitik mit dem Terror der deutschen Faschisten bedeutet eine Verunglimpfung der antifaschistischen Widerstandskämpfer. Ärzten, die zu Impfungen raten oder in Krankenhäusern um das Leben von Corona-Patienten kämpfen, zu unterstellen, sie seien Schüler des berüchtigten KZ-Arzt

Mengele, ist mehr als geschmacklos. Ein proklamierter „Widerstand“ gegen sämtliche Corona-Maßnahmen ist das Gegenteil von Solidarität und trägt in keiner Weise zur Beendigung der Pandemie bei.

Ali Ruckert ist Präsident der KPL

Die Kommunisten begrüßen grundsätzlich, dass sich die Regierung für eine umfassende Impfkampagne entschieden hat, und unterstützen zugleich die Gewerkschaften in ihrem Engagement, unnötige Härten auf der Seite der Beschäftigten zu vermeiden oder bestmöglich abzufedern. Die KPL ist jedoch der Meinung, dass die Maßnahmen bei Weitem nicht ausreichen und dass weiterhin keine Lösung für die seit langer Zeit bekannten Kernprobleme im Gesundheitswesen in Sicht ist.

Nötig sind umfassende Maßnahmen zu Stärkung des Gesundheitswesens im Land, die Aufwertung der Tätigkeit der in Gesundheits- und Pflegeberufen Beschäftigten, einschließlich einer besseren Arbeitsorganisation und Bezahlung. Die KPL wiederholt ihre Forderung, dass eine erweiterte Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten sowie von Krankenpflegerinnen und Krankenpflegern ebenso dringend notwendig ist wie eine Erweiterung der Kapazitäten und eine Dezentralisierung der Krankenhäuser.

Luxemburg benötigt eine flächendeckende Gesundheitsfürsorge, die nicht kapitalistischen Profitinteressen unterworfen sein darf. Das gilt auch für Impfstoffe, bei denen Patente mit dem Ziel der weltweiten Eindämmung der Pandemie freigegeben werden müssen. Gesundheit darf keine Ware sein! ● Ali Ruckert

D’GEDICHT VUN DER WOCH



D’Maske falen

Jacques Drescher

Fir d’Fräiheet a fir d’Police,
Fir d’Impfen an dergéint.
Déi dommsten Argumenter
Si vu ganz riets geléint.

De Mond kënne se spëtzen,
Mee ’t gëtt da net gepaff.
Dat ass esou bei Päifen;
Déi gi jo net op d’Schaff.

Déi Aner solle streiken,
Fir d’Fräiheet an der Doud.
Mat Mumpitz a mat Knuew’lek
Verdéngt munch ee säi Brout.

Déi Eng, déi sinn dobannen,
Déi bausse stinn am Reen.
Déi bannen zéie Waasser,
Well déi gesäit jo keen.

DIE KLEINE ZEITZEUGIN

Kollateralschaden

Michèle Thoma

Noch lebt er, noch ist es zu früh für verklärt-ver-schämte Nachrufe. *Spiegel*-Cover mit Silberhaar, dem weichlichen Gesicht, dem undurchschaubaren, leicht verschmitzten Blick. Noch lebt er, wie uninteressant, irgendwie störend. Irgendwie alle störend. So ein leibhaftiges Denk-mal. Die einen weil logisch, die andern weil eigentlich. Eigentlich müsste man ja. Eigentlich. Eigentlich. Aber er läuft ja nicht weg.

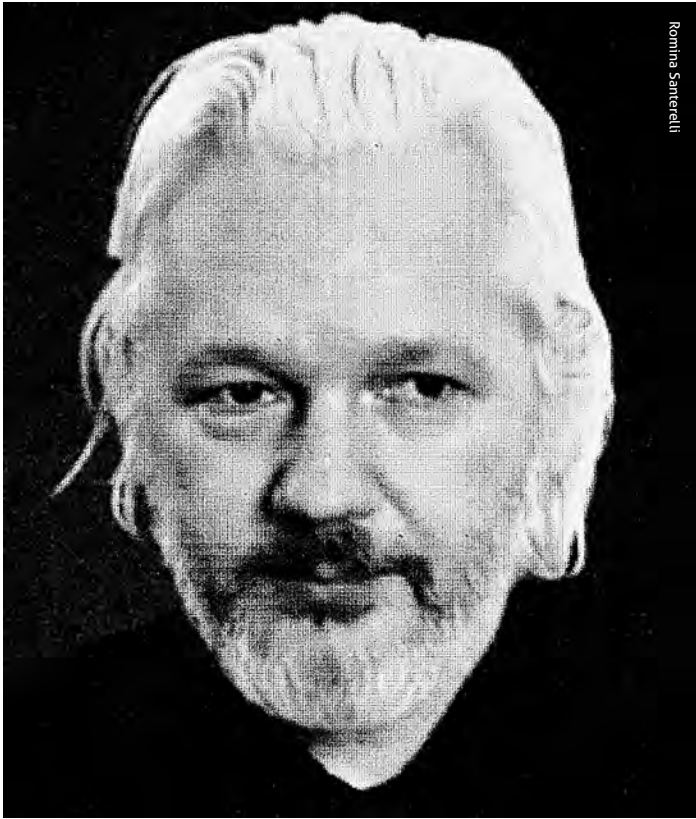
Grad keine Zeit für so was. Grad Krebs oder Kinder oder beides, grad ein Job oder keiner. Und Corona, für alle. Und dann stehen ein paar da mit Schildern, und mahnen, an einer Ecke, vor einer Botschaft. Ein paar, die sich erinnern, vage, da war doch mal was, da war mal was. Was? Werte hieß das glaub ich, nein, nicht Bitcoin-krypto, die anderen. Die dekorativen. Und so was Altmodisches, so 19. Jahrhundert, Pressefreiheit hieß das mal. Dann geht das Leben weiter, und er vergeht weiter. *Fading away*.

Was soll man mit Blut von gestern, der blasse Typ hat seine Schuldigkeit getan, jetzt ist er eben schuld? That’s life, sagen die Abgeklärten, die Realos, wer legt sich schon mit den USA an? Das muss ein Irrer sein. Kindischer Kamikaze, Narziss-Nerd, Drachentöter-Komplex. Größenwahn-sinn mindestens. So eine Persönlichkeitsstörungspersönlichkeit.

Er war ja so schön verdrängt, zuerst die ekuadorianische Botschaft, das hatte noch so einen Hauch von Romantik. Revolution, Peyotl, Greisinnen wird träumerisch zumute. Ein in einer südamerikanischen Botschaft chillender Hero, manchmal tritt er auf den Balkon und hält eine Rede an seine Jünger*innen.

Sowieso, was soll das für ein Hero sein? Einer der Frauen bedrängt, nötigt. Das Allerletzte, ein Vergewaltiger. Dann, viele eingesperrte Jahre später doch keiner. Kein richtiger. Aber doch. Ein Schmieriger, das Unappetitliche bleibt. Er stinkt, Kacke auf Botschaftswänden. So wird es gestreut. So bleibt es haften. Für so einen geht keine mehr auf die Straße. Einen widerlichen alten weißen Mann. Er schaut aus wie ein Greis. Und ist er nicht Nazi und hat er nicht Clinton auf dem Gewissen und ist er nicht pädophil?

Diese Bilder. Wir haben ja immer so Angst vor schrecklichen Bildern, die Politiker*innen be-



Julian Assange bei einer Videokonferenz, 2015

schwören in den Talkshows so gern schreckliche Bilder, die keiner sehen will. Wir haben sie gesehen. Er hat sie der freien Welt unter die Nase gerieben und verlor dafür seine Freiheit, klarer Deal. Und wir haben schnell wieder wegesehen, klar, wir müssen wegsehen, was sollen wir sonst tun? So geht Resilienz. Sowieso weiß das sowieso jede.

Angeklagt wird Assange wegen der Veröffentlichung von den Kriegsverbrechen der USA zeigenden Dokumente. Nicht weil er nicht nett zu seiner Katze war. Oder Scheiße zu Frauen. Nicht weil er kein vorbildlicher Mensch ist, vielleicht gar ein fieser Typ. Angeklagt wird er, weil er auf der von ihm gegründeten Plattform Wikileaks sich das Recht auf ungehinderte Ausübung medialer Tätigkeit, also auf die staatlich zensierte

Der blasse Typ hat seine Schuldigkeit getan, jetzt ist er eben schuld?

Veröffentlichung von Nachrichten und Meinungen nahm. Ein Recht, das Naive noch zumindest in der Westwertwelt für gegeben hielten. Für garantiert. Einst Pressefreiheit geheißenen, eine der wichtigsten Errungenschaften im Zuge der Aufklärung in „unseren“ Demokratien. Auf so was sind wir stolz, wenn wir mit Riesenfingern auf die Diktaturen und ihre unverblühte Presseunfreiheit zeigen. Auf die ermordeten Journalist*innen im Putinreich, auf die von der Bildfläche verschwundenen Opfer des altertümlichen Despoten Lukaschenko, in dessen Reich politische Gegner*innen schlicht Verräter*innen sind.

Großbritannien schuf 1695 die Zensur ab, heute liegt es im Pressefreiheitsranking auf Platz 33, die USA auf Platz 44 von 180 Ländern. Assange kann an die USA ausgeliefert werden, wo ihm all diese absurd vielen Jahre einer Vernichtungshaft drohen. Wenn schon keine Hinrichtung, dann doch die Vernichtung. Den Menschen obsessiv mehrmals töten, ihm viele Leben nehmen, alles Leben, und jede Hoffnung. Pressefreiheit war mal was Selbstverständliches, zumindest im Selbstverständnis. Nichts, über dessen Schwerverletzung man mal, Kollateralschaden, blöd gelaufen, achselzuckend hinwegsieht. ●

CHRONIQUES D’URGENCE

Pour un bridage en ville

Jean Lasar

À moins d’être dotés d’une plaque d’immatriculation et assurés, les vélos électriques sont bridés à 25 km/h. A vrai dire, rien n’empêche les cyclistes en forme d’aller plus vite : ce bridage, qui protège les piétons mais aussi les cyclistes eux-mêmes, consiste à interrompre la propulsion électrique une fois que cette vitesse est atteinte. Le bridage n’est guère contesté. Les bricoleurs rebelles peuvent le neutraliser, mais gare aux contrôles et

aux accidents : les trucages sont assez facilement détectés et peuvent coûter très cher.

À l’inverse, alors que les villes sont censées fournir des efforts en phase avec l’urgence climatique pour réduire l’empreinte carbone de ceux qui y vivent et y travaillent, la question du bridage des voitures qui y roulent n’est pratiquement jamais soulevée. Pourtant, cela les rendrait bien moins dangereuses pour les autres usagers de la route tout en réduisant leurs émissions de particules fines, de gaz nocifs – dont le gaz carbonique – et de bruit. Depuis quelques années, pratiquement toutes les voitures mises sur le marché sont équipées d’un limiteur de vitesse ; les technologies qui permettraient une activation automatique de ces limiteurs en zone urbaine en échange du droit d’y circuler sont au point et bon marché. Pourquoi diable n’envisage-t-on même pas cette option ?

Pour un début de réponse, commençons par regarder de l’autre côté de la Moselle. Dès le 15 octobre, le magazine *Auto Motor Sport* annonçait, sans cacher sa joie devant ce qu’il qualifiait de bonne surprise, que l’instauration d’une limitation de vitesse sur les autoroutes allemandes ne faisait pas partie de l’ébauche d’accord de coalition entre sociaux-démocrates, verts et libéraux. Chez nos voisins, rouler à tombeau ouvert sur

l’*Autobahn* est une vache sacrée que rien ni personne ne semble pouvoir égratigner. Au point que certains soupçonnent que pousser sans entrave sur le champignon est considéré par les automobilistes allemands, soutenus ouvertement en cela par les constructeurs de Wolfsburg, Munich et Stuttgart, comme un droit fondamental pour lequel ils seraient prêts à mourir le volant à la main. Un peu partout, l’excès de vitesse n’est sanctionné que là où les contrôles sont faciles à mettre en place : dans les zones rurales ou périurbaines, qui se trouvent être aussi celles où les usagers de la route les plus vulnérables, piétons et cyclistes, sont beaucoup moins au contact des automobilistes.

Le refus persistant de l’adoption d’une limitation sur autoroute en Allemagne relève certes, dans l’absolu, d’une problématique distincte de celle de l’absence de contrôles sérieux des limites de vitesse en ville. Rarissimes en effet sont les villes qui les verbalisent, ce qui fait que les maxima de cinquante, trente ou vingt km/h qu’elles mettent en place restent lettre morte. Mais les deux phénomènes révèlent à quel point nos sociétés restent centrées sur l’automobile, érigée en support à la fois matériel et idéologique de l’individualisme et de notre addiction aux énergies fossiles. ●

„Covid hat gezeigt, dass Technologie nicht das Allheilmittel ist“

Interview: Jeff Simon

Wie beeinflusst uns „künstliche Intelligenz“ (KI)? Wie werden Jugendliche sich im KI-Zeitalter zurechtfinden? Ein Gespräch mit Candi Carrera, Country Manager von Microsoft in Luxemburg

Candi Carrera leitet seit 2014 die Geschicke von Microsoft in Luxemburg. Der gebürtige Differdinger studierte Informatik und Mathematik. Vor seinem Wechsel zu Microsoft managte er die Beratungs- und Ingenieurdienstleistungen von Telindus und das European Business Reliance Centre (EBRC). Seit Januar 2020 gehört Carrera dem Vorstand des Luxembourg Institute of Science and Technology (LIST) an. Carrera ist zudem ehrenamtlich tätig: Bei der gemeinnützigen Vereinigung Ryse engagiert er sich als Mentor für junge Geflüchtete, die im Großherzogtum ankommen.

d'Land: Herr Carrera, wann haben Sie heute zum ersten Mal künstliche Intelligenz verwendet?

Candi Carrera: Ich fuhr Auto und sprach mit meinem Telefonassistenten, um eine SMS an meine Frau zu senden. Mein Sprachassistent nutzte also die Spracherkennung, um meine Stimme in geschriebene Worte zu übersetzen. Davon mache ich recht oft Gebrauch, damit ich konzentriert auf die Straße schaue, statt zu tippen.

Trügt der Schein oder ist KI mittlerweile überall anzutreffen?

Nein, noch nicht. Es gibt die Tendenz, dass jedem physischen Gut immer häufiger bestimmte digitale Attribute zugeschrieben werden. Sie haben vielleicht schon von dem Begriff „digitaler Zwilling“ gehört? [Ein digitaler Zwilling ist ein virtuelles Modell, welches ermöglicht, Daten zu verbinden und die Realität virtuell nachzubilden, seien es Menschen, Maschinen oder Städte.] Wir sind zwar noch nicht so weit, dass jedes physische Gut einen digitalen Zwilling erhält, aber ich glaube, das wird in den nächsten Jahrzehnten passieren. Wenn das geschieht, werden die digitalen Zwillinge natürlich riesige Datenmengen erzeugen. Diese Daten werden dann ermöglichen, dass KI in die Gegenstände „einfließt“. Wir lassen zum Beispiel KI in Microsoft 365 einfließen. Künstliche Intelligenz wird immer mehr zu einem Gebrauchsgegenstand. Microsoft ermöglicht schon heute eine Echtzeitumwandlung von Sprache in Text. Das wird in Zukunft den Weg für eine Echtzeitübersetzung zwischen verschiedenen Sprachen ebnen: Ein Telefonat einer französischsprachigen und einer deutschsprachigen Person beispielsweise wird unmittelbar übersetzt werden können. Wir sind jedoch nicht so weit, dass die KI in jeden Prozess einfließt. Das wird noch einige Jahrzehnte dauern, wird aber kommen. Wenn in zehn, zwanzig Jahren ein neues Gebäude oder ein neues Auto gebaut wird, werden sie einen digitalen Zwilling in sich tragen.

Bedeutet dies, dass nicht nur physische Gegenstände digitale Zwillinge haben werden, sondern auch wir selbst?

Absolut. In der gesamten Diskussion um KI geht es um die Verwendung von Big Data: Wenn man keine Big Data hat, kann man keine KI haben. Je mehr künstliche Intelligenz mit Daten trainiert werden kann, desto besser wird sie sehr wahrscheinlich sein.

Und wie würden Sie sich fühlen, wenn Sie einen digitalen Zwilling hätten?

Der Besitz und die Autorität über die Daten müssen beim Menschen bleiben. Ich möchte meine körperliche Unversehrtheit als Person schützen. Schließlich geht es um meine Privatsphäre, und ich würde erwarten, dass die Unversehrtheit meines digitalen Zwillings ebenfalls gewahrt wird. Das ist unverhandelbar. Gleichzeitig wird dieser digitale Zwilling uns Erfahrungen ermöglichen, die wir bis dato nicht haben, personalisierte Medizin etwa.

Was verstehen Sie unter personalisierter Medizin und warum sind digitale Zwillinge hierzu erforderlich?

Könnte man Ernährungs-, Schlaf- und biologische Aktivitätsdaten analysieren, außerdem Familiendaten, Medikamente, vielleicht sogar die DNA, dann, glaube ich, ließen sich mit diesen Daten präzisere Diagnosen stellen. Derart Medizin zu betreiben, ist eine Chance: Ich denke, gerade hieran werden die Menschen die Vorteile eines digitalen Zwillings erkennen. Ein digitaler Zwilling kann dann durch KI ergänzt werden. Es geht also nicht um die Verfügbarkeit von Daten allein, sondern um das Arbeiten mit den Daten. Der individuelle Mensch muss jedoch die Kontrolle darüber haben, mit wem er oder sie Daten teilt. Das schließt auch Kinder ein.

Apropos Kinder: Haben für Sie Ihren Nachwuchs bildschirmfreie Zeit eingerichtet?

Ja, in unserer Familie haben wir ein Regelwerk, sei es für Bildschirm- oder Gaming-Zeit. So dürfen die Kinder zum Beispiel unter der Woche nicht spielen. Sie haben eine begrenzte Zahl von Stunden, die am Freitag nach der Schule beginnt und am Sonntag endet. Das gilt auch für die Bildschirme: Sie müssen ihre Bildschirme tagsüber während einer bestimmten Zeit ausschalten, damit ihre Schlafqualität nicht leidet.

Welche Werte sollten Kindern vermittelt werden, wenn es um Technologie geht?



Candi Carrera

Kinder müssen von klein auf mit Technologie interagieren können. Ich sehe einige Werte von fundamentaler Bedeutung und würde drei nennen: Ethik, Vielfalt und Inklusion. Diese drei grundlegenden Werte sollten wir unseren Kindern von Anfang an beibringen. Das erfordert kognitive Fähigkeiten. Unsere Kinder sollten in der Lage sein, kritisch zu sein. Im Berufsleben werden sie auf das stoßen, was wir bereits angeschnitten haben: Digitale Zwillinge, Big Data, KI, die in alle Arten von Prozessen einfließt und mit uns Menschen interagiert. Kinder sollten sehr früh erkennen, worin eine gute und worin eine schlechte Interaktion mit Technologie besteht.

Kommt dem Lehrpersonal dabei eine Schlüsselrolle zu?

Für Lehrer war es absolut nicht einfach, unsere Kinder während der Pandemie zu betreuen und beschäftigt. In naher Zukunft werden Lehrer hingegen Technologie nutzen, um den Kindern einen persönlichen Lehrplan anbieten zu können, der angepasst ist an die einzelnen Schüler. Die Kinder werden daher einen digitalen Zwilling besitzen, insbesondere wenn wir über Bildung sprechen. Genauso wie wir eine bessere medizinische Diagnostik erwarten, werden wir innerhalb des nächsten Jahrzehnts eine schülerzentrierte Bildung haben. Das ist sicher.

Was halten Sie von dem Modell einer Schule im Silicon Valley, in der Smartphones und Tablets nicht erlaubt sind?

Ich glaube, je früher unsere Kinder mit Technologie in Berührung kommen, desto eher müssen sie von den Eltern und den Lehrern einen Rahmen erhalten, der es ihnen erlaubt, sinnvoll zu unterscheiden zwischen einer mit digitalen Geräten „verbundenen Zeit“ und einer „Zeit zum Abschalten“. Beziehungsweise ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen beiden herzustellen.

Aber neigt unsere heutige Gesellschaft nicht zum bloßen Technikkonsum?

Im Großen und Ganzen tendiert sie leider dazu. Es wird einfach zu viel konsumiert, ohne darüber nachzudenken, warum. Dennoch meine ich, dass Kinder sehr früh mit Technologie in Kontakt kommen sollten; nicht nur als Konsumenten, sondern zugleich als engagierte Akteure im Umgang mit Technologie. Die Gesellschaft sollte mehr Technologie nutzen, um kreativ zu sein oder Wissen zu vertiefen, statt nur als Konsumenten zu agieren.

Die Netflix-Dokumentation 'The Social Dilemma' zeigt, wie die sozialen Medien das Selbstwertgefühl von Jugendlichen aushöhlen. Scharfen diese KI-gesteuerten Plattformen der heutigen Jugend?

Die großen Plattformen tragen eine Verantwortung, das ist sicher. Ich möchte hier auf niemandem mit dem Finger zeigen. Obwohl

„Die Tech-Firmen müssen eine Rechenschaftspflicht erfüllen. Die Verantwortung kann nicht allein auf Jugendliche oder ihre Eltern abgewälzt werden“

sich die Geschäftsmodelle der großen Tech-Firmen unterscheiden, sind alle gefragt. Es muss in gewissem Umfang ein Denkprozess stattfinden und eine Rechenschaftspflicht erfüllt werden. Es gibt bereits Kontrollinstanzen, und ich glaube, dass die Verantwortung nicht allein auf Jugendliche oder ihre Eltern abgewälzt werden kann.

Es bedarf also weiterer Kontrollansätze, um die Kehrseiten von KI zu bewältigen?

Es besteht eine kollektive Verantwortung. Ich nenne drei Akteure: Die Familie spielt natürlich eine Rolle. Das bringt uns zurück auf die Frage, wie technikaffin die Eltern sind und wie digital versiert mit Blick auf technologische Interaktionen. Ebenso muss die Regierung in gewissem Maß eine regulierende Rolle spielen. Und schließlich müssen die großen Technologieunternehmen selbst angemessen agieren. Ich glaube, wenn diese drei Akteure zusammenarbeiten, kann die Jugend gedeihen. Verantwortung tragen aber auch die Medien. Persönlich würde ich zum Beispiel viel mehr positive Nachrichten sehen wollen – auch in der Presse. Es gibt so viele positive Dinge, die jeden Tag passieren, auch in Luxemburg, deren die Menschen sich nicht bewusst sind. Wir neigen dazu, eine Gesellschaft zu werden, in der Angst und Sensationslust überwiegen. Angesichts dieses Hangs zum Negativen müssen wir alle, nicht nur die Tech-Leute, sondern auch die Medien eine Rolle dabei spielen, positive Geschichten zu verbreiten und ins Bewusstsein der Gesellschaft hineinzutragen.

Es gibt bereits KI-gesteuerte Technologien, die ihre eigenen Texte schreiben. Damit gerät der Journalismus in Bedrängnis.

In der Tat, ja. Aber ich schätze immer mehr, dass wir über die Evolution der Denkweisen sprechen, zurzeit auch im Journalismus. In den letzten Jahren habe ich vermehrt gesehen, dass in der Presse ein Faktencheck eingerichtet oder im Fernsehen zur besten Sendezeit über Fake News berichtet wurde. Wahres wird also von Falschem geschieden. Das hatten wir vor fünf Jahren nicht: Dass zur Hauptsendezeit Fakten überprüft werden und über Fake News gesprochen wird. Wir erwählten vorher die Bildung der Kinder:

Erfährt ein Kind zur Hauptsendezeit eines Magazins, dass Fake News existieren, dann fördert dies sein kritisches Denken.

Am 24. September demonstrierten auf der ganzen Welt Jugendliche für Klimaschutz. Glauben Sie, dass Technologie ein Mittel ist, um uns bei dieser großen Herausforderung zu unterstützen?

Die Natur wird immer stärker als die Menschen sein. Niemand braucht jetzt weitere Studien über die Heftigkeit der Wetterphänomene, die wir derzeit erleben. Ich zähle darauf, dass Big Data und KI uns dabei unterstützen werden, die Ressourcen der Erde effizienter zu nutzen, damit wir eine viel nachhaltigere Gesellschaft werden. Beispielsweise könnte KI erkennen, dass sich niemand in diesem Konferenzraum befindet, in dem wir eben noch sitzen und dann das Licht ausschaltet. Schon solche Nano-Details können einen Beitrag leisten. Wir sind ernsthaft gefordert, um auf dieser Erde weiterleben zu können. Wir können viel über Produktivität und Wirtschaftswachstum sprechen – wenn keine Ressourcen da sind, können wir Produktivitätssteigerungen vergessen. Dazu gehört auch, dass wir den Menschen noch mehr in den Mittelpunkt rücken.

Auch das künftige Wohl der Kinder?

Ich habe begonnen, diese Art von Gesprächen mit meinem 14-jährigen Sohn zu führen, weil er anfängt, eine Weltanschauung und Erwartungen zu entwickeln, die er an das Leben, an familiäre Beziehungen und an die Gesellschaft stellen kann. Wir unterhalten uns darüber, was seine Definition von Glück ist. Denn, so hoffe ich, streben wir alle letztendlich nach Glück.

Welche Rolle spielt der technologische Fortschritt für das gesellschaftliche Glück?

Technologie ist dazu da, Menschen zu unterstützen, nicht sie zu ersetzen. Da sich unser Gehirn in den letzten 40 000 Jahren nicht sonderlich weiterentwickelt hat, wird der Bedarf an physischer Interaktion mit der Welt im Allgemeinen, das heißt mit Menschen und Objekten, bestehen bleiben und vielleicht nie durch Technologie ersetzt werden. Eben dieses Bedürfnis ist die Stärke, die wir dank unseres Gehirns entwickelt haben: Menschen zu treffen. Bei Microsoft Luxemburg fand am Montag (das Interview wurde am 24. September geführt) seit langer Zeit wieder eine Teambesprechung vor Ort statt. Ich war froh darüber, dass das Team zusammen saß und wir miteinander scherzten. Diese Art von lebendiger Interaktion hat man durch die Technologie nicht. Technologische Mittel können Geselligkeit zwar nachahmen, aber es wird nie dasselbe sein. Interaktionen unter Menschen kann KI nicht ersetzen. Ich brauche nur auf die Emotionen zu schauen, die wir während der Teambesprechung gemeinsam empfanden. Covid hat gezeigt, dass Technologie nicht das Allheilmittel ist. ●

Conte défait

Chaque année pour les fêtes, le Grand théâtre de la Ville de Luxembourg convie une comédie musicale, généralement une production internationale en tournée. À partir du 28 décembre, ce sera *The Pajama Game* de George Abbott et Richard Bissell, « une œuvre jazzy qui raconte la lutte des classes avec un sens inouï du rythme et de la légèreté », nous dit le programme. Mais une autre tradition hivernale bien plus intéressante est celle de la création d'un spectacle pour enfants, adapté, en luxembourgeois, d'un conte de fée. À chaque fois, un auteur et un metteur en scène sont à la manœuvre. Après *Rumpelstilzchen* (Ian De Toffoli et Myriam Muller) et *Rabonzel* (Jeff Schinker et Charel Muller), Elise Schmit et Anne Simon adaptent le conte *Frérot et Sœurette* des frères Grimm. En version luxembourgeoise (des surtitres en français et en anglais sont prévus) cela devient *All d'Déieren aus dem Bësch*. « J'ai choisi cette pièce parce qu'elle est peu connue et permettait donc des adaptations assez libres », détaille Elise Schmit qui a voulu dépasser de manière ludique le modèle disneyen des princesses et des rois. « La pièce pose ainsi des questions sur nos attentes vis-à-vis des contes de fée », ajoute Anne

Simon. Cette adaptation devient alors une histoire sur l'amitié et la solidarité, sur la difficulté de s'adapter et sur le désir de trouver sa propre voie. Il y est aussi question de pouvoir, de passage à l'âge adulte, sans verser dans le spectacle pédagogique.

« Dès le début, j'ai pensé qu'il fallait utiliser de la danse pour donner vie à la forêt et aux animaux », explique la metteuse en scène qui a travaillé avec Elisabeth Schilling pour la chorégraphie. La scénographie (Mélanie Planchard et Lynn Scheidweiler) laisse aussi de l'espace et de la fluidité pour la danse (photo : Sven Becker). « Cette production de fin d'année est extraordinaire car elle nous donne beaucoup de moyens pour imaginer ce que l'on veut. Un important travail de création de lumière (Nina Schaeffer), de costumes (Ágnes Hamvas) et de musique (Pascal Schumacher et l'ensemble Lucilin). « Cela fait plaisir de pouvoir travailler aussi largement, avec beaucoup de collaborateurs de talent, mais ça donne une grosse pression d'avoir tout ce monde à gérer », explique Anne Simon qui a choisi les comédiens « comme une troupe, un ensemble, sans tout de suite savoir qui allait jouer quoi. À partir de ce vendredi soir. fc



LAND ART



Def Land

Pour la dernière intervention artistique de l'année, *d'Land* a invité Patrick Hallé. Graphiste de formation, il a fondé son propre studio, Bakform en 2005.

Un de ses premiers projets était l'identité visuelle pour le pavillon luxembourgeois de la Biennale de Venise en 2007 (Jill Mercedes). Depuis, il a travaillé pour plusieurs clients institutionnels (Caritas, MobilitéitsZentral, CID Femmes) et culturels (CNA, Wave Festival, Casino Luxembourg). Pour *Def Land* (en page 17) comme pour d'autres illustrations, l'encre de chine avec l'aquarelle pour les couleurs a ses faveurs, même s'il apprécie également la gravure. Patrick Hallé aime surtout la liberté du dessin à la main, « le toucher du papier, les imperfections, l'impossibilité de revenir en arrière » et laisse son imagination courir. « Lorsque je commence une nouvelle page, je n'ai pas d'idée précise mais l'illustration se développe au fur et à mesure, chaque nouveau personnage en inspire un autre, c'est presque comme si j'observais quelqu'un d'autre dessiner. À la fin, tout semble se raccorder et cela fait émerger plein de petites histoires et d'échanges que je ne pouvais pas envisager au le départ », explique-t-il, amusé. Son imagination est nourrie de bandes dessinées, lectures et écoute de podcasts en tout genre. fc

ÉVÉNEMENT

C'est cadeau

Les temps changent. Le traditionnel *Troc 'n' Brol* devient le *Jingle Mingle X-Mas Market*. Plus question de troquer la photo de vos rêves contre un risotto ou la jolie gravure contre un massage, désormais, il faut apporter des euros sonnants et trébuchants (ou électronique, bien sûr). Organisé par Augenschmaus (qui propose régulièrement ses marchés de créateurs dans divers centres culturels) et Rotondes, ce dimanche à partir de 14h, ce marché de Noël se veut « alternatif, cosy et créatif ». Faire des cadeaux créés par des artistes et artisans locaux, c'est quand même mieux que d'aller sur un site de vente en ligne pour acheter un truc fabriqué en Chine. On y trouve notamment les créations de Alain Welter, Emka, Giamba, Gilles Kayser, Henri Schoetter, Jeff Poitiers, Julie Wagener, Lascar, Lisa Junius, Lisa Nill, Lynn Rob, Mike Zenari, Oh Mamie!, Patrick Hallé, Roxanne Flick ou Sarah Mandres. Si on en veut plus, on peut aussi aller au *Makers Jumble* proposé par Am Gronn (rue Münster) tout le week-end (dès vendredi soir) avec Charl Vinz, Lazaretti, Irina Moons, Lucie Majerus ou Marthe Viehmann. Aux deux endroits, il y a aussi à boire, à manger et du bon son. fc

TÉLÉVISION



Toujours prêts

Après avoir été diffusée sur la *RTBF*, la série *Coyotes* (à ne pas confondre avec l'homonyme *Coyote* au singulier, série policière américaine avec Michael Chiklis) coproduite par Les Films Fauves (photo) est visible sur Netflix depuis début décembre, ce qui devrait lui offrir une belle visibilité. Conçue par Vincent Lavachery et Axel du Bus, la courte série (six épisodes) est réalisée par le Luxembourgeois Jacques Molitor (*Mammejong*, *Routwaissgro*, *En compagnie de la poussière*) et le Belge Gary Seghers (*Ennemi Public*). On y voit aussi plusieurs acteurs grands-ducaux comme Magaly Teixeira, Nilton Martins, Valérie Bodson, Anne Brionne ou Hervé Sogne. *Coyotes*, c'est le nom de la troupe de scouts qui découvrent un cadavre et des diamants, ce qui remet bien évidemment en cause leurs certitudes sur la loyauté, l'amour, l'amitié et le destin

et qui va obliger toute une communauté à faire face à ses démons, ses secrets et sa violence. fc

MUSIQUE

En chanson

La mezzo-soprano Yannchen Hoffmann (photo : Edouard Olszewski) excelle dans le répertoire des opérettes qu'elle fait vivre aussi en luxembourgeois. Après *Liebe Triebe*, c'est avec un répertoire de chansons qu'elle monte sur la scène du Mierscher Kulturhaus (encore cinq dates à partir du 21 décembre) pour *Je suis comme je suis*. Accompagnée par le pianiste Erny Delosch et l'accordéoniste Eugène Bozzetti, elle y met en valeur la chanson française « souvent négligée au Luxembourg » qu'elle entoure d'autres styles musicaux comme le music hall américain ou le tango argentin. Avec sa voix transformable, adaptable, elle

incarne différents personnages et caractères féminins, passant de l'un à l'autre, entre humour et poésie. On y reconnaîtra des airs de célèbres interprètes et compositeurs parmi lesquels Annie Cordy, Jacques Brel, Juliette Gréco, Barbara, Léo Ferré, Marcel Wengler, George Gershwin, Astor Piazzolla, Erik Satie. fc



Desseins

Marianne Brausch

Dessiner aujourd’hui.
Fellner Contemporary présente cet art à la fois libre et technique



Aléatoire et physique, le travail de Marc Soissons

Pari réussi pour l'exposition, *Drawing*, qui présente six artistes (faut-il le répéter, luxembourgeois), choisis par Hans Fellner pour illustrer la variété d'expressions du dessin. Non seulement le galeriste les expose, mais il les a, pour partie, suivis et encouragés dans le travail qui est présenté au Föschmaart.

C'est le cas d'Alexandra Uppmann. La vingtaine seulement, la jeune femme travaille, au marqueur sur bois, le paysage de la Scandinavie (ses parents sont finlandais et suédois). La forêt, composée de tout petits points, surgit de manière quasi réelle sous les yeux du visiteur dans le grand tableau qui ouvre l'exposition. La lisière de la forêt est parfaitement rendue avec ses zones encore claires et celles déjà touffues, plus loin, entre la bande de terre sombre dans le bas du tableau et un ciel uniformément clair, où les branches à nouveau sont diffuses. Deux formats carrés de beaucoup plus petite dimension, lui servent à exprimer les traces du « pays » (aucun mot mieux que celui allemand de « Heimat » ne rend ce sentiment), qui restent ancrés en elle : juste quelques branches au feuillage esquissé en pointillé et les racines.

Les tons dominants de *Drawing* sont le noir et blanc, cela va sans dire, puisqu'ils sont la matière même des outils classiques du dessin : le graffiti du crayon, le charbon du fusain. On est d'autant plus surpris par les couleurs – rose et violet – du travail de Flora Mar, qu'elle a réalisé lors d'une résidence au Japon en 2017. C'est le fruit du grattage à la pointe sèche. Un outil normalement associé à la gravure sur un matériau dur qu'elle a utilisé ici sur du délicat papier carbone. Exposé dans des caissons lumineux, ce travail fait penser à des radiographies médicales (on reconnaît parfaitement des poumons sur une des pièces) et il donne un écho à la question de la radioactivité : faut-il rappeler la catastrophe pas si lointaine de Fukushima et, celle inscrite à jamais dans l'Histoire de la fin de la Deuxième guerre mondiale, Hiroshima ?

La délicatesse de Flora Mar n'en est pas perdue pour autant, malgré la gravité des sujets. Le rayonnement de ses pièces reflète aussi un univers personnel et mystérieux. C'est le cas également de Jip Josée Feltes, que e grand public découvre dans *Drawing*. Hans Fellner a persuadé cette dame, la cinquantaine, de montrer les travaux qu'elle réalise chez elle et qui en effet, renvoient à un travail d'intérieur. Sans tomber dans

le panneau de l'analyse psychanalytique, on note que ses petits personnages féminins, aux traits du visage et aux contours des corps délicatement réalisés à l'aquarelle, à la façon des poupées de porcelaine d'antan, sortent des cadres esquissés en traits sauvages à l'encre de chine. On a particulièrement aimé les cheveux noirs tirés d'une dame au visage sévère, dont la robe au plissé noir, est l'anti-luxuriance qu'un Klimt mit dans les portraits des grandes bourgeoises viennoises. Les modèles de Jip Josée Feltes sont des photos de femmes du peuple telles qu'il était d'usage d'en suspendre dans les maisons à la campagne, mais elles en sont sorties.

C'est la seule artiste réaliste présentée dans la galerie, même si le travail d'Anne Mélan part de la réalité de l'espace d'une pièce, comme elle l'avait réalisé dans son intervention d'artiste dans le *Land* du 22.11.2021. On y lisait : « elle a exploré... une vue... surréaliste autour des questions de l'origine de notre être physique et de la matière qui nous entoure ». On peut apprécier cette incursion dans l'univers d'un Dali avec ses formes molles vers lequel, paraît-il, reviennent de plus en plus de jeunes artistes. Mais on peut aussi ne pas goûter le réalisme d'autres représentations associées à une lumière transcendente...

On préfère personnellement l'aléatoire que laisse faire Marc Soissons. Ce quarantenaire qui vit à Berlin, propose ici le résultat du souffle sur le graphite (*Splash !*) et un *Tryptique aux chardons* dont le rendu fleuri est obtenu par la coulure du fixatif. On comprend technique grâce à une grande toile, ici présentée au sol, *Lindwurm-Spirale* : le papier, de très grand format, ce qui implique la gestuelle corporelle, est disposé en forme de cône. La même liberté laissée au hasard marque le travail de Robert Hall, l'aîné des six artistes présentés dans l'exposant. C'est aussi celui qui en apparence est le plus classique : des traits de crayon aléatoires, plus ou moins épais. Mais Hall découpe le papier et les réassemble en géographies imaginaires. ●

L'exposition *Drawings*, dessins de Jip Josée Feltes, Robert Hall, Flora Mar, Anne Mélan, Marc Soissons et Alexandra Uppmann, est à voir jusqu'au 15 janvier à la galerie Fellner Contemporary (2a rue Wiltheim à Luxembourg-ville)

THÉÂTRE

Le long chemin vers la vérité

Avant les fêtes de Noël, la comédienne Valérie Bodson et le metteur en scène Frank Feitler embarquent le spectateur dans une aventure théâtrale inhabituelle : mettre en évidence les pensées intimes de Marie de Nazareth, mère de Jésus. On se souvient d'elle surtout quand, de façon miraculeuse, la Vierge Marie se trouve enceinte et quand, au pied de la croix, elle porte, écrasée de douleur, son fils mort sur ses genoux. Entendre parler Marie, l'écouter égrener ses souvenirs de mère est pour le moins surprenant.

C'est ce qui a sans doute poussé l'Irlandais Colm Tóibín (né en 1955), romancier, scénariste, journaliste – qui a reçu de nombreux prix – à explorer l'univers de Marie dans un court récit *Le testament de Marie* (paru en 2012), lui qui aime s'attaquer aux relations familiales dévastatrices et aux confrontations, souvent cruelles, entre des fils et des mères. Le monologue a été créé en 2013 à Broadway par Deborah Warner puis à Londres, avant une reprise en 2017 à Paris avec Dominique Blanc dans le rôle-titre.

Le testament de Marie raconte l'histoire d'une mère et de son fils, qu'elle ne nomme pas, comme si une distance s'était établie entre eux. La mère de Jésus, à la fin de sa vie, est seule, dans un lieu protégé, et tente de s'opposer au mythe que les anciens compagnons de son fils sont en train de construire.

Dans la salle du TNL, le public, comme s'il entrait dans une église, est accueilli par une musique religieuse, puis confronté à des projections géantes, surtout des représentations de la Vierge Marie tenant l'enfant Jésus dans ses bras. Marie apparaît sur scène : la comédienne Valérie Bodson en longue jupe bleue, chemisier blanc, la tête enrubannée d'un foulard bleu (les costumes étant griffés Denise Schumann) : une apparition étrange, comme absente qui pourtant d'emblée déclare : « Ce n'est pas comme ça que ça s'est passé. Ce n'est pas vrai. Je dois le dire ».

Des mots clairs, un ton déterminé. Puis elle montre deux figurants impassibles, debout à l'arrière-scène, qui veillent et veulent convertir Marie à leur version concernant le jour de la perte de son fils, celle qui s'est imposée, celle du Nouveau Testament. Mais Marie, plongée dans ses souvenirs, connaît la vérité et, en femme intelligente, lucide saisit la raison de leur présence et les juge, en disant qu'ils notent des choses que ni eux ni elle n'ont vues : « Ils croient que je ne connais pas la nature complexe de leurs désirs. »

Face aux deux compagnons, les apôtres Paul et Jean, elle se souvient du passé, sa grossesse, l'amour pour l'enfant, le vécu du Shabbat de la petite famille,

qui lui donne toujours une impression de douceur et de sérénité : une belle scène, où sur le plateau dépouillé, une table et deux chaises dont l'une, celle de Joseph, doit rester vide (une installation de Zeljko Sestak, qui crée aussi la lumière), l'actrice boit de l'eau, coupe une tranche de pain.

Le monologue donne la parole à la mère de Jésus. C'est une fiction réaliste, écrite dans un style précis et dense

Puis, s'adressant au public, Marie revit le départ de son fils pour Jérusalem avec ses compagnons, des égarés dit-elle, qui ne savent pas regarder une femme en face et provoquent le désordre par des miracles... auxquels elle reste quelque peu étrangère, l'arrivée à Cana pour les noces, les dangers qu'elle et son fils courent, surveillés de près par les autorités romaines et juives. Elle n'arrive pas à le motiver à partir, la distance entre eux devient manifeste à ces mots : « Femme, qu'y a-t-il entre moi et toi ? » Puis Jésus est fait prisonnier et condamné.

Lors de la crucifixion, Marie assiste au calvaire, entend la souffrance de son fils – une séquence saisissante – avoue son immobilité, sa lâcheté, elle fuit, saisie de peur. C'est, selon elle, le supplice de son fils, pas le sien. Mais la culpabilité et la honte ne la quittent plus. Un moment elle trouve refuge dans l'irréel, dans un rêve qui ressuscite son fils. Face à ses surveillants, Marie refuse de regarder son fils comme le fils de Dieu, mort pour sauver le monde.

Le monologue ne peut être vu comme un blasphème par rapport au récit de la Bible. Il s'agit d'une version plus réaliste, qui donne la parole à la mère de Jésus, une fiction, écrite dans un style précis et dense, où des brins d'humour s'insinuent. Le metteur en scène Frank Feitler – qui prend plaisir à mettre en scène des monologues – a beaucoup travaillé sur le texte pour le rendre accessible et, dans une approche structurée et sobre, met en valeur les moments-clés en complicité avec la comédienne, qui semble porter en elle le texte, qui se reflète dans ses expressions et ses gestes ; des moments poignants ponctuent l'ensemble. ● Josée Zeimes

Dernière représentation ce vendredi soir à 20h au TNL



Valérie Bodson semble porter le texte en elle

CINÉMASTEAK

Fête et défaites de Noël

D'année en année, le film de Noël s'est imposé comme un genre en soi, un rituel unique au même titre que le calendrier de l'Avent, un commerce juteux conjugué à l'art de captiver toute la famille autour d'une histoire divertissante. La Cinémathèque de Luxembourg n'a pas résisté à la tentation de faire rimer fête du cinéma et fête de fin d'année, proposant à cette occasion plusieurs joyaux du septième art, de l'incontournable *It's a Wonderful Life* (1946) de Frank Capra à *The Holiday* (2006) de Nancy Meyers, en passant par *Gremlins* (1984) de Joe Dante ou *White Christmas* (1954) de Michael Curtiz. En somme, il y en a pour tous les goûts, pour tous les âges. Ce sont les « Classics before Christmas » qui se tiennent du 17 au 19 décembre.



Des méchants qui ne font pas vraiment peur

Un séjour à destination de la France, une famille nombreuse dont le benjamin a été oublié, une mère rongée par la culpabilité qui écourte son voyage pour aller le retrouver... Voici *Maman j'ai raté l'avion !* (*Home Alone*), de Chris Columbus, scénariste sur *Gremlins* et *Les Goonies* (1985) et cinéaste habitué au filon familial et adolescent, de *Madame Doubtfire* (1993) aux récentes *Chroniques de Noël 2* (2020) diffusées sur Netflix. Distribué en France le 11 décembre 1990, *Maman j'ai raté l'avion !* a fabriqué un enfant-star, le jeune acteur blondinet Macaulay Culkin, et fut l'une des comédies les plus rentables du box-office. En témoignent les nombreux *sequel* plus ou moins réussis dont il a fait l'objet depuis, jusqu'à cette année même (la dernière production éponyme de Disney est passée quasi inaperçue). *Maman j'ai raté l'avion !* a conservé sur nous son enchantement premier, sa convivialité : on se sent bien à le regarder, les yeux illuminés par des tons rouge et vert de saison. Jamais ne parvient à nous effrayer vraiment l'hilarant duo de cambrioleurs à la Laurel et Hardy formé par Joe Pesci et Daniel Stern, dont les faces grotesques annoncent d'emblée leur juste sort (la prison). Au milieu de cet optimisme ambiant percent, ça et là, des questions que ne manqueront pas de se poser de nombreuses familles : une mère interrogeant sa responsabilité dans cet oubli, et les scrupules d'un enfant pour le comportement « déloyal » dont il a fait preuve ces derniers jours envers ses parents. Voilà qui nous ramène à quelque chose d'essentiel : la famille, on l'aime et l'on s'en souvient surtout quand on s'en éloigne. Une morale toujours utile à répéter tant que les êtres que nous aimons sont en vie. Après, il est trop tard.

Surtout, *Home Alone* a pris un sens nouveau depuis le confinement. Nous sommes dorénavant tous susceptibles de rester seuls à la maison, quoique aujourd'hui planqués derrière nos écrans. Et Noël n'est pas une fête pour tout le monde. Tous n'y participent pas, ni ne sont à cette occasion entourés de leurs proches. À l'image du vieux voisin à la pelle, sur lequel circulent de sordides rumeurs de meurtre. Il est bon, et sain, que le film s'excenre un instant de l'opulente famille MacCallister pour aboutir à un temps de réconciliation familiale du côté de ce voisin. À ce moment précis du film, Noël devient une véritable fête, un miracle entièrement humain. ● Loïc Millot

Home Alone (USA, 1990), vostf, 102', est présenté le à la Cinémathèque de la Ville de Luxembourg

DANSE

Nous sommes des animaux

Godefroy Gordet

Un petit public s'est rassemblé au studio du Grand Théâtre de Luxembourg, pour la nouvelle création de la pupille du pays, Léa Tirabasso. Dans *Starving Dingoes*, les danseurs sont des chiens fous, sous l'emprise d'une folie dure qui finit par les mener au drame. Si la narration de cette nouvelle pièce chorégraphique de l'artiste française, installée à Londres, s'imprime sur scène dans le chaos de mouvements tranchés, exécutés sur un lit de sable pesant au sol, comme tombant du ciel, c'est bien pour mieux nous en mettre plein la figure. Le fantastique quintet de danseurs incarne bel et bien ces « dingos affamés », d'une robustesse rare, tordus dans tous les sens, comme possédés par une danse aussi inquiétante et pénétrante que le chant du loup.

Léa Tirabasso a fait du chemin depuis son entrée au Trois C-L il y a une bonne dizaine d'années. Après une formation artistique exemplaire, ses premières pièces *XX*, *Simones* ou *Love me tender*, elle est lauréate en 2016 du Prix Arts et Lettres, de l'Institut Grand-Ducal. À partir de là, tout est lancé et, de projets en projets, la voilà mettre sur scène son univers chorégraphique insufflé d'une fascination pour la notion de tension absolue chez l'humain, mettant en opposition « besoins corporels versus vie spirituelle ». À la création de *The Ephemeral life of an octopus*, elle épouse le succès, récompensée au Aerowaves 2020, et encensée par la critique.

Cette dernière création n'aura pas fait que la marier avec la réussite, elle y aura trouvé à affiner plus franchement sa dimension chorégraphique, autant que les thématiques qui y transitent, comme celle de l'inéluctable destin commun à tous qu'est la mort. Alors, en effet le contexte n'arrange rien à l'obscur vision dans laquelle nous plonge la chorégraphe, mais ce travail sur *Starving Dingoes*, taillé dans le marbre brut de nos peurs les plus primaires, a su vivement toucher. Et si la salle sera restée bien sage devant la vision ténébreuse de Tirabasso, c'est justement parce qu'elle n'a pas été indifférente aux forces obscures qu'elle y fait jaillir.

Un silence dit souvent plus que de grands discours, et c'est ce genre de silence cathédrale dont on a pu profiter devant *Starving Dingoes*. Les habituelles commères abonnées aux chuchotements in-tempestifs quand le plateau vit, en ont eut la chicque coupée. Et tant mieux. Clairement, l'immersion était totale, enveloppé par une ambiance musicale en déconstruction et construction, empruntant au lyrisme de l'opéra comme à la bestialité des productions électroniques actuelles.

En ce sens, *Starving Dingoes* est une réussite, car son propos dépasse le cadre de scène la pour s'infiltrer dans l'esprit des spectateurs même clairement dérangés, dans l'inconfort d'une forme chorégraphique qui prend pour essence ce qui nous rend humain, la conscience de notre mort. Et c'est aussi cela que de faire du spectacle vivant : ne pas contenter son public à coup de sérieux, puis de tampons comiques, comme excuses au « dire franchement ». *Starving Dingoes* est une pièce franche, neuve, hyper-sombre certes, mais percutante de fait. Et puis, il est bon parfois de nous rappeler notre vulnérabilité, surtout aujourd'hui, dans un monde où les fous restent des fous, les bien-pensants restent des bien-pensants, où finalement rien ne change malgré les crises... Il est bon, oui, de rappeler que nous ne sommes pas grand-chose et que la fatalité nous emportera avec elle.

On pourrait dire ce *Starving Dingoes* comme un spectacle coup de poing, si tant est qu'on en assimile les thèmes liés à la vie ensemble,



Cinq danseurs et danseuses d'une robustesse rare

où s'opposent attachement et arrachement, vie et mort. Des lignes qui font forcément remonter à la surface du plateau des gestes et corps rendus à l'état d'animaux... Mais, finalement, à y regarder de plus près, ne sommes-nous pas encore ces « chiens » errants dans ce monde, crèves la dalle de tout ? Alors, ce dernier Tirabasso n'est en rien coup de poing mais plutôt témoignage, restitué par la danse dans une mise en espace ne cherchant pas le beau, ni le moche, mais le juste.

Ainsi, Tirabasso ne livre pas une vision mais un constat, mis en mouvements et en corps de façon brutale, non loin de gifler ses spectateurs, qui heureux ou malheureux là devant n'en ressortent pas indemnes, à moins d'être le mal incarné. Car c'est de nous dont il s'agit ici, notre folie mortelle et notre boulimie de vie. *Starving Dingoes* est un spectacle magnifique de palpable, et pourtant si étranger chorégraphiquement au plateau : du neuf, du vrai, du passionnant. ●

KINO

Verschleierung

Marc Trappendreher

Das Leben der Prinzessin Diana, einer Ikone des 20. Jahrhunderts, hat unzählige Adaptionen für den Film und das Fernsehen hervorgebracht. Mit *Spencer* hat sich der chilenische Regisseur Pablo Larraín der Lebensgeschichte der überlebensgroßen Persönlichkeit angenommen. Larraín konzentriert sich in seinem Film auf die letzten, schwierigen Jahre der Ehe zwischen Diana Spencer (Kristen Stewart) und dem Duke of Wales, Prinz Charles (Jack Farthing). Das Paar hat sich vollständig entfremdet. Der Film eröffnet mit den Vorbereitungen für das Weihnachtsfest der britischen Königsfamilie, das für Prinzessin Diana zur Probe wird.

Mit anderen zeitgenössischen Darstellung des britischen Königshauses wie *The Crown* (2016) hat *Spencer* kaum etwas gemein: Das Kreisen im royalen Milieu, das Drehbuchautor Peter Morgan mit *The Crown* betreibt und das zu so etwas wie der Einsicht in die königlichen Lebensverhältnisse durch die Anbindung an verschiedene Figuren führen soll, also eine Multiperspektivität, wird in *Spencer* verneint. Pablo Larraín ist bekannt dafür, weibliche Persönlichkeiten zum Hauptthema seiner Filme zu machen: In *Jackie* ließ er Nathalie Portman in die Rolle der Jackie Kennedy, kurz nach dem Attentat auf ihren Mann in Dallas schlüpfen. In *Ema*

(2019) porträtierte er das Schicksal einer frei erfunden Frauenpersönlichkeit, deren Erfahrungen einer gescheiterten Mutterschaft er in ganz expressive Bilder voller Tanzbewegungen kleidete. Mit *Spencer* kehrt er nun wieder zu einem historischen Vorbild zurück, und in dieser konsequenten Voreingenommenheit ist es nur folgerichtig, dass Diana zum Bedeutungs- und Aufmerksamkeitszentrum des Films wird: Sie ist die Leidende, die Weinende, die Unverstandene, die in das Räderwerk des royalen Apparats geraten ist und in dem Korsett aus Pflicht und Wahrung zu ersticken droht.

Larraíns origineller Zugang zum Stoff liegt in dem permanenten Wechselspiel zwischen der glaubwürdigen Schilderung eines unterdrückten Frauenschicksals, so wie es Lady Diana zu Lebzeiten selbst zu Protokoll gab, und der willentlich-provokativen Einbindung frei erfundener Szenen, die mit den realen Begebenheiten ironisch gebrochen werden. Ein traditionelles Biopic ist *Spencer* deshalb nicht, vielmehr überhöht Larraín, ausgehend von wahren Begebenheiten, diese Geschichte zu einer tatsächlichen Märchen-erzählung – die aber nicht von den glamourösen Vorstellungswelten von Prinzen und Schlössern lebt, sondern mit einer zynisch-schwarzen Sichtweise gleichsam von „innen heraus“ verdorben



Charles und Diana: Jack Farthing und Kristen Stewart

In Pablo Larraíns Spencer versucht Prinzessin Diana sich zu weigern, kollektiv beansprucht und vereinnahmt zu werden

wird. Mit allen Raffinessen, die wir aus dem Feld des psychologischen Thrillers kennen. Das gelingt ihm vor allem durch die konsequente Anbindung an die Erlebniswelt dieser Diana Spencer, die er mit Kristen Stewart prominent besetzt hat.

Zur melodramatischen Schreibweise gehört seit geraumer Zeit die Regellosigkeit wie die Maßlosigkeit. Alles scheint erlaubt, was den Effekt erhöht. So kann Stewarts ohnehin unterkühlte Ausstrahlung nur durch die Kälte der Bilder übertroffen werden: Larraín und seine Kamerafrau Claire Mathon achten auf eine überaus präzise Raumgestaltung, die genaue Anordnung der Bildinhalte, die von einer nervenaufreibenden Musikkuntermalung eines dissonanten Streicherensembles vervollständigt wird – einer Filmmusik, für die das Mitglied der Alternative-Rockband Radiohead, Jonny Greenwood, verantwortlich zeichnet, der bereits Lynn Ramsays *A Beautiful Day* (2017) atmosphärische Intensität verlieh.

Spencer schildert den Lebensweg eines Menschen als Abfolge von Ausbeutung und Verschleierung des Individuums, die zu einer Doppelpersönlichkeit führt und so nicht tragbar ist: Die Aufhebung von Gefühlen durch ein regelspezifisches Programm, das da steht, wie ein Gesetz; die Zerstörung des Einzelnen durch die Gesellschaft, dies ist es, wogegen die Heldin sich wehrt: Der Mensch macht den Versuch einer Weigerung, Besitz zu sein, kollektiv beansprucht und verallgemeinert zu werden – und Larraíns Kunstgriff besteht darin, dieses weibliche Aufbegehren, den Weg zur Selbstbestimmung, zuzulassen. ●



Von Reptiloiden, Aliens und Butoh-Tänzern

Claire Schmartz

Vier neue Bände der Timba-Reihe mit Kurzgeschichten auf Luxemburgisch

Pünktlich für die großen Herbst-Buchmessen in Frankfurt und in Wälfen waren sie da: vier neue Bücher der Timba-Reihe, kleinformatige Kurzgeschichten auf jeweils 40 Seiten auf Luxemburgisch – regelrechte Taschen-Bücher.

Die vier neuen Heftchen bringen nicht nur eine formelle Überraschung, sondern führen auch zwei neue Schriftsteller/innen in die Serie ein. Julie Vinady-Schmit, die 2018 den Roman *Perdue dans la vallée* (Kremart) veröffentlicht hat, zeichnet gleich für zwei Bände verantwortlich, die als Fortsetzungsgeschichte die formelle Beschränkung der Seitenzahl austricksen. *Engelsfilleken* heißt die Geschichte über die Künstlerin Zoé, die Gipsabdrücke von den Rücken von Menschen macht und sie mit ihrem eigenen Eindruck von deren Charakter und Werdegang verzieren. Im ersten Teil, *D'Ausstellung*, entdeckt sie ihre Leidenschaft, wird mutiger und zugleich allmählich von Selbstzweifeln geplagt. Im zweiten Teil tritt die Kunst in den Hintergrund. Zoé lernt Seraphin kennen, einen Mann, der so mysteriös und attraktiv ist wie sein Name und leidenschaftlich Butoh tanzt, ein japanischer Tanzstil, der sich durch seine Expressivität und extrem langsamen Bewegungen auszeichnet. Sie nähern sich so vorsichtig aneinander an, wie die Bewegungen bei Butoh sind ... bis es doch zu einer richtigen Liebesgeschichte wird.

Band N°16, *Rachel*, ist die zweite literarische Veröffentlichung von Bob Kieffer, der als Erster Regierungsrat und Generalkoordinator im Finanzministerium in Luxemburg tätig ist. Zuvor war seine Kurzgeschichte *Roswell. Mystère zu Miedernach um Virowend vu Nationalfeierdag* (2015) in der Vorgängerreihe *Smart* erschienen. Und wie in diesem Buch wird auch in *Rachel* der Fantasie freier Lauf gelassen: In ein altbekanntes, ruhiges Setting bricht Unerwartetes ein. Aliens, eine Hals-über-Kopf-Abreise nach Las Vegas und ähnliche

Die neue Reihe erlaubt jedem Text, seinen eigenen Weg zu beschreiten, und jedes Taschenbuch überrascht aufs Neue

Mysterien. Hauptfigur ist Pol, dessen beschauliches Leben von einer Krebsdiagnose über den Haufen geworfen wird. Ihm blieben nur noch sechs Monate, sagt der Arzt – und nun stellt sich Pol die Frage, wie es weitergehen kann und was er sich eigentlich vom Leben erwartet (hat). Statt sich über verpasste Chancen zu grämen und seiner Kollegin Rachelle seine jahrelang unausgesprochene Liebe zu gestehen, packt er kurzerhand seine Sachen und begibt sich auf einen abenteuerlichen Roadtrip nach Rachel (mit einem L und ohne E), einer kleinen Stadt in der Nevada-Wüste nahe der Area 51. Mythen zu Ufo-Sichtungen ranken sich um diesen Ort. In der Geschichte türmen sich komische Figuren und ein Sammelsurium kurioser Ereignisse, Schauplätze und unerwarteter Begegnungen. Was haben Aliens mit all dem zu tun? Was ist in Las Vegas passiert? Und wie geht es weiter? Hier wird

die Kürze des Timba-Formats ganz ausgereizt, denn über 40 Seiten ändert sich alles. Lustig und überraschend, ist die Hauptfigur so liebenswert wie die Geschichte lesenswert.

Dritter im Bunde ist Roland Meyer, dessen *Food Leaks* (2020, Timba N°6) bereits eine humorvolle Hochzeit in der miniformatigen TIMBA-Reihe markiert hat. Wie in *Food Leaks* spielt auch die neu erschienene Kurzgeschichte *Vu Reptiloide an ale wäisse Männer* hautnah am Puls der Zeit: Es geht um Reptiloiden, echsenartige Lebewesen, die sich als Menschen getarnt in hohe politische Ämter einschleichen und Menschenblut trinken. Und, was fast noch gruseliger zu sein scheint, es geht um (Zitat!) alte weiße Männer. „Déi al wäisse Männer ... Elo gött et geféierlech, elo gött d'Äis ëmmer méi dënn!“ Das Büchlein selbst ist die Schimpfkannonade eines alten weißen Mannes, der sich seiner Position zwar bewusst ist, aber eben ist, wie er ist: Er kann nicht anders. Sein Redeschwall beginnt auf der ersten Seite als Monolog aus der Innenperspektive, und so wie er spricht, erkennt man auch die Figur dahinter, die sich aufregt: Mit Humor und Selbstironie kritisiert er die *Cancel Culture*, Verschwörungstheorien und das Meinungs-Hickhack in den sozialen Netzwerken. Totschlagargumente, Fehlschlüsse und anderer haarsträubender Unfug, der sich aber umso leichter verbreitet. Es ist ein sehr lustiger, rasender und gut geschriebener Text in einem sympathischen Tonfall, der von einem Thema zum nächsten springt wie ein Rumpelstilzchen, und dabei seine Spitzen nicht verliert.

Es ist schwierig, festzulegen, worin die Gemeinsamkeit dieser vier/drei luxemburgischen Kurzgeschichten liegen könnte. Roland Meyer bietet zwar gewissermaßen eine luxemburgische Geschichte angesichts der Themen, die angesprochen werden – luxemburgische Politik und Ereignisse in der jün-

geren Vergangenheit. Und auch Pol in *Rachel* ist anfangs in einem gewissen Sinn durch und durch luxemburgisch. Doch es sind Texte mit unterschiedlichen Intentionen und für unterschiedliche Leser/innen, unterschiedliche Genres. *Engelsfilleken* ist eine Geschichte über Liebe und die Suche nach sich selbst, und, wenn auch *Rachel* ein ähnliches Thema hat, schöpft diese Geschichte so tief aus dem Verrückt-Unerwarteten, dass die beiden beziehungsweise drei Texte nichts miteinander gemein haben. Man kann also keinen roten Faden in den Themen, dem Stil oder der Vorgehensweise dieser luxemburgischen Kurzgeschichten feststellen. Die Timba-Heftchen sind so unterschiedlich wie zahlreich. Sie verbindet zwar die gemeinsame Sprache, aber inhaltlich, thematisch und formell haben sie, abgesehen von der Seitenzahl und dem Format, wenig gemein. Das ist auch eine Chance, die jedem Text erlaubt, seinen eigenen Weg zu beschreiten, und einen mit jedem Taschenbuch aufs Neue überrascht. ●

Serie Timba N°14, 15, 16 und 17. Kuerzgeschichten op Letzebuergesch (2021)

Julie Vinady-Schmit: *Engelsfilleken*. Éischten Deel: *D'Ausstellung*. Kremart Timba N°14, 40 Seiten 4,00 Euro

Julie Vinady-Schmit: *Engelsfilleken*. Zweeten Deel: *De Seraphin*. Kremart Timba N°15, 40 Seiten 4,00 Euro

Bob Kieffer: *Rachel*. Kremart Timba N°16, 40 Seiten 4,00 Euro

Roland Meyer: *Vu Reptiloiden an ale wäisse Männer*. Kremart Timba N°17, 40 Seiten 4,00 Euro

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics

Administration des Ponts et Chaussées
Division de l'exploitation de la grande voirie et de la gestion du trafic

Avis de marché

Procédure : ouverte

Type de marché : Travaux

Ouverture le 01.02.2022 à 10.00 heures

Lieu d'ouverture :

Administration des ponts et chaussées
Division de l'exploitation de la grande voirie et de la gestion du trafic
(Bâtiment CITA)
21 rue du Chemin de Fer
L-8057 Bertrange

Intitulé :

Travaux d'entretien sur OA DGT 2022-2024

Description :

Le présent marché concerne les travaux d'entretien à réaliser sur les ouvrages du réseau autoroutier, situés principalement sur l'A1, l'A4, l'A6, la croix de Cessange, la jonction Esch et la jonction Lankelz.

Les travaux concernent notamment :

- Le nettoyage d'éléments divers ;
 - L'assainissement local du béton ;
 - Le renouvellement / la réfection de la couche de roulement des voiries ;
 - Le renouvellement / la réfection des revêtements des trottoirs sur et en dehors de l'ouvrage ;
 - La mise en peinture d'éléments divers ;
 - Les travaux de génie civil divers ;
 - Les travaux de débroussaillage.
- Début prévisible des travaux : 1^{er} semestre 2022 ;
Durée prévisible : 3 ans

Conditions de participation :

- Effectif minimum en personnel de

l'opérateur économique occupé dans le métier concerné : 8 personnes pendant les trois (3) dernières années ;

- Chiffre d'affaires annuel minimum dans le métier concerné pour les trois (3) derniers exercices légalement disponibles : 800 000 euros ;
- Nombre minimal de 3 références pour des projets analogues et de même nature durant les cinq (5) dernières années ;
- Envergure travaux 500 000 euros htva ;
- Nature des travaux : Travaux d'entretien d'ouvrage d'art et voirie ;
- Encadrement technique de l'entreprise ;
- Ingénieur « en chef » 10 ans d'expérience (non nominatif) ;
- Responsable chantier 10 ans d'expérience (non nominatif).

Conditions d'obtention du dossier de soumission :

Les documents de soumission peuvent être téléchargés sur le Portail des marchés publics (www.pmp.lu). Les offres

établies sur des bordereaux qui n'ont pas été téléchargés directement sur le site ne seront pas prises en considération. Il ne sera pas procédé à des envois de bordereaux sur papier.

Réception des offres :

Les offres portant l'inscription « Travaux d'entretien sur OA DGT 2022-2024 » sont à remettre conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics en vigueur avant les dates et heures fixées pour l'ouverture :

- Soit via le Portail des marchés publics (www.pmp.lu) ;
- Soit sur support papier à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission.

Date de publication de l'avis 2102542 sur www.marches-publics.lu :

16.12.2021



Syndicat Intercommunal de Dépollution des Eaux Résiduelles du Nord (SIDEN)

Administration communale de Bourscheid, Creos Luxembourg S.A., Post Technologies

Avis de marché

Procédure : ouverte

Type de marché : Travaux

Ouverture le 18.02.2022 à 10.00 heures

Lieu d'ouverture :

L'ouverture de la soumission aura lieu dans la salle des soumissions affichée à la réception du bâtiment administratif du SIDEN, à Blesbruck, L-9359 Bettendorf.

Intitulé :

Assainissement de la commune de Bourscheid.

Description :

- U5070-15 réseau d'assainissement Scheidel ;
- Travaux d'assainissement et d'infrastructures à Scheidel ;
- Travaux de génie civil.

Conditions de participation :

- Effectif minimum en personnel de l'opérateur économique occupé dans le métier concerné : 30 personnes.
- Nombre minimal des références pour des ouvrages analogues et de même nature : 3 références.

Modalités visite des lieux/réunion

d'information :

La visite des lieux est laissée à l'appréciation du soumissionnaire.

Conditions d'obtention du dossier de soumission :

Sous peine de nullité, les documents de soumission sont à télécharger sur le Portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Réception des offres :

Les offres sont à remettre à l'adresse et dans la salle prévue pour l'ouverture de la soumission ou à déposer sur le Portail des marchés publics (www.pmp.lu) conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les dates et heures fixées pour l'ouverture. Les offres sous forme papier doivent porter l'inscription « Soumission pour... ».

Informations complémentaires :

Le début des travaux est prévu pour mai 2022 et le délai d'exécution est de 215 jours ouvrables.

Date de publication de l'avis 2102543 sur www.marches-publics.lu :

16.12.2021

Le bureau du SIDEN :

Ali Kaes, président ;
Claude Thill, 1^{er} vice-président ;
Fernand Mergen, 2^{ème} vice-président ;
Henri Rinnen, membre ;
Romain Schroeder, membre.

Le collège des bourgmestre et échevins de la commune de Bourscheid :

Annie Nickels-Theis, Le bourgmestre ;
Raymond Junker, 1^{er} échevin ;
Jim Leweck, 2^e échevin.



Pour les fêtes offrez un abonnement au **Lëtzebuurger Land**

52 cadeaux pour 160 euros

Pour tout conseil : zbelgacem@land.lu

land.lu
land@land.lu
485757-32



d'Lëtzebuurger Land

Fondé en 1954 par Carlo Hemmer, édité par Leo Kinsch de 1958 à 1983. Hebdomadaire politique, économique et culturel indépendant paraissant le vendredi. Publié par les Éditions d'Lëtzeburger Land s.à r.l., R.C. B 19029, N° TVA LU 12 12 40 22. La reproduction des articles et illustrations est interdite sans l'accord écrit de l'éditeur. **Gérant** Stephan Kinsch (48 57 57-1; land@land.lu), **Rédacteur en chef** Peter Feist (48 57 57-24; pfeist@land.lu), **Rédaction** France Clarinval (48 57 57-26; fclarinval@land.lu), Luc Laboulle (48 57 57-28; llaboulle@land.lu), Pierre Sorlut (48 57 57-20; psorlut@land.lu), Bernard Thomas (48 57 57-30; bthomas@land.lu), **Mise-en-page** Pierre Greiveldinger (48 57 57-34; pgreiveldinger@land.lu), **Photos** Sven Becker (48 57 57-36; sbecker@land.lu), **Administration et publicité** Zoubida Belgacem (48 57 57-32; zbelgacem@land.lu) **Édition et rédaction** 59, rue Glesener L-1631 Luxembourg Courrier Boîte postale 2083, L-1020 Luxembourg **Téléphone** 48 57 57-1 **Fax** 49 63 09 **E-mail** land@land.lu **Internet** www.land.lu **Twitter** @Letzland **Facebook** d'Lëtzebuurger Land **Instagram** letzebuenger_land **Impression offset** Imprimerie Saint-Paul **Prix par numéro** 4,50 € **Abonnement annuel** 160,00 € **Abonnement étudiant/e** 85,00 € **Comptes en banque** CCP LULL: IBAN LU59 1111 0000 5656 0000, BILL LULL: IBAN LU29 0027 1003 6990 0000, BG L L LULL: IBAN LU32 0030 0431 7039 0000, BCE L LULL: IBAN LU30 0019 1000 2939 1000, CELL LULL: IBAN LU71 0141 7162 5000 0000, BLUX LULL: IBAN LU59 0080 0484 9600 1003

www.land.lu

BEAU LIVRE

Virevoltants dessins de Wozniak

Lucien Kayser

Au *Canard enchaîné* depuis 1986, c’est un regard impitoyable, non dénué de tendresse, toujours enlevé, porté sur l’actualité

Le journal satirique paraissant, comme on sait, le mercredi, c’est ce jour-là que tu l’ouvres toutes les semaines d’abord à la rubrique de cinéma. Non pas pour savoir quels films sont sortis, quel film a été choisi pour une critique qui, si elle ne s’appesantit jamais, va droit à l’essentiel, dans un choix heureux, percutant, des mots, des formules. Non, c’est en premier pour le dessin qui accompagne, de Wozniak, le dessinateur né à Cracovie, arrêté, emprisonné à l’époque de Solidarnosc. Libéré contre la promesse de quitter définitivement la Pologne. Wozniak a débarqué à Paris en 1982. Depuis 1986, le voici au *Canard enchaîné*, avec ses dessins virevoltants. Et il faut commencer par saluer un allant, un entrain, il y aurait eu, en plus d’une trentaine d’années, de quoi baisser les bras, plumes et crayons. Tellement l’actualité se répète, décourageante, désespérante.

« Peut-on rire de tout ? », le livre qui vient de paraître au Seuil, reprend donc trente-cinq ans de dessins, il s’ouvre sur la réaction de Wozniak à l’attentat de *Charlie Hebdo*, et si Cabu alors posait la question si l’on pouvait (encore) rire de tout, Wozniak va plus loin, se demandant radicalement si l’on peut rire *du* tout. Certes, les larmes viendraient vite, car de suite il est question des migrants, « on part dans un voyage » : au début des années 1980, il y eut les boat people déjà. Comme si le monde ne changeait pas. Il y a une

Le livre est une plongée dans les soubresauts de l’Histoire, les souffrances d’un monde comme il va mal

semaine ou deux, un dessin de Wozniak montrait le pape à Lesbos, on l’a entendu réclamer qu’on arrête « ce naufrage de civilisation ». On le voit penché, visiblement dépité, abattu, vers une ribambelle de jeunes migrants, ils viennent maintenant d’Afrique. Et eux de demander au souverain pontife : Pourquoi nous on ne peut pas marcher sur l’eau ???

Retour à la rubrique de cinéma de l’autre semaine. Là encore, de quoi perdre son optimisme, s’il n’y avait pas justement le film de Serebrennikov, le courage, ou osons le mot de résistance, du réalisateur russe, assigné à résidence, réussissant quand même à faire des films, à mettre en scène, à distance, Wagner pour la Wiener Staatsoper, Chostakovitch

pour Munich. Pour ne citer que ses derniers travaux. *La Fièvre de Pétrou*, dit le titre de son film qui vient de sortir (et on espère qu’il trouvera le chemin jusqu’à nous). Une plongée dans l’enfance, selon le critique. Bien plus, dans « la Russie post-soviétique, hanté(e) par les cauchemars de l’Histoire et tenu(e) par un régime sans espoir ». Le film a été montré à

Cannes, Serebrennikov bien sûr était absent. « Il a mis la fièvre à Poutine... Et il le paie encore. »

Le livre de Wozniak est une autre plongée, par la force des choses, des données du dessin de presse, dans les trois, quatre dernières décennies. Dans les soubresauts de l’Histoire, les souffrances d’un monde comme il va mal, dans les tribulations, les errances d’une société en perte ou quête de repères. Et parmi les dessinateurs, Wozniak compte parmi ceux qui ont l’œil le plus lucide, le plus acéré ; en même temps leur implacabilité est compensée par l’humour, même s’il s’avère noir, par l’enjouement du trait, la fougue de la patte. À pareil niveau, si le dessin tient tant soit peu de la thérapie, il n’arrête pas de confronter avec l’inacceptable.

À la mort de Charles Trenet, Cabu qui était un grand admirateur du chanteur et aimait sa candeur, un lundi, jour de bouclage du *Canard enchaîné*, encourageait Wozniak à dessiner quelque chose. Lui, peu sensible à Trenet, se trouvait embêté. Et le voici entendant Cabu murmurer les refrains du Fou chantant, d’en détourner les paroles, pas besoin d’insister sur ce que devenaient la mer ou la douce France, cher pays de mon enfance...

Sur la couverture du livre, ils sont trois à s’interroger sur le rire, sa possibilité, un prêtre, un imam, un rabbin. On les retrouve en fermant le livre : Alors ?? Wozniak, lui, a donné sa réponse entre temps : On rira tous au paradis.

P.-S. Qu’en sera-t-il des réveillons en ces temps maussades ? Noël à six ? Confondant les fêtes chrétiennes, Wozniak nous montre Jésus à table avec cinq disciples : Sans Judas on ne commence pas... ●

Wozniak, *Peut-on rire de tout ?* 176 pages. Éditions du Seuil. ISBN 2021487849

KINO

Boy en Rolls meets girl du métro

Tom Dockal

Die *Comédie française*. Oft läuft es CinephilInnen kalt den Rücken runter, wenn mit diesen Wörtern konfrontiert. Wieso die französische Komödie nicht den allerbesten Ruf genießt, ist jedoch nicht auf den ersten Blick festzulegen. Ob es am französischen Filmfördersystem liegt, welches Mittelmäßigkeit vor und hinter der Kamera perpetuiert oder ob sich DrehbuchautorInnen falsch und für die Nachkommenschaft von Michel Audiard einschätzen – trotz des kritischen Verrufes sind die erfolgreichsten französischen Filmproduktionen jedes Jahr... die Komödien. Diesem komödiantischen Trauerspiel wollen einige Filmschaffende ungern tatenlos zuschauen. Bruno Dumont und Quentin Dupieux rühren den kreativen Sumpf seit nunmehr über zehn

Jahren ordentlich um. Ersterer konfrontiert LaiendarstellerInnen mit Figuren der grossen Leinwand – und der *Comédie Française* (sic!) –, letzterer vermischt Dämlichkeit mit formellen *exercices de styles*. Und siehe da, plötzlich werden die Filme auch im Ausland besprochen. Und zwar nicht nur im hierzulande-Ausland. Ein Dritter im Bunde wäre Antonin Peretjatko. Mit seinem dritten Spielfilm *La pièce rapportée* schafft er es jetzt endlich ins hierzulande-Ausland.

Titel und Inhalt lassen auf den ersten Blick auf Altbewährtes deuten. Ein *boulevard* wie er im Bilderbuch steht. Paul Château-Têtard, hauptberuflich Muttersöhnchen einer Pariser *bobo du Seizième*,

Bisweilen zeichnet sich das Kino von Antonin Peretjatko auch durch diese konsequente Anarchie in Dramaturgie und Inszenierung aus

muss das erste Mal in seiner mehr als 40-jährigen Existenz die städtische Metro nehmen. Die verdammten Taxis streiken und die Zeit drückt. Ein Flieger hebt in weniger als einer Stunde Richtung Antibes ab. Die an einen Rollstuhl gebundene Mama Adélaïde Château-Têtard wartet nämlich dort am Pool mit Chauffeur Raoul auf ihn. Paul wird jedoch von der reizenden Ava am Ticketschalter der Metro informiert, dass das mit dem Flieger zeitlich hoffnungslos ist. Die beiden gehen lieber in den Park spazieren, Eis essen und sind kurze Zeit später vermählt. Ganz zur Missgunst der *reine mère* Adélaïde. Aber der Wunsch nach einem Erben wird bei ihr größer als die Tatsache, dass sich der Sohn außerhalb seiner Kaste paart. Doch dieser Nachwuchs lässt lange auf sich warten. Und irgendwas stimmt mit Ava nicht. Bestimmt geht die *petite pute* ihrem Sohnmann fremd.

In Peretjatkos vorherigem Film *La loi de la jungle* fand sich die Hauptfigur – eigentlich Praktikant am Ministère de la Norme – über Umwege im Dschungel von Französisch-Guyana wieder. Und spätestens dort, im südamerikanischen Dschungel, werden sämtliche Normen über Bord geworfen. Um der Anarchie den Vortritt zu lassen. Bisweilen zeichnet sich das Kino von Antonin Peretjatko auch durch diese konsequente Anarchie in Dramaturgie und Inszenierung aus. Eine Anarchie, die visuell gesehen sich bei

den Grosseltern der Nouvelle Vague bedient. Sind die älteren Verwandten irgendwann in den Ernst des Pionierdaseins gefallen, so ist bei Peretjatko alles Mittel zum verschmitzt, anarchischen, vor allem aber sich nie ernst nehmenden Spiel. Trotz der damit einhergehenden rigorosen Inszenierung. Dieser anarchische Gedanke in der Form schwappt somit auch auf die Figuren und die Erzählung über. *La fille du 14 juillet* und *La loi de la jungle* sind somit dem Jazz-Charakter eines Boris Vian näher als Jean-Luc Godard.

Jünger des Peretjatko-Universums freuen sich natürlich auf Neues seinerseits. Und *La pièce rapportée* bietet in dieser Hinsicht zu Beginn eine geballte Ladung. In einem überbordenden Vorspiel beißt sich der Regisseur in die französische Bourgeoisie ein, bei der eine Jagdgesellschaft vielleicht auf Wild aus ist, ganz nebenher aber *gilets jaunes* abknallt. Den Grossteil seiner Handlung sperrt Peretjatko in die bourgeoisen Gemäuer des Pariser Seizième und den Rollstuhl von Josiane Balasko. Was dem Film trotz vollem Bewusstsein der künstlerischen Entscheidungen mehr schlecht als recht ist. Der luftigen Durchgeknalltheit seiner Filme wird durch den Rahmen eines Vaudeville-Theaters die Luftröhre abgedrückt. Auf der Oberfläche wird den Schauspielern mehr Platz gelassen – die Einhornahme von Josiane Balasko seitens französischer AutorInnen wie Claire Denis, der Larrieu Brüder in *Tralala* oder eben jetzt Peretjatko ist hoch interessant mit anzusehen –, trotzdem ist bei aller guter Absicht zur Suche nach neuen Wegen der Druck und der Staub der jahrhundertalten Tradition des vermeintlich heiligen französischen Theaterwortes zu hoch. Peretjatkos Versuch, Form und Kritik leichtfüßig zu halten, tut sich fortwährend schwerer. Philippe Katerine ermüdet irgendwann sichtlich und Anaïs Demoustier kann mit ihrer Erscheinung nicht den ganzen Film auf ihren leuchtenden Augen tragen. Obwohl man sich freut, dass sie kurzzeitig von Robert Guédiguian Truppe wekommt. Dass man ihre Figur irgendwann zu verurteilen scheint, ist wohl das allerirritierendste am Film. *Je ne tiens plus à m’enmuer*. Ob das die Figur oder Demoustier selbst gesagt hat, sei dahingestellt. ●



Die Komödie der Bourgeoisie

Craquage assuré

Salomé Jeko

Je ne pouvais finir l'année sans m'attarder le temps d'un portrait sur Nicolas Bourgard, nouveau venu de la pâtisserie, qui risque fort de me faire remporter le trophée de la meilleure bûche de Noël sur la table familiale d'ici quelques jours. Mousse champagne rosé, crémeux à l'ananas, compotée de litchi et croquant à la noix de coco, le tout présenté sous la forme d'une bouteille de champagne toute de rose et d'or vêtue : le pâtissier originaire de Moselle n'aurait pu mieux faire pour conquérir mon palais. Installé rue du Kiem à Strassen, dans un joli local un peu à l'abri des regards, mais déjà bien connu des gourmets du coin et de tous les abonnés au #foudepâtisserie sur Instagram, le jeune homme de 25 ans a ouvert les portes de « NB créations » fin octobre. Dans la longue vitrine qui orne les lieux, bien alignés, gâteaux et entremets tantôt classiques tantôt revisités affichent des dresses parfaits et des glaçages soignés. « Tous ou presque représentent une époque de ma carrière », confie le pâtissier en couvant ses petits bijoux de son regard gourmand. L'endroit fait aussi office de restaurant et propose un menu du jour, des snacks salés à emporter et un service traiteur. « Deux cuisiniers que je connaissais depuis longtemps m'ont suivi dans l'aventure et mon épouse, elle-même très impliquée dans le projet, gère la salle ».

Après un bac général, souhaité par ses parents « par sécurité », Nicolas Bourgard intègre l'école d'Alain Ducasse, en Auvergne. « Personne ne fait

ce métier dans ma famille, on est plutôt dans la finance et les banques. Ma mère a bien fait des gâteaux et j'ai jamais été avec elle en cuisine, mais je ne pense pas que ce soit ça qui ait suscité ma vocation. J'ai toujours eu un côté artistique en moi et il fallait que je me lance. À 18 ans, mon choix était fait ». Et de poursuivre en énumérant les différents établissements étoilés qui jalonnent son parcours. Parmi eux, l'Oasis à Mandelieu-la-Napoule, l'Île Rousse à Bandol, la Citadelle à Metz tout juste avant la pandémie, puis le Cercle Munster à Luxembourg, son dernier poste en tant que chef pâtissier. « C'est à Bandol, en 2018, que j'ai commencé à faire mes citrons trompe-l'œil, une de mes créations phares que je propose actuellement en boutique ». Coque chocolat blanc, mousse au Yuzu, citron confit maison, gelée de bergamote et feuilles de menthe : petit délice à l'acidité bien dosée que ce dessert que l'on ne peut s'empêcher de comparer à ceux du français et très médiatisé Cédric Grolet, ex-meilleur pâtissier du monde aux quelques deux millions d'abonnés sur les réseaux sociaux. « Il a été l'un de mes formateurs à l'école d'Alain Ducasse, donc nos chemins se sont croisés. Les fruits sont une tendance que l'on trouve pas mal en pâtisserie actuellement, mais chacun à sa façon de les faire. À part la forme, l'intérieur des miens est totalement diffé-

rent des siens. Mais c'est vrai qu'au-delà de l'aspect visuel, j'aime beaucoup travaillé le fruit en tant que produit brut, pour son goût et sa saveur », souligne celui qui ne peut néanmoins résister à un bon baba au rhum, « un classique sublime à condition qu'il soit bien fait ».

Si le baba, moelleux comme il faut et piqué d'une pipette de rhum bien dosée, a sa place dans la vitrine, les créations de Nicolas Bourgard s'inscrivent davantage dans la lignée de la pâtisserie contemporaine et très esthétique. Fines, délicates, travaillées, ses propositions se déclinent en version sans gluten – trois produits quotidiens en boutique – sans lactose ou même vegan. Impossible pour lui que de ne pas être en mesure de régaler les personnes intolérantes pour une question d'ingrédients. « C'est notre job que de travailler le produit sucré et il y a vraiment plein de possibilités pour se passer de farine ou de lait de vache par exemple ». De belles intentions et beaucoup d'ambition animent ce jeune pâtissier qui répond du tac au tac quand on lui demande ces résolutions pour l'année à venir après la belle fournée de 2021. « Ouvrir de nouveaux points de vente. Je rêvais depuis longtemps d'avoir ma propre boutique, je l'ai fait et maintenant je veux développer mon affaire. J'aime beaucoup l'aspect business de toute cette partie de mon travail et j'ai déjà quelques pistes pour peut-être ouvrir un nouveau magasin dans la capitale ou dans un centre commercial ». Pour l'heure, Nicolas, entouré de ses deux pâtissières, peaufine ses prochaines créations dans son laboratoire ouvert, installé derrière une verrière au sein même de sa boutique. « La Saint-Valentin approche et avec elle deux nouveautés : une rose, florale, à base de litchi et un incontournable cœur qui mettra la grenade à l'honneur ». Des propositions séduisantes qui ont l'avantage de faire la part belle à des fruits (même rouges) vraiment de saison. ●



Stil

LE POP-UP



Creative Lab

Tout nouveau et pour neuf mois, le Creative Lab de la designer Julie Conrad vient d'ouvrir à la rue des Capucins à Luxembourg. « J'avais envie de créer une boutique-atelier, comme on en voit

beaucoup dans certains quartiers de Copenhague. Ça m'a toujours inspirée et je pensais que ce serait chouette de reproduire ça ici pour attirer autant les habitants du pays que les touristes de passage », explique celle qui représentera le design luxembourgeois à Dubaï 2020 en janvier prochain (photo : sj). La boutique donne sur un atelier ouvert, où il est possible de faire personnaliser certains produits de la créatrice qui y a installé ses bureaux, mais aussi sur un espace de vente au sein duquel on retrouve également les réalisations de Aerd Lab, spécialisée en impressions céramiques 3D et proche collaboratrice de Julie Conrad.

Au sein de l'espace de vente, un petit corner est dédié à certains artistes locaux, comme l'illustratrice Lynn Cosin ou le maître-ébéniste Norbert Brakonier, pour ne citer qu'eux. « Je veux que ça soit un endroit où l'on parle design et où la créativité du Luxembourg soit mise en avant », souligne Julie Conrad. sj

L'ENDROIT

ChouChou

Le secteur de l'événementiel a bien morflé pendant les mois de pandémie et il a fallu se retrouser les manches pour sortir la tête de l'eau. Ouvrir un nouveau lieu pendant

cette période est d'autant plus méritoire. Deux jeunes femmes, Pauline Goedert, directrice de la conciergerie Butler&More, et sa collègue Manon Allard ont repris l'ancien restaurant Sobogusto à Hollerich pour en faire un espace dédié à l'événementiel appelé ChouChou. L'endroit a été débarrassé des tables et



chaises, ce qui laisse un très grand espace de 500 mètres carrés sur deux étages, avec un imposant bar, des lustres vintage et des touches végétales (photo : ChouChou). En haut, elles ont gardé l'ambiance chalet avec les murs en bois et, devant, la grande terrasse attend les beaux jours. Le lieu fonctionne avec une série de partenaires sur site : les traiteurs Steffen, Julien Cliquet et Niessen, les Caves Wengler, les Caves Bernard-Massard et Battin pour les boissons et enfin Options et Composition pour le mobilier et la décoration. Pour faire connaître les lieux, l'équipe organise des « Choupéros » une fois par mois. Le prochain est fixé le jeudi, 23 décembre, pull de Noël obligatoire. fc

LE SERVICE

Food forAll

Lancée en 2018, l'application Food for All (F4A) entendait réduire le gaspillage alimentaire à travers des partenariats avec des supermarchés. L'idée est de mettre en évidence des produits proches de leur date de péremption en offrant des réductions. 17 000 utilisateurs plus tard, l'application ajoute un service destinés aux restaurants, boulangeries et traiteurs : F4A Takeaway. Car, selon les créateurs de l'application, douze pour cent du gaspillage en Europe provient des supermarchés et de la restauration. Le fonctionnement est le même que pour les grandes surfaces : les enseignes partenaires communiquent et mettent en ligne la liste de leurs plats à emporter,



à prix réduit. Sur l'écran d'accueil (photo : fc), on choisira le logo qui montre des couverts pour aller vers la liste des restaurants, épiceries et boulangeries. La liste des commerces est classée en fonction de la proximité. On trouve le plat qui nous tente, on passe commande, paie via l'application et on va chercher son repas. Quelque douze enseignes jouent actuellement le jeu. On n'en est qu'aux débuts : ce mardi, il y avait seulement une lunch box au Monoprix et du saumon à l'aneth chez Kaempff-Kohler. Pas encore de quoi pavaner. fc

Déck Frënn
Skif & Dresch
#Lëtzebuergtestech
10 December + 10 December

Gratis Testen.

IMPf-O DAY
Let's talk about vaccination

Gratis Impfen.

ECH FLUEREN A SÜDAFRIKA !

Gratis domm schwätzen.

A BRÉNGEN OMIKRON MAT !

LIBERTÉ !

Gratis Dusch
(fir déi, déi ze feig waren, op d'Maniff ze goen).